

# Stenographisches Protokoll.

## 16. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 8. März 1950.

### Inhalt.

#### 1. Personalien.

- a) Krankmeldungen (S. 355);
- b) Krankenurlaub (S. 355);
- c) Entschuldigungen (S. 355).

#### 2. Ausschüsse.

Zuweisung des Antrages 22/A (S. 355).

#### 3. Bundesregierung.

Schriftliche Beantwortung der Anfragen 54, 79 und 80/J (S. 355).

#### 4. Regierungsvorlagen.

- a) Bericht an den Nationalrat, betreffend das auf der 31. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommene Übereinkommen (Nr. 89) über die Nachtarbeit der Frauen im Gewerbe (abgeänderter Wortlaut vom Jahre 1948) (96 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 356);
- b) Bericht an den Nationalrat, betreffend die auf der 31. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommen Nr. 87, 88 und 90, die Urkunde über die Abänderung des Anhanges zum Übereinkommen über die Arbeitsnormen (außerhalb des Mutterlandes gelegene Gebiete), 1947, sowie die Empfehlung Nr. 83 (97 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 356).

#### 5. Immunitätsangelegenheit.

Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Klautzer — Immunitätsausschuß (S. 356).

#### 6. Verhandlungen.

- a) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (89 d. B.): Bundesgesetz über die Einhebung eines Zuschlages zur Mineralölsteuer (99 d. B.). Berichterstatter: Dr. Maleta (S. 356 und S. 359);  
Redner: Honner (S. 356) und Ebenbichler (S. 358);  
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 359).
- b) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (88 d. B.), betreffend das Besatzungskostendeckungsgesetz 1950 (100 d. B.).

Berichterstatter: Dr. Maleta (S. 359);

Redner: Ernst Fischer (S. 359 und S. 371), Weikhart (S. 363), Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Karl Gruber (S. 368), Bundesminister für Finanzen Dr. Margaretha (S. 370), Dr. Gorbach (S. 373) und Dr. Pittermann (S. 378);

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 380).

- c) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1 und 84 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1950 (98 d. B.).

Generaldebatte:

Generalberichterstatter: Prinke (S. 380);  
Redner: Koplenig (S. 387), Böhm (S. 392), Dr. Herbert Kraus (S. 400), Böck-Greissau (S. 403), Neuwirth (S. 411), Scharf (S. 414) und Hartleb (S. 418);  
Beschluß auf Eingehen in die Spezialdebatte (S. 422).

### Eingebracht wurden:

#### Anträge der Abgeordneten

- Neuwirth, Alois Gruber u. G. auf Bildung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Sperrkonten-Freigaben im Bundesministerium für Finanzen (23/A);
- Dr. Herbert Kraus, Dr. Pfeifer, Neuwirth u. G. auf Außerkraftsetzung des § 13 des Wirtschaftssäuberungsgesetzes (24/A);
- Hartleb, Dr. Gasselich u. G., betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (25/A).

### Anfragebeantwortungen:

#### Eingelangt sind die Antworten

- des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abg. Dr. Stüber u. G. (54/A. B. zu 80/J);
- des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Betriebe auf die Anfrage der Abg. Neuwirth u. G. (55/A. B. zu 54/J);
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Dr. Pittermann u. G. (56/A. B. zu 79/J).

## Beginn der Sitzung: 10 Uhr 20 Minuten.

Präsident Kunschak: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet haben sich die Abgeordneten Zechtl, Stampfer, Rosenberger, Dr. Bock und Stürgkh.

Dem Herrn Abg. Gföller, der schwer krank war, habe ich einen vierwöchigen Krankenurlaub erteilt.

Entschuldigt haben sich die Abg. Astl, Hinterleithner, Fageth, Slavik, Dr. Reimann und Rammer.

Der eingelangte Antrag Nr. 22 wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Die schriftlichen Beantwortungen der Anfragen Nr. 54, 79 und 80 wurden den anfragenden Mitgliedern des Hauses übermittelt.

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Jochmann, den Einlauf zu verlesen.

Schriftführerin **Jochmann**: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt (*liest*):

Bericht an den Nationalrat, betreffend das auf der 31. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommene Übereinkommen (Nr. 89) über die Nachtarbeit der Frauen im Gewerbe (abgeänderter Wortlaut vom Jahre 1948) (96 d. B.);

Bericht an den Nationalrat, betreffend die auf der 31. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommen Nr. 87, 88 und 90, die Urkunde über die Abänderung des Anhanges zum Übereinkommen über die Arbeitsnormen (außerhalb des Mutterlandes gelegene Gebiete), 1947, sowie die Empfehlung Nr. 83 (97 d. B.);

Vom Bezirksgericht für Strafsachen in Graz ist gegen den Abg. Franz Klautzer ein Auslieferungsbegehren eingelangt.

*Es werden zugewiesen:*

96 und 97 dem Ausschuß für soziale Verwaltung; das Auslieferungsbegehren dem Immunitätsausschuß.

**Punkt 1** der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (89 d. B.): Bundesgesetz über die **Einhebung eines Zuschlages zur Mineralölsteuer** (99 d. B.).

Berichterstatte **Dr. Maleta**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei den Beratungen im Finanzausschuß über die Einhebung eines Zuschlages zur Mineralölsteuer bestand eigentlich keine Meinungsverschiedenheit über deren Notwendigkeit. Der Ausschuß hat sich jedoch eingehend mit dem Einspruch der Bundesländer beschäftigt. Dieser Einspruch stützt sich auf die Tatsache, daß die Mineralölsteuer eine zwischen dem Bund und den Ländern geteilte Abgabe ist, während der Zuschlag als eine Bundesabgabe gedacht ist. Der Ausschuß hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und ist zu der übereinstimmenden Auffassung gelangt, daß der Zuschlag vorläufig als Bundesabgabe eingehoben wird, man damit jedoch kein Präjudiz schaffen will und die Absicht hat, bei den kommenden Beratungen über den Finanzausgleich mit den Bundesländern das Einvernehmen über die Teilung sowohl der Steuer wie auch des Zuschlages herzustellen.

Der Zuschlag selbst beträgt 52 S für 100 kg Benzin oder leichte Erdöldestillate und 20 S für 100 kg Gasöl oder Petroleum.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt den Antrag, das Hohe Haus möge der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und General- und Spezialdebatte unter einem durchführen.

*Der Antrag, die General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen, wird angenommen.*

Abg. **Honner**: Sehr geehrte Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz ist wieder ein Beweis mehr für die Leichtfertigkeit, mit der unsere Regierung an die Lösung von Wirtschaftsproblemen herangeht. Um ein an einer Stelle des Wirtschaftsmechanismus entstandenes Loch zu stopfen, wird an einer anderen Stelle ein anderes, womöglich noch größeres Loch aufgerissen. Wir haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten hier im Hause darauf hingewiesen, daß das Kennzeichnende der Wirtschafts- und Finanzpolitik unserer Regierung die Politik des Fortwurstelns ist, die wieder daraus resultiert, daß der Regierung überhaupt jede systematische, ordnende und planende Arbeit für den Wiederaufbau fehlt. Entstehen dann durch die Planlosigkeit, Stümperhaftigkeit und Leichtfertigkeit, mit der hierzulande gewirtschaftet wird, Schäden im Triebwerk der Wirtschaft, dann macht es sich die Regierung sehr leicht: sie schlägt zu den Steuern und Abgaben, die ohnedies schon ins Unerträgliche angewachsen sind, immer neue Zuschläge dazu.

Es gibt heute fast keine einzige Steuerart mehr, zu der nicht schon ein Aufbauzuschlag dazugeschlagen worden wäre. Aber immer weniger werden die Erträge solcher Aufbauzuschläge der zweckbestimmten Verwendung zugeführt, nämlich dem tatsächlichen Aufbau lebenswichtiger Wirtschaftszweige. Für das vorliegende Gesetz, das wiederum einen Zuschlag zu einem ohnedies sehr beträchtlichen Steuersatz bringt, waren laut den erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage zwei Gründe maßgebend: Erstens soll der Ertrag dieses Steuerzuschlages, der mit 60 Millionen Schilling angenommen wird, zur Erhaltung und zum Ausbau der Bundesstraßen Verwendung finden. Zweitens sollen mittels dieses Gesetzes, wie es ebenfalls in den erläuternden Bemerkungen ausdrücklich heißt, die Konkurrenzverhältnisse zwischen Schiene und Straße zugunsten der Schiene, also zugunsten der Bundesbahnen eine Verbesserung erfahren.

Nach allem, was man bisher hörte, scheint der entscheidende Grund für die Vorlage dieses Gesetzes der gewesen zu sein, auf eine scheinbar sehr einfache Art das Defizit der Bundesbahnen herabzudrücken, indem man die Konkurrenz im Warentransport mittels Lastkraftwagen auf dem einfachen Wege der

stärkeren Besteuerung ausschaltet und glaubt, so den Warenverkehr wieder stärker auf die Bundesbahnen ablenken zu können.

Wie man hört, war ja auch der sozialistische Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe die treibende Kraft zur Schaffung dieses Gesetzes. Ob mit diesem Gesetz das angestrebte Resultat auch erreicht werden wird, wird erst die Zukunft erweisen, eines aber kann schon heute mit Sicherheit vorausgesagt werden: Eine große Zahl von Lohnfuhrwerkern wird ihre Existenz verlieren, wird zugrundegehen, und das weitere Ergebnis dieser neuen Steuer wird sein, daß die Preise aller Waren und auch die Kosten des Wiederaufbaues mit zumindest der Summe belastet werden, die durch diese neue Steuer hereingebracht werden soll.

Ob für die Erhaltung und den Ausbau der Straßen die erwarteten Mittel auch unter diesen Umständen einfließen werden, ist, wie ich schon sagte, äußerst fraglich. Der Zustand der Straßen dürfte sich allerdings bessern, und zwar aus dem Grunde, weil sie weniger befahren werden dürften, denn der Verkehr auf ihnen wird infolge dieser zusätzlichen Besteuerung bedeutend einschrumpfen. Ob aber durch eine solche Verteuerung der Benzin- und Dieselpreise, wie sie das vorliegende Gesetz vorsieht, der Betriebsabgang bei den Bundesbahnen, der sich infolge der Verteuerung der Kohle im Zusammenhang mit der Schillingabwertung um über 100 Millionen Schilling erhöht hat, wesentlich gesenkt werden kann, ist mehr als zweifelhaft.

Ohne Zweifel jedoch ist, daß durch dieses Gesetz vielen Frächtern und Lohnfuhrwerkern ihre Existenzgrundlage verloren geht und daß viele bei diesem Gewerbe beschäftigte Chauffeure und Transportarbeiter dieses Gesetz mit der Arbeitslosigkeit bezahlen werden müssen. Dadurch wird dem Staate nicht nur ein Teil der mit dieser Steuer vorgesehenen Einnahmen verloren gehen, sondern auch Einnahmen aus dem Titel der Einkommen- und Lohnsteuer und an Verbrauchsteuern. Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es die Regierung bewußt darauf angelegt hat, durch ihre Steuerpolitik Existenzen einfach zu vernichten.

Die Parteien der Regierungskoalition reden seit Wochen von Maßnahmen, die zu einer Preissenkung führen sollen, aber solche und ähnliche Gesetze wirken in ihren Folgen nicht preissenkend sondern geradezu preistreibend. Das wird sich ja sehr bald, zum Beispiel in der Bauwirtschaft, zeigen. Wie jedermann weiß, ist gerade dieser Wirtschaftszweig bei der Zubringung der Baumaterialien vom Lastwagenverkehr abhängig. Es ist klar, daß die beträchtliche Erhöhung der Benzin- und

Dieselpreise infolge dieser Steuer zu einer Erhöhung der Frachtkosten und damit der Baukosten führen wird. Aber die Regierung tröstet sich darüber mit der Erklärung hinweg, daß in den umliegenden Ländern — es werden namentlich Italien, die Schweiz und die Westzone Deutschlands angeführt — die Preise für Mineralölprodukte auch höher sind, folglich müssen sie auch für uns tragbar sein! In dieser Erklärung äußert sich die Leichtfertigkeit, mit der bei uns an die Lösung von Problemen geschritten wird.

Von den Folgen des Mineralölsteuergesetzes soll die Landwirtschaft, soweit es sich um den Verbrauch von Petroleum und Dieselöl handelt, einigermaßen verschont werden; aber dort, wo Benzin als Betriebsstoff verwendet wird, und ferner in den bauerlichen Wirtschaften, wo Petroleum für Beleuchtungs- und Heizungs zwecke benützt wird, gibt es auch in dieser Hinsicht keine Ausnahmen. Es ist charakteristisch für den Geist, der die Steuerpolitik unserer Regierung beherrscht, daß sie es sich auch bei diesem Gesetz nicht versagen konnte, selbst den Bauernwirtschaften, die heute, im Zeitalter der Elektrizität und der Atomkraft, noch immer nicht an das elektrische Stromnetz angeschlossen sind, das Brennmaterial für ihre Petroleumfunerln zu verteuern.

Die Parteien der Regierungskoalition haben dieses Gesetz trotz des Protestes der Länder dem Nationalrat zur Beschlußfassung vorgelegt. Die Mineralölsteuer ist eine zwischen dem Bund und den Ländern zu teilende Steuer. Demnach müßte auch der Zuschlag zu dieser Steuer nach den Bestimmungen des Grundgesetzes zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt werden. Die Bundesregierung hat aber die berechtigten Wünsche der Länder nicht berücksichtigt und beharrt darauf, daß der Ertrag dieser Zuschlagssteuer zur Gänze dem Bund zufließt. Als Begründung führt sie an, daß ja die Bundesstraßen durch alle Länder führen, die Erhaltung und der Ausbau der Bundesstraßen daher sowieso allen Ländern zugute komme. Wir wissen aber, daß der Bund, beziehungsweise die Bundesregierung nicht alle Länder gleichermaßen berücksichtigt. Es ist allgemein bekannt, daß das Land Niederösterreich bei der Zuweisung von Bundesmitteln für den Wiederaufbau die ganzen Jahre hindurch sehr stiefmütterlich behandelt wurde, insbesondere in der Frage des Ausbaues und der Erhaltung des Straßennetzes.

In den Verhandlungen des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage wurde darauf hingewiesen, daß durch dieses Gesetz neuerlich ein sehr gefährliches Präjudiz geschaffen werde. Dies ist eben eine Fort-

setzung jener Politik und jener Praxis, die sich schon bei den Verhandlungen über das Finanzausgleichsgesetz, das die Teilung der Abgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden regelt, gezeigt haben und die auch bei den Maßnahmen zur Bereinigung des Defizits im Staatshaushalt des Jahres 1949, bei dem sogenannten Notopfer, das den Ländern und Gemeinden damals aufgelegt wurde, sichtbar wurden. Es ist verständlich, daß sich die Länder gegen eine Politik der Bundesregierung zur Wehre setzen, die darauf ausgeht, den Bundeshaushalt dadurch zu ordnen, daß sie den Haushalt der Länder und Gemeinden ständig in Unordnung bringt.

Der Linksblock sieht sich aus den von mir vorgebrachten Gründen nicht in der Lage, diesem Gesetz seine Zustimmung zu geben; er wird daher gegen das Gesetz stimmen.

Abg. **Ebenbichler**: Hohes Haus! Ich habe bereits im Ausschuß Gelegenheit gehabt, die Argumente vorzubringen, die gegen dieses Gesetz sprechen. Sie sind mir jetzt zum Teil von meinem Vorredner vorweggenommen worden. (*Heiterkeit.* — Abg. **Honner**: *Ihr bemüht Euch mit allen Kräften, sie zu gewinnen, Pittermann!* — *Rufe beiden Sozialisten: Die Einheitsfront!* — Abg. **Hartleb**: *Ist schon öfter passiert!*) Eines steht fest: daß dieses Gesetz wieder ein Schlag gegen die Wirtschaft ist. Es ist ein Gesetz, mit dem man sich leicht helfen will, indem man eine notwendige Maßnahme einfach dadurch ermöglichen will, daß man irgendwoanders eine Steuer erhöht.

Das Argument, daß die Benzinpreise in Österreich unter den Preisen des benachbarten Auslandes liegen, ist in keiner Weise stichhältig, denn wenn man unsere Preise nach den Preisen des Auslandes regulieren wollte oder müßte, dann müßte man dermalen so ziemlich sämtliche Preise erhöhen. Ich glaube, bei den ohnehin angespannten Lohn- und Preisverhältnissen ist es lächerlich, davon zu sprechen, ja es ist ganz falsch, von einer solchen Argumentation auszugehen. Man übersieht oder hat es völlig übersehen, daß durch dieses Gesetz das private Transportgewerbe in seiner Existenz außerordentlich bedroht wird. Diese Erhöhung der Steuer ist letzten Endes wieder nur ein Weg zur weiteren kalten Sozialisierung, denn wem soll dieses Gesetz hauptsächlich zugute kommen? Den Bundesbahnen! Abgesehen davon, daß das Defizit der Bundesbahnen durch den Ertrag dieser Steuer keineswegs wesentlich reduziert wird, wird die private Wirtschaft oder zum mindesten ein wichtiger Teil wesentlich ungünstig beeinflusst. Die Behauptung, daß die Bundesbahnen für die Erhaltung des Bahnkörpers

selbst aufkommen müssen, während die Kraftwagen die auf Kosten der Allgemeinheit erbauten und erhaltenen Straßen benützen, ist absolut falsch, auch wenn prominente Vertreter der Sozialistischen Partei dies ständig behaupten. Tatsache ist, daß die Bundesbahnen die Herstellungs- und Erhaltungskosten der Schiene nicht selbst bezahlen, weil ja der Staat, das heißt die Allgemeinheit, für das gesamte Defizit der Bundesbahnen aufkommen muß, während die Beträge, die der Staat für den Bau und die Erhaltung der Straßen aufwendet, durch die Steuerzahlungen des privaten Transportgewerbes nicht nur nicht gedeckt, sondern weit überdeckt werden.

Die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer gehen zur Gänze auf das Konto des privaten Transportgewerbes. Dieses Gewerbe ist aber auch zu einem hohen Prozentsatz an den Einnahmen aus der Beförderungssteuer und der Benzinststeuer beteiligt. Man braucht nur die einschlägigen Zahlen des Bundesfinanzgesetzes anzusehen, um den klaren Beweis zu erhalten, daß die Ausgaben des Staates für Straßen- und Brückenbauten weit hinter den Steuereinnahmen aus dem Straßenverkehr zurückbleiben. Dabei bleiben die anderen Steuerleistungen aus diesem Gewerbe außer Berücksichtigung.

Die Erhöhung der Benzinststeuer trifft das private Transportgewerbe um so härter, als es ohnehin schon mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Es ist so, daß einzelne Unternehmungen heute schon nicht mehr in der Lage sind, das ihnen zugewiesene Benzin auch tatsächlich verfahren zu können. Ein weiterer Beweis, daß das Transportgewerbe äußerst notleidend ist, mag der sein, daß dieses Gewerbe als einziges anlässlich der Überbrückungshilfe nicht zu einer obligaten Leistung herangezogen werden konnte. Man vergesse auch nicht, daß gerade das private Transportgewerbe durch die Kriegereignisse außerordentlich viel an Substanz verloren hat, daß die meisten Unternehmungen im Jahre 1945 ohne entsprechende Fahrzeuge dastanden, daß es also für sie außerordentlich schwierig war, die notwendigen Betriebsmittel zur Ausübung ihres Gewerbes wieder zu erhalten.

Wenn Sie weiter bedenken, daß die Garagierungskosten, die Reifenpreise um 40 Prozent gestiegen sind, dann werden Sie sich selbst sagen müssen, daß durch dieses Gesetz ein Gewerbe, das schließlich überall anzutreffen ist und in die weitesten Volksschichten hineingreift, vor eine außerordentlich schwere finanzielle Situation gestellt ist. Es ist doch so, daß durch dieses Gesetz wieder ein privater Geschäftszweig, wieder private

Unternehmen an den Rand des Ruins gebracht werden. Darin liegt die große Gefahr.

Es genügt nicht, daß man einfach, um notwendige Auslagen decken zu können, immer nur hergeht und wo anders abschöpft. Man hört seit 9. Oktober, seit der Zeit nach den Wahlen, immer wieder, sehr zum Unterschied von den Ausführungen vor den Wahlen, von Steuererhöhungen. Man hört aber gar nichts davon, wovon man vor den Wahlen so sehr gesprochen hat, nämlich von Einsparungen. Man möge sich doch endlich einmal bewußt werden, daß die Wirtschaft und das österreichische Volk Einsparungen erwarten und nicht immer und immer wieder neue Steuererhöhungen. Die österreichische Wirtschaft ist am Verbluten, und es ist wenig gewissenhaft, wenn man auf diesem Weg weiterschreitet, der nur immer wieder zu Verteuerungen und zu einem weiteren Rückschritt, zum Krebsgang in unserer Wirtschaft zwingt.

Aus diesen Erwägungen heraus sind wir daher nicht in der Lage, diesem Gesetz unsere Zustimmung zu erteilen. *(Beifall beim KdU.)*

Berichterstatte Dr. Maleta *(Schlußwort)*: Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß ausgerechnet der Vertreter der Kommunistischen Partei, also der Vertreter einer zentralistischen und enteignungs-programmatisch festgelegten Partei, heute hier *(Abg. Honner: Als Berichterstatte haben Sie nicht zu polemisieren, sondern sich an die Geschäftsordnung zu halten!)* als Vertreter der Interessen der Länder und der Privatunternehmer auftritt.

Ich möchte zu diesem Argument nur ganz kurz eines sagen. *(Abg. Koplenig: Sie haben nur tatsächliche Feststellungen zu machen und nicht zu polemisieren! — Gegenrufe des Abg. Altenburger.)* Ich spreche als Verteidiger der Regierungsvorlage; im übrigen würde es mich freuen, wenn Sie sich immer an die Geschäftsordnung halten würden.

Der Einspruch der Länder war nicht gegen die Einführung eines Zuschlages gerichtet, sondern lediglich dagegen, daß er nicht aufgeteilt werden soll. Die Kritik meines Vordrängers ist insofern unrichtig, als das Fremdenverkehrsgewerbe durch den Ausbau des Straßenwesens angekurbelt wird und dadurch indirekt auch dem Fuhrwerks-Unternehmertum geholfen wird. Ich glaube daher, daß wir sofort zur Abstimmung kommen können und beantrage nochmals die Annahme der Regierungsvorlage.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in der Ausschlußfassung in zweiter und dritter Lesung mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben.

Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (88 d. B.): Bundesgesetz, betreffend Maßnahmen zur Sicherung der Bedeckung der Besatzungskosten für das Jahr 1950 *(Besatzungskostendeckungsgesetz 1950)* (100 d. B.).

Berichterstatte Dr. Maleta: Hohes Haus! Die Fortdauer der Besatzung hat es notwendig gemacht, das Besatzungskostendeckungsgesetz 1949 auf das Jahr 1950 zu erstrecken. In der Vorlage ist jedoch vorgesehen, daß bei einer vorzeitigen Beendigung der Besatzung der entsprechende Teil der Beiträge nicht eingehoben wird.

Die Besatzungskostenlast soll in gleicher Höhe wie im Jahre 1949 verteilt werden. Der Finanz- und Budgetausschuß schlägt jedoch zwei Abänderungen vor. So ist die Anwendung der Ermäßigung, die bereits im Gesetz 1949 für Mietwohngrundstücke usw. Geltung hatte, auch dann vorgesehen, wenn im steuerpflichtigen Vermögen Nießbrauchrechte, Rechte auf Renten und andere wiederkehrende Nutzungen und Leistungen vorhanden sind, sofern diese Leistungen so klein sind, daß der Lebensunterhalt nicht gesichert ist.

Weiter ist ein Antrag Prinke, Dr. Pittermann u. G. eingebracht worden, der eine Angleichung der Ermittlungsgrundlagen an die Fälligkeitstermine der Vorauszahlungen vorsieht.

Der Finanz- und Budgetausschuß beantragt daher, der Nationalrat wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und die General- und Spezialdebatte unter einem durchführen.

Präsident: Wird gegen den letzten Vorschlag ein Einwand erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Abg. Ernst Fischer: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht nur überflüssig, sondern auch eine Herausforderung des Parlaments. Ich werde mich bemühen, diese beiden Behauptungen zu beweisen *(Abg. Frühwirth: Das wird Ihnen schwer fallen!)*, und werde schließlich dem Parlament einige Vorschläge unterbreiten.

Der Gesetzentwurf ist überflüssig, weil der Herr Finanzminister, weil die österreichische Republik schon durch die bisherige Besatzungssteuer mehr Geld eingehoben als ausgegeben hat. Die Zeitschrift „Die Industrie“, die ja dem Herrn Finanzminister nicht allzu ferne steht, hat in einer genauen Rechnung festgestellt, daß der Jahresertrag der Besatzungskostensteuer für das Jahr 1949 630 Millionen betragen hat. Der Herr Finanzminister hat den Jahresertrag merkwürdigerweise mit nur

244,9 Millionen angegeben. Eine genaue Nachrechnung ergibt, daß diese Ziffer unmöglich stimmen kann, sondern daß es sich offenkundig dabei nur um jenen Teil handelt, der bisher aus der Lohnsteuer eingegangen ist, während jene Beträge, die aus der Einkommensteuer, aus der Vermögensteuer und aus der Körperschaftsteuer noch eingehen sollen, bei dieser Angabe des Herrn Finanzministers wohl noch nicht einkalkuliert, noch nicht inbegriffen sind, so daß man zu demselben Betrag gelangt, den die Zeitschrift „Die Industrie“ in ihrer Rechnung bekanntgegeben hat. Nun, für das Jahr 1950 rechnet der Finanzminister mit einem Eingang von 420 Millionen. Eine genaue Nachrechnung ergibt, daß sich auch diese Summe nur auf die Eingänge aus der Lohnsteuer beziehen kann, daß auch hier nicht die Eingänge aus der Einkommensteuer, der Vermögensteuer und der Körperschaftsteuer berücksichtigt sind. Wenn man das alles zusammenzählt, müßte der Gesamtbetrag sich auf mindestens 750 Millionen für das Jahr 1950 belaufen.

Welche Ausgaben stehen nun diesen Eingängen gegenüber? Als Ausgaben für das Jahr 1948 werden vom Herrn Finanzminister 507 Millionen angegeben. Dem stehen aber ungefähr 630 Millionen Einnahmen im Jahre 1949 entgegen, so daß sich allein hier ein Überschuß von ungefähr 100 Millionen ergibt, der offenbar für andere Zwecke verwendet worden ist als für die Bezahlung der Besatzungskosten.

Nun weiter. Für das Jahr 1949, das abgelaufene Jahr, stehen die Dinge für Österreich noch etwas günstiger. Für das Jahr 1949 hat keine von den vier Besatzungsmächten die Bezahlung der militärischen Besatzungskosten beansprucht, es wurden nur beansprucht und auch abgehoben die Kosten für die sogenannte zivile Besetzung. Von diesem Gesamtbetrag von 351 Millionen Schilling, der im Jahre 1949 für die sogenannte zivile Besetzung ausgegeben wurde, erhielten die Engländer 170 Millionen, die Franzosen 90 Millionen, die Russen 67 Millionen und die Amerikaner 24 Millionen. Wenn man das zusammenrechnet, entfallen auf die Westmächte 284 Millionen und auf die Sowjetunion 67 Millionen an Bezahlung der zivilen Besatzungskosten. Nun, meine Damen und Herren..... (*Lebhafte Zwischenrufe.* — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Warten Sie einen Augenblick, ich komme darauf! Das scheint mir ein genügender Beweis dafür, daß viel mehr Steuergelder einfließen, als tatsächlich zu diesem Zweck verwendet werden (*andauernde Zwischenrufe*), und ich stelle die Frage: Welches Vertrauen kann man einem Finanzminister, welches Vertrauen einer

Regierung entgegenbringen, die sogar aus der Besetzung ein Geschäft zu machen versucht? (*Lachen und Zwischenrufe bei den Regierungsparteien.*) Wie kann man von einer solchen Regierung einen ernststen Kampf für den Abzug der Besatzungstruppen erwarten?

Das ist aber nach meiner Auffassung die kleinere Frage, die mit diesem Gesetzentwurf zusammenhängt. Die größere Frage besteht darin, daß dieser Gesetzentwurf eine Herausforderung des österreichischen Parlaments, eine Herausforderung der ganzen österreichischen Bevölkerung ist. (*Fortgesetzte lebhaftes Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß Österreich fünf Jahre nach dem Zusammenbruch der Hitler-Herrschaft noch immer Besatzungskosten zahlen muß, es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß Österreich immer noch ein besetztes Land ist, daß das Versprechen, Österreich einen Staatsvertrag zu geben, immer noch nicht eingelöst worden ist. (*Stürmische Zwischenrufe bei der ÖVP und SPÖ.* — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich glaube, das österreichische Volk soll es sich nicht länger bieten lassen (*Stürmische Rufe bei den Regierungsparteien: Nein!*), daß mit ihm Schindluder getrieben wird. Es soll energischer, es soll entschlossener als bisher alle Mittel einsetzen, um endlich den Staatsvertrag, endlich den Abzug aller Besatzungstruppen, endlich die Aufhebung des unerträglichen Besatzungsregimes herbeizuführen. (*Fortgesetzte stürmische Zwischenrufe bei den Regierungsparteien.* — *Abg. Honner: Das geht Euch auf die Nerven!* — *Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.*) Es gibt keinerlei Begründung dafür, daß auch nur einen Tag länger ein fremder Soldat auf österreichischem Boden steht. (*Andauernde Zwischenrufe.*) Wir alle können feststellen, daß die Anwesenheit der Besatzungstruppen keineswegs zur Beruhigung, keineswegs zur Befriedung beiträgt, sondern daß ganz im Gegenteil die Anwesenheit der Besatzungstruppen eine dauernde Beunruhigung Österreichs und des österreichischen Volkes ist. (*Neuerliche stürmische Unterbrechungsrufe bei der ÖVP und SPÖ.* — *Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.*) Dazu kommt, meine Damen und Herren, daß die Besatzungstruppen tausende und abertausende Wohnungen beschlagnahmt haben, während demgegenüber die österreichischen Wohnungsuchenden stehen, für die es keine Wohnungen gibt. Dazu kommt, daß die Besatzungstruppen die schönsten Hotels in Österreich beschlagnahmt haben (*Ruf: Semmering!*), daß, wenn man ins Salzkammergut oder an den Wörthersee fährt, überall die Alliierten in diesen Hotels sitzen.

Aber noch mehr, meine Damen und Herren! Das österreichische Volk will nicht länger die ständigen Eingriffe der alliierten Militärpolizei in österreichische Verhältnisse dulden; das österreichische Volk hat es satt, daß ausländische Militärpolizei mit österreichischen Staatsbürgern umspringt; das österreichische Volk hat es satt, daß ausländische Militärgerichte über österreichische Staatsbürger zu Gericht sitzen. Das österreichische Volk wünscht, daß alle diese Militärgerichtsbarkeit, alle diese Militärpolizei unverzüglich sang- und klanglos aus Österreich verschwinden. (*Andauernde heftige Zwischenrufe bei der ÖVP und SPÖ.*) Aber noch mehr! Es gibt hier Dienststellen der Alliierten, wie zum Beispiel den berühmten CIC, den amerikanischen Geheimdienst, die sich ausschließlich mit Spionage beschäftigen, Zersetzung in das österreichische Volk hineintragen, Spione in die Nachbarländer entsenden und dadurch die Beziehungen zwischen Österreich und seinen Nachbarländern gefährden, — ja noch mehr! — die in der letzten Zeit eine Serie schmachvoller Morde in Österreich organisiert haben. Sie kommen her, uns die Demokratie zu lehren, aber sie haben uns die Lehre gebracht: wie wird man zum perfekten Mörder. Denn wenn man die Ereignisse der letzten Wochen überblickt, dann erinnert man sich an die abscheulichsten amerikanischen Gangsterfilme. Da wurden in Tirol Agenten ermordet; da wurde ein Verhafteter in der Untersuchungshaft ermordet; da wurde ein Mord in der Badewanne organisiert; da wurde ein Mord im Arlberg-Expreß organisiert; da werden Menschen aus Fenstern auf die Straße gestürzt, wo sie mit zerschmettertem Schädel liegen bleiben. (*Rufe: Prag!*)

Das, meine Damen und Herren, bringen uns diese ausländischen Spionagedienste, und es wäre die höchste Zeit, daß das ganze österreichische Volk einmütig die Forderung erhebt: Weg mit diesen Spionagediensten, weg mit diesen Spionagezentralen aus Österreich! (*Die Ausführungen des Redners werden von ununterbrochenen stürmischen Zwischenrufen der sozialistischen und der volksparteilichen Abgeordneten begleitet. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.*)

Aber das ist noch lange nicht alles, was dieses Besatzungsregime uns auferlegt! Österreich ist verpflichtet, für massenhaft DPs und unerwünschte Ausländer in den verschiedenen Lagern zu sorgen. Ich möchte nicht mißverstanden werden: ich spreche nicht von jenen Ausländern, die durch die Völkerwanderung der Kriegs- und Nachkriegszeit ohne ihr Verschulden nach Österreich hereingeschwemmt wurden und die bereit sind, hier anständige Arbeit anzunehmen. Nicht gegen die wende ich mich. Aber ich wende mich

gegen die ungefähr 77.000, die sich heute noch in den verschiedenen Lagern befinden und für die Österreich die Kosten bezahlen muß. Obwohl das Parlament seinerzeit einstimmig beschlossen hat, diese Kosten nicht mehr zu bezahlen, werden sie Österreich nach wie vor auferlegt. Es wäre allerhöchste Zeit, daß diese DPs — ich spreche nicht von den anständig Arbeitenden — daß diese DPs, die Landsknechte, die Abenteurer, die Faschisten aus Österreich hinausbefördert werden, daß sie nicht länger unserem Volk zur Last fallen.

Aber, meine Damen und Herren, es wird uns durch dieses Besatzungsregime noch mehr auferlegt. Es werden in Westösterreich, in Tirol und in Salzburg Festungsbauten errichtet (*stürmisches Gelächter bei der SPÖ und ÖVP*), Festungsbauten, an denen Österreich keinerlei Interesse haben kann, an denen aber jene Großmacht, die ständig von der Alpenfestung Österreich spricht, die ständig Österreich als ein Bollwerk gegen den Osten bezeichnet, ein großes Interesse hat. Diese Festungen sind von großem Interesse, nicht für Österreich, sondern für jene Großmacht, die sich hier festgesetzt hat und nicht die Absicht bekundet, ihre Truppen aus Österreich abzuziehen. (*Heiterkeit. — Abg. Dr. Migsch: Wie heißt sie?*)

Weiter: Nach wie vor hat Österreich die lästige und unerträgliche Einteilung in vier Zonen, mit allen Zonenbeschränkungen und mit all den schikanierenden Zonenkontrollen. Nach wie vor wird Österreich durch diese Zonengrenzen in Stücke geschnitten, und es ist für einen österreichischen Staatsbürger manchmal nicht allzu leicht, von einer Zone in eine andere überzugehen.

Weiter gibt es in Österreich noch immer eine Einrichtung, die wir verurteilen: Die Zensur, die Briefzensur, die Zensur aller möglichen Schriftstücke usw. Wir sind der Meinung, daß es an der Zeit wäre, diese Zensur endgültig aufzuheben, endgültig zu beseitigen. (*Die Zwischenrufe der ÖVP und SPÖ werden immer heftiger, es herrscht großer Lärm. — Der Präsident läutet ununterbrochen.*) Brüllen Sie nicht so blödsinnig, wenn ich solche Forderungen erhebe.

Weiter, meine Damen und Herren, scheint es uns unerträglich, daß sich in Österreich noch immer die stärksten Rundfunksender in den Händen der Besatzungsmächte befinden, und es schiene uns notwendig, die einmütige Forderung nach der Übergabe all dieser Rundfunksender an Österreich zu erheben. (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Auch ist es für die Unabhängigkeit Österreichs ein unerträglicher Zustand, daß es hier finanzielle Sonderkonten gibt, über deren Geldmittel nicht Österreich verfügt, sondern über



deren Geldmittel faktisch eine ausländische Macht verfügt. Es wäre höchste Zeit, auch die volle Finanzhoheit für Österreich, für das österreichische Volk zurückzufordern. Und schließlich übersehen wir nicht, daß es gewisse Vereinbarungen zwischen den Großmächten gibt, in denen Österreich, ohne gefragt worden zu sein, eine Rolle spielt, wie zum Beispiel im Atlantikpakt, in dessen Militärsystem Österreich ausdrücklich einbezogen wird, hinter dem Rücken Österreichs und hinter dem Rücken des österreichischen Volkes.

Die dringlichste und entscheidendste, die lebenswichtige Aufgabe scheint mir nach wie vor zu sein, den Kampf um den Staatsvertrag verstärkt fortzusetzen. Ich werde mir erlauben, bei der außenpolitischen Diskussion über diese Frage ausführlich zu sprechen und eine Reihe von Vorschlägen zu unterbreiten, weil ich den Eindruck habe, daß da und dort der Versuch unternommen wird, den Kampf um den Staatsvertrag in den Hintergrund zu rücken und andere Dinge in den Vordergrund zu stellen.

Aber unbeschadet dieses Kampfes um den Staatsvertrag, den wir mit gesteigerter, mit intensivierter Kraft führen müssen und in den wir das österreichische Volk einschalten müssen, schiene es mir möglich und notwendig, daß eine Reihe von augenblicklichen Maßnahmen durchgeführt werde — wobei nachdrücklich gesagt werden soll, daß das keineswegs ein Ersatz für den Staatsvertrag sein dürfte —, um uns die Situation zu erleichtern und um den Großmächten einen gewissen Anreiz zu geben, die Verhandlungen und Beratungen zu beschleunigen.

Wo steht geschrieben, meine Damen und Herren, daß der Staatsvertrag nur dann abgeschlossen werden kann, wenn ausländische Truppen in Österreich stehen? Der Staatsvertrag kann ebensogut abgeschlossen werden, wenn die ausländischen Truppen nicht mehr in Österreich stehen. *(Zwischenrufe. — Abg. Altenburger: Wer stellt denn das stärkste Kontingent?)*

Wo steht geschrieben, daß alle diese Belastungen und alle diese Bedrückungen erst dann ihr Ende nehmen sollen, wenn der Staatsvertrag von allen Großmächten ratifiziert worden ist? Ich halte es für absolut notwendig, daß das Parlament in einer einhelligen Kundgebung, in einem einhelligen Appell an alle vier Alliierten die Forderung erhebt, sofort, im Augenblick, unverzüglich, ohne jede Formalitäten eine Reihe der brennendsten Wünsche des gesamten österreichischen Volkes zu erfüllen.

Ich erlaube mir daher, dem Parlament einen Beschlußantrag vorzulegen.

Er lautet *(liest)*:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Nationalrat erhebt leidenschaftlichen Protest gegen die Verschleppung des Staatsvertrages und die Fortdauer des Besatzungsregimes, das Österreich große Belastungen auferlegt und mit der Würde eines freien Staates unvereinbar ist. Der Nationalrat fordert von den Großmächten, daß sie endlich den Staatsvertrag unter Dach und Fach bringen und Österreich die lange vorenthaltene Freiheit wiedergeben.

Außerdem fordert der Nationalrat schon jetzt eine Reihe von sofort durchführbaren Maßnahmen, um dem Besatzungsregime ein Ende zu bereiten. Der Nationalrat fordert: den unverzüglichen Abzug aller Besatzungstruppen;

die unverzügliche Auflösung aller DP-Lager und den unverzüglichen Abtransport aller fremdsprachigen DPs auf Kosten der Besatzungsmächte der betreffenden Zonen; die Freigabe aller beschlagnahmten Wohnungen und Hotels;

die Aufhebung jeder Militärgerichtsbarkeit und Militärpolizei;

die Auflösung aller ausländischen Dienststellen, die sich wie CIC ausschließlich mit Spionage beschäftigen;

die Beseitigung aller Vereinbarungen zwischen einzelnen Großmächten, die Österreich in militärische Pakte einbeziehen, wie dies zum Beispiel im Atlantikpakt geschieht;

die Einstellung aller ausländischen Festungsbauten sowie der Errichtung von ausländischen Stützpunkten, Flugplätzen usw.;

die Beseitigung aller Zoneneinschränkungen und Zonenkontrollen;

die Aufhebung jeglicher Zensur;

die Übergabe sämtlicher Rundfunksender an Österreich;

die Aufhebung der Sonderkonten und die freie Verfügung Österreichs über alle Geldmittel.

Der Nationalrat ist überzeugt, daß die unverzügliche Erfüllung dieser gerechten und vom ganzen österreichischen Volk unterstützten Forderungen auch die Beratungen über den Staatsvertrag beschleunigen wird.“

Ich bitte deshalb den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage zu stellen, und wende mich an alle Abgeordneten mit der Aufforderung, diesen Wünschen des österreichischen Volkes Rechnung zu tragen und diesen Antrag einstimmig anzunehmen. *(Andauernde Zwischenrufe. — Abg. Weinberger: Ein Groteskkomiker sind Sie! —*



*Abg. Grete Rehor: Ein Judas! — Abg. Widmayer: Was ist mit den Usia-Betrieben?)*

**Präsident:** Der Herr Abg. Fischer hat einen Antrag gestellt, der nicht genügend unterstützt ist. Ich muß daher die Unterstützungsfrage stellen. Jene Frauen und Herren, welche dem Antrag ihre Unterstützung leihen wollen, wollen sich von den Sitzen erheben. *(Geschicht.)* Der Antrag ist nicht genügend unterstützt und steht daher nicht zur Debatte. *(Zwischenrufe beim Linksblock. — Gegenrufe bei den Regierungsparteien. — Abg. Ernst Fischer: Das ist Euer Kampf gegen die Besetzung! — Abg. Koplenig: Nieder mit der Regierung des Landesverrates! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

**Abg. Weikhart:** Hohes Haus, sehr geehrte Frauen und Herren! Als das österreichische Volk in den Oktobertagen des Jahres 1943 noch mitten im Schlachtenlärm des Krieges heimlich durch den Rundfunk die Mitteilung erhielt, daß sich die Weltmächte über die Frage Österreichs und seines zukünftigen Bestandes in Form der Moskauer Deklaration geeinigt und der Welt und damit dem österreichischen Volk feierlich das Versprechen gegeben hatten, diesem Lande die Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit zuzusichern, dachte wohl kein Mensch daran, daß wir in diesem Lande fast fünf Jahre nach Kriegsende noch immer an einer vierfachen Besetzung zu leiden haben werden. Zur damaligen Zeit konnte kein Mensch annehmen und glauben, daß nach so kurzer Befreiungsfreude diesem Land, das als erstes in Europa von Hitler-Deutschland besetzt wurde, ein langer Weg des Leides und der Lasten bevorstünde.

Wenn sich das österreichische Parlament heute nun neuerlich genötigt sieht, über die Besatzungskostendeckung zu sprechen und die Geltungsdauer dieses Gesetzes zu verlängern, so können wir in aller Offenheit sagen: die Verlängerung der Geltung dieses Gesetzes kommt ohne Verschulden des österreichischen Volkes zustande. Wir wollen hier offen sagen: sobald die Besetzung für uns erleichtert wird und sobald die Besatzungsmächte aus dem Lande sind, in dem Augenblick wird auch dieses Gesetz aus diesem Land verschwinden.

Als im Vorjahr die Beratungen über dieses Gesetz durchgeführt wurden, haben einige Menschen in diesem Land versucht, den eigentlichen Zweck dieser Steuer zu verschleiern, indem sie den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben, in den Büros und auf den Straßen einzureden versuchten, daß diese Steuer nicht zur Deckung der Besatzungskosten, sondern anderen Zwecken, etwa dem Zweck der Finanzierung einer neu

aufzustellenden österreichischen Wehrmacht, diene. Seit diesem Zeitpunkt sind nun rund dreiviertel Jahre in das Land gezogen und die österreichische Bevölkerung, die österreichischen Arbeiter und die österreichischen Angestellten konnten sich mittlerweile überzeugen, daß diese Prophezeiung von damals, die heute neuerlich wider besseres Wissen und wider besseres Recht hier ausgesprochen wurde, absolut nicht den Tatsachen entspricht. Alle Voraussagen, die von der Kommunistischen Partei und ihren Trabanten gemacht wurden, wurden durch die Wirklichkeit widerlegt. Diese Voraussagen — wir können das ruhig aussprechen — waren aufgebaut auf Lug und Trug, sie waren darauf aufgebaut, Unzufriedenheit und Unruhe in die Arbeiter- und Angestelltenschaft hineinzubringen.

Fast zur Bekräftigung dessen hat der Herr Abg. Fischer schon im Vorjahr nach dem stenographischen Protokoll wörtlich folgenden Satz, den er heute wieder erwähnt hat, ausgesprochen *(liest)*: „Wir haben sehr genaue, sehr eingehende Berichte über die amerikanischen Festungsbauten, die jetzt in Tirol durchgeführt werden.“ Auf unsere Aufforderung, sofort Namen, Ort und Daten zu nennen, ist er uns bis zur jetzigen Stunde die Antwort schuldig geblieben.

Ich möchte Ihnen an einem ganz kleinen Beispiel anführen, was eine solche kommunistische Mundpropaganda imstande ist. Seit einiger Zeit raunen die Kommunisten in den Betrieben und auf den Straßen im Bezirk Liesing, daß da draußen in der kleinen Ortschaft Erlaa wieder Bunker gebaut werden. Dieses Raunen war so stark, daß es sogar zu Ohren der Besatzungsmacht gelangt ist. Was ist denn wirklich wahr? Sind wirklich Bunker gebaut worden? Von der Behörde wurde festgestellt, daß in der kleinen Ortschaft Erlaa draußen am Feld eine Kläranlage errichtet wurde! *(Heiterkeit.)* Den menschlichen Bedürfnissen entsprechend, wurde hier im Zuge eines Sammelkanals eine Fäkalienanlage errichtet. Sie hätten es leicht gehabt, sich beim Ortsvorsteher oder beim Bezirksvorsteher zu erkundigen. Nein, sie haben ihre Mundpropagandisten ausgeschiedt, um zu sagen, sogar hier am südlichen Rand Wiens werden nun schon Bunker gebaut! *(Abg. Frühwirth: Also ein sogenanntes kommunistisches Latrinengerücht!)* Es hat nun der Herr Abg. Fischer, der sich heute als ein Ziffernjongleur erster Marke erwiesen hat — mancher Zirkus könnte traurig sein, daß er einen solchen Jongleur nicht bei sich hat —, heute behauptet, die österreichische Regierung mache mit der Besetzung ein Geschäft. Er sagte, es sei eine Ungeheuerlichkeit, was sich da abspielt. Wir können nur sagen: Herr Abg. Fischer, es ist

eine Ungeheuerlichkeit, der Wahrheit so ins Gesicht zu schlagen, wie Sie es imstande sind! *(Stürmischer Beifall bei den Sozialisten. — Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.)*

Ich möchte heute nur den Artikel der „Österreichischen Volksstimme“ hernehmen. Sie schreibt da unter der Überschrift: „Besatzungssteuer doppelt so hoch als Besatzungskosten“ *(liest)*: „Wie hoch waren nun die Besatzungskosten im Vorjahr? Nach den Angaben des Finanzministers im Budgetausschuß am 15. Februar — er hat sich dort so verschommen wie möglich ausgedrückt — wurden 1949 insgesamt angeblich 330 Millionen Schilling an Besatzungskosten bezahlt. Das heißt: die Regierung hat im Vorjahr unter dem Titel der „Besatzungskostensteuer“ mindestens um 300 Millionen Schilling zu viel eingehoben.“ Diese Angabe von 330 Millionen Schilling steht heute wieder im Widerspruch zu den Angaben des Herrn Abg. Fischer. Die „Volksstimme“ hätte sich nur die Ausgabe der „Parlamentsskorrespondenz“ ansehen müssen und hätte damit die Möglichkeit, die richtigen Zahlen daraus zu ersehen.

Aber wie sehen die Kosten für die Besatzungsmächte in Wirklichkeit aus? Wir wollen sie uns vom Jahre 1945 bis 1949 ansehen, damit Sie, Herr Abg. Fischer, Sie Jongleur, die Möglichkeit haben, nun einmal wirklich die Wahrheit zu sagen, damit Sie den Mut haben, dem österreichischen Volk die Wahrheit mitzuteilen! *(Zwischenrufe beim Linksblock.)* Wir können nur feststellen, daß in der Zeit zwischen 1945 und 1949 a) an militärischen Besatzungskosten 3.647,600.000 S und b) an zivilen Besatzungskosten 582,500.000 S, insgesamt also bis 1949 an militärischen und zivilen Besatzungskosten 4.230,100.000 S bezahlt wurden. Dazu kommen aber noch jene alliierten Militär-Schillingnoten, die im Betrage von 1.163,000.000 S eingelöst werden mußten. Das heißt, daß der österreichische Staat, das österreichische Volk an die Besatzungsmächte, Herr Abg. Fischer — nicht wie Sie dartun wollen in Ihrer einseitigen Stellungnahme — 5.393,100.000 S bezahlen mußte! *(Erneute Zwischenrufe beim Linksblock. — Abg. Ernst Fischer: Darum: weg mit der Besatzung!)*

Schauen wir uns nun einmal diese Aufteilung etwas näher an. Lassen wir die Einlösung der alliierten Noten weg und teilen wir einmal die militärischen und zivilen Besatzungskosten anteilmäßig auf. Die Amerikaner erhielten 407,830.000 S, an England wurden 841,290.000 S ausbezahlt, an Frankreich 735,690.000 S und an Rußland 2.245,260.000 S. *(Abg. Koplenig: Reden Sie vom letzten Jahr, Sie Schwindler!)* Herr Abg. Koplenig, Sie haben sich stets als Antiösterreicher erwiesen *(Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.)*, und

Sie beweisen es auch in der jetzigen Debatte, daß Sie dies im Auftrag einer Macht, die Sie bezahlt, tun! *(Erregte Rufe und Gegenrufe zwischen Sozialisten und Linksblock. — Abg. Koplenig: Vom letzten Jahr sollen Sie reden!)* Sie reden nur für Ihre Auftraggeber, Sie sind ja bezahlt!

Die Besatzungskostendeckungssteuer hat im Jahre 1949 einen Ertrag von 244,9 Millionen Schilling ergeben, Herr Abg. Fischer. Das ist schon richtig, es sollte Ihnen aber auch bekannt sein, daß die Erträge der Einkommensteuer immer um ein Jahr später einfließen. Beahlt wurden aber im Jahre 1949 an militärischen Besatzungskosten 198,7 Millionen Schilling und an zivilen 320 Millionen Schilling, insgesamt also 518,7 Millionen Schilling. Dem steht ein Ertrag an Besatzungssteuer von 244,9 Millionen Schilling gegenüber *(Abg. Ernst Fischer: Schwindeln Sie nicht so frech! — Abg. Widmayer: Schwindler reden vom Schwindel!)*, daher ein ungedeckter Abgang von 273,8 Millionen Schilling. *(Abg. Ernst Fischer: Also weg mit der Besatzung! — Zwischenrufe.)* Ich möchte hier folgendes feststellen, sehr geehrte Frauen und Männer. *(Andauernde Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.)* Es geht also um einen Gesamtbetrag von über 5 Milliarden, den wir seit 1945 an die Besatzungsmächte zu leisten hatten, und da, Herr Abgeordneter Fischer, unterscheiden wir uns redlich von Ihnen: Wir nehmen dabei keine Besatzungsmacht in Schutz und wir lassen auch keine allein. Das ist also eine sehr hohe Belastung für das österreichische Land, und wir sind infolgedessen dafür, daß sie alle uns schleunigst verlassen. Wir wollen sie jedenfalls alle draußen haben! *(Abg. Ernst Fischer: Ihr wollt, daß sie dableiben! — Andauernde erregte Zwischenrufe.)* Ihr Lippenbekenntnis kennt das Parlament! Ihr Lippenbekenntnis kennt das österreichische Volk! Sie sind in dieser Frage ein Schwindler, weil Sie stets darum bemüht sind, dem österreichischen Volk gerade das Gegenteil dessen zu sagen, was Sie wollen! *(Abg. Probst: Was ist's mit den unsichtbaren Besatzungskosten? — Andauernde Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe.)* Eine Wohnung kostet durchschnittlich 50.000 S, wenn wir sie neu bauen. Um den Betrag von über 5 Milliarden Schilling und bei der Annahme von Baukosten von je 50.000 S wären wir also imstande gewesen, 100.000 neue Wohnungen im Lande Österreich herzustellen. Die Besatzungskosten haben es verhindert, daß wir imstande waren, diese brennende und uns so drückende Aufgabe zu lösen. *(Abg. Ernst Fischer: Also weg mit der Besatzung! — Abg. Koplenig: Weg mit der Besatzung und der Besatzungssteuer!)*

Herr Abg. Fischer, ich komme schon noch darauf! Sie brauchen nicht nervös zu werden. Sie kommen schon auch noch an die Reihe! Ihre Überheblichkeit, Ihre Arroganz in diesem Parlament sind uns nur zur Genüge bekannt. So liegen die Tatsachen und so soll es das österreichische Volk, das österreichische Land erfahren. (*Abg. Altenburger: Herr Fischer, Ihre Besatzungsmacht verlangt dreimal soviel als die anderen! — Zwischenrufe.*)

Der Herr Abg. Honner hat im Vorjahre, als die Frage der Besatzungskostendeckungssteuer hier behandelt wurde, der Ansicht Ausdruck gegeben, diese Steuer werde nur dazu gebraucht, um eine Russenhetze, eine Kommunistenhetze in die Wege zu leiten.

Meine Herren vom Linksblock! Wir hätten von Ihnen in einer so wichtigen, ja in einer so entscheidenden Frage wie der Frage der Besatzung und deren Kosten schon etwas anderes erwartet. Wenn wir pflichtgemäß für die Rechte des Volkes eintreten, dann nennen Sie es „Russenhetze“. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Unser Volk versteht es, worum es geht. Ich möchte nur jenen russischen Staatsbürger kennen lernen, der es je wagen würde, so gegen sein eigenes Vaterland anzukämpfen, wie Sie es tun, Herr Abg. Fischer! (*Stürmischer Beifall bei den Sozialisten. — Gegenrufe beim Linksblock.*) Ich möchte den Engländer, den Amerikaner, ja, ich möchte den Zulukaffer kennen, der seinen eigenen Staat so verunglimpft, wie Sie es immer wieder machen! (*Neuerlicher starker Beifall. — Abg. Ernst Fischer: Der Zulukaffer sind Sie!*) Das soll Ihnen einmal gesagt werden! Diese Fratze muß Ihnen einmal heruntergerissen werden! (*Abg. Widmayer: Sie sind ein bezahlter Agent! — Zwischenrufe.*)

Ich stelle hier nur fest, meine Damen und Herren, im vorigen Jahr, bei der Beschlußfassung, haben die Herren der Kommunistischen Partei immer damit operiert, daß diese Steuer eine Wehrmachtsteuer sei. Jeder kann sich aber davon überzeugen, daß wir keinen einzigen Soldaten, auch wenn er nur einen Stoppelrevolver besäße, mit diesen Mitteln ausgerüstet oder finanziert haben! Seit einem Jahr haben die Kommunisten in diesem Lande eine ganz besondere Art Propaganda aufgelegt: Wehrmachtfragen, Finanzierung einer Bürgerkriegsarmee! Mittlerweile konnte sich das Volk, konnten sich selbst die kommunistischen Wähler und Anhänger davon überzeugen, daß diese Behauptungen nicht richtig sind, daß sie belogen wurden von diesen vier Abgeordneten in diesem Parlament. Jetzt kommt man in die Betriebe und erklärt, eine Kriegshetze sei in Österreich im Gange, in jedem Betrieb müsse ein Friedensrat eingesetzt werden, es dürfe nicht sein, daß Österreich in

einen Krieg mitverwickelt wird. (*Zwischenrufe beim Linksblock.*) Sie fordern nun die verschiedensten Branchenkategorien und die verschiedensten Länder auf, in Streik zu treten und Sabotage zu üben, alles zu tun, um Kriegslieferungen zu sabotieren und die Kriegserzeugung abzulehnen.

Ich werde Ihnen an einem kleinen Beispiel die Taktik der Kommunistischen Partei in ihrem sogenannten überparteilichen Friedensrat bekanntgeben.

Mein Freund, Dr. Pittermann, hat in einer der letzten Sitzungen aufgezeigt, wie es in einem Margarinebetrieb am südlichen Rande Wiens zugeht, wo man Unterschriften zum Friedensrat sammelt (*Abg. Weinberger: Wie bei Hitler!*) und wo man, wenn man sich weigert, zu unterschreiben, Gefahr läuft, den Arbeitsposten zu verlieren. Damals hat nun der Herr Abg. Fischer in einem Zwischenruf gefragt: Wer hat Ihnen das gesagt? Wo haben Sie diese Äußerungen her? Das verpflichtet mich, weil es ja mein Bezirk ist, den Herrn Abg. Fischer nun auch in dieser Frage zurechtzuweisen und zu überführen. Ich habe hier eine solche Betriebszeitung: „Organ der Arbeiter und Angestellten der österreichischen Schicht A. G.“. Wir kennen diese Betriebszeitungen aus der Nazizeit her; der Herr Abg. Fischer wird sie nicht kennen, denn er war ja nicht da. Jeder Betrieb mußte in irgend einer Form eine solche Betriebszeitung schaffen. Und da lesen wir nun unter dem Titel: „Der Lügner ist unter uns!“ einen Artikel. In diesem Artikel beschreiben sie die Rede des Abg. Pittermann, und jetzt möchte ich Ihnen wörtlich vorlesen, wie man Friedensrat spielt (*liest*):

„Diese Darstellung des Sachverhaltes von Nationalrat Dr. Pittermann beruht entweder auf einer lügnerischen Information oder Nationalrat Pittermann verdrehte die Wirklichkeit. Was war eigentlich bei uns im Betrieb tatsächlich los? 1. Auf einer Vollversammlung wurde auf Vorschlag des Betriebsrates ein Friedensrat auf überparteilicher Basis einstimmig gewählt. 2. Dieser Friedensrat beschließt die Anbringung eines Spruchbandes auf dem Betriebsgebäude mit folgender Inschrift: Dieser Betrieb steht zu 100 Prozent in der Friedensbewegung.“ Auch das ist uns nur zu bekannt; dem Herrn Abg. Fischer allerdings nicht, denn er war ja nicht da, er war in Sicherheit, oben in Moskau. „Dieser Betrieb ist zu 100 Prozent bei der DAF organisiert!“ hieß es damals, das ist uns erinnerlich, aber nicht einmal dafür, nicht einmal für diese Angelegenheit haben sie etwas Neues, auch das ist den Kommunisten durch das Tausendjährige Reich überliefert worden.

(*Liest weiter*): „3. Mitglieder des Friedensrates gehen laut ihres Beschlusses mit Listen im Betrieb herum, worauf steht, daß, wer mit der Anbringung dieses Spruchbandes einverstanden ist, unterschreiben möge.“ (*Abg. Weinberger: Auch genau so wie früher!*) „In der Ölfabrik“ — jetzt hören Sie nur zu — „verweigern einige ihre Unterschrift respektive zogen eine bereits gegebene zurück. Bei den Arbeitern entsteht darüber eine Spannung, es kommt zu Protesten. Die Unterschriftenverweigerer erscheinen in den Augen der Mehrheit der Arbeiter als Gegner des Friedens. Für die Arbeiter ist der Friede eine heilige Sache und eine jede Verletzung desselben erzeugt eine heftige Reaktion. Einige Arbeiter protestieren energisch und in der Hitze des Wortgefechtes entstehen tatsächlich solche Meinungen, daß es mit Saboteuren des Friedens eine Zusammenarbeit nicht gebe. Im Verlaufe der weiteren Diskussion stellt sich heraus, daß die Unterschriftenverweigerer wohl für den Frieden sind“ — denn das steht für sozialistische Arbeiter fest, daß sie unteilbar für den Frieden in der Welt sind und waren und jederzeit dafür eintreten werden. (*Zwischenrufe.*) Ein Standpunkt, der für uns einfache Menschen klar ist, für diese Schreiberlinge aber nicht zu verdauen ist. Und nun hören Sie weiter (*liest*): „Dem Friedensrat bleibt klugerweise nichts anderes übrig, als auf Grund der Lippenbekenntnisse eine Einstimmigkeit anzunehmen.“

Das ist jene Taktik, die draußen in den Betrieben die sogenannten Friedensräte überparteilicher Natur, besetzt mit todsicheren kommunistischen Mitgliedern, anwenden.

Hören Sie weiter (*liest*): „Fast 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung hat mehr als genug von Kriegen und wünscht nichts sehnlicher als einen dauerhaften Frieden. Ein großer Teil davon zuckt aber resigniert die Achseln und erklärt, das Gesicht mit dem ‚Kurier‘ oder der ‚Weltpresse‘ schamhaft verdeckend, des san ja die Großen, wir Kleinen können eh nichts machen. Mit dieser defaitistischen und pessimistischen Einstellung muß endlich Schluß gemacht werden. Das französische, italienische und deutsche Volk gibt uns durch seine grandiosen Antikriegsaktionen ein leuchtendes Beispiel. Der Friede ist kein Geschenk! Heraus mit einem Gesetz zum Schutze des Friedens! Das Kriegsmaterial ins Meer!“

Darunter lesen wir eine „Aufforderung“ und diese Aufforderung droht nach dem alten Grundsatz: „Und bist Du nicht willig...“ (*liest*): „Aufforderung an alle Mitglieder und Vertrauensmänner der Kommunistischen Partei, Betriebsorganisation Schicht: 1. Wir fordern alle unsere Mitglieder und Ver-

trauensmänner auf, die Friedensbewegung in unserem Betrieb moralisch auf das Weitgehendste zu unterstützen. Der auf überparteilicher Basis wirkende Friedensrat soll sich frei und ohne parteipolitische Einflußnahme entfalten können. 2. Vom Friedensrat beschlossene Aktionen in der organisatorischen Durchführung ausschließlich den Mitgliedern des Friedensrates oder deren Beauftragten zu überlassen. 3. Streitfragen, die sich bezüglich der Friedensbewegung ergeben sollten, dem Friedensrat zur Schlichtung oder Lösung zu überlassen.“

Sie sehen, daß selbst Ihre eigenen kommunistischen Arbeiter und Funktionäre gegen diese Art von Druck und gegen diese Art von Terror im Betrieb Stellung genommen haben. So, meine Herren, können wir es absolut nicht machen. Aber der Herr Abg. Fischer hat heute theatralisch hier erklärt, wofür sie sind, für den Staatsvertrag und für die Erleichterungen. Das Haus hat gezeigt, daß wir in dieser Frage einig sind. Für uns ist der Staatsvertrag das Ziel, auf das wir losgehen, für das wir kämpfen. Für uns sind alle Erleichterungen, die man diesem österreichischen Volk gibt, eine Selbstverständlichkeit, die wir annehmen. Aber, Herr Abg. Fischer, dieses Lippenbekenntnis glaubt Ihnen niemand. Wenn man hier sagt: Der Krieg ist kein Geschenk, das Kriegsmaterial ins Meer!, dann müssen wir doch bedenken, es ist keine Kunst, meine Herren, auf der Linie des kleinsten Widerstandes zu operieren, weil es ungefährlich ist, und an die italienischen Arbeiter, an die französischen, an die englischen, an die amerikanischen, an die belgischen, an die westdeutschen — ich betone, an die westdeutschen — und zum Schluß an die österreichischen Arbeiter zu appellieren. Nein, meine Herren, so kann es keinen Frieden geben! Auf der einen Seite Friedensräte und auf der anderen Seite, fünf Jahre nach Kriegsende, schweigen die Herren von der Kommunistischen Partei darüber, daß man in Polen 250.000 Menschen hinauswerfen will, daß man in Ungarn an unserer Grenze Stacheldraht mit Minenfeldern zieht und daß an diesen Minenfeldern fast täglich Menschenopfer zu beklagen sind. Ist etwa das der Friede, den Sie sich vorstellen? Oder in der Tschechoslowakei, daß man nun die Militärdienstzeit von 17 auf 60 Jahre erweitert und außerdem noch Frauen berechtigt sind, sozusagen im Notstand auch mit dabei zu sein?

In Europa, in der Welt kann es keinen Frieden geben, wenn Sie schweigen, daß fünf Jahre nach Kriegsende noch immer Konzentrationslager da sind (*lebhafter Beifall bei den Sozialisten*), in denen Zehntausende

heute noch schmachten. Es kann keinen Frieden geben, wenn Sie nicht den Mut haben, hier heraufzukommen und so wie Sie den Arbeitern von Italien sagen: Weigert euch! Streikt! Sabotiert!, das gleiche auch den Arbeitern in dem hochgerüsteten Ungarn, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien zu sagen. Sie müssen den Arbeitern von Moskau die gleiche Streikparole sagen, den gleichen Mut einflößen, für den Frieden zu kämpfen und für den Frieden zu wirken! *(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.)*

Soweit es an uns liegt, braucht Ihnen nicht bange zu sein. Der Friede, habe ich gesagt, ist für uns unteilbar. Die Sozialistische Partei, sie steht und kämpft dafür mit all ihrer Leidenschaft. Wenn so ein „Splitter“ Bemerkungen macht, nun dazu können wir uns eine Gegenäußerung ersparen. Aber, Herr Abg. Fischer, es dient auch dem Frieden, wenn Sie den Mut haben, zur Besatzungsmacht zu gehen: Der Semmering, eine unserer Naturschönheiten an der Grenze Steiermarks und Niederösterreichs, ist durch den Krieg außerordentlich beschädigt worden; dieser Semmering ist wiederum fast neu erstanden. Und wieder ist ein Hotel in Beschlag genommen worden, und wiederum werden Gesetze beansprucht, und wiederum erklärt man, Kammerwahlen dürfen aus diesen und jenen Gründen nicht stattfinden. *(Zwischenrufe beim Linksblock.)*

Meine Herren! Sie müssen den Mut dazu haben! Kommen Sie nur einmal herauf und sagen Sie den Arbeitern der östlichen Welt, sagen sie den Arbeitern dort in Rußland, Bulgarien, Rumänien, in der Tschechoslowakei und in den ostdeutschen Staaten das, was Sie den Arbeitern in Italien, Frankreich oder sonst irgendwo sagen: Keine Waffen erzeugen, keine Waffen liefern und keine Waffen transportieren auf der ganzen Welt! Damit werden wir sicherlich den Frieden in dieser Welt garantieren.

Meine Damen und Herren! Ich kann nur sagen, ich verstehe manches Menschliche, ich verstehe auch, daß der Herr Abg. Fischer oft nicht so reden kann, wie er unter Umständen reden wollte. Beispiele zeigen ihm, daß er außerordentlich vorsichtig sein muß. Beispiele des Schicksals, wie etwa des Generalsekretärs von Polen Gomulka, der dann in die Versenkung verschwinden mußte. Wie oft wurde auch der Name des Polizeipräsidenten Markgraf lobend hervorgehoben — er ist dann verschwunden. Und wie oft wurde in den Zeitungen der Name des Außenministers Rajk lobend anerkannt — er mußte fallen. Wie oft wurde der Name Kostoff von Bulgarien lobend anerkannt — auch er mußte fallen und sein Leben einbüßen wie die vielen,

vielen anderen, die Opfer der Kominformsäuberungsaktion geworden sind. Um diesem Opfer zu entgehen, haben Sie alle von der Kommunistischen Partei nicht den Mut, beim Rednerpult im österreichischen Parlament dem österreichischen Volk die Wahrheit zu sagen.

Wie haben sich die Zeiten geändert! Ich habe hier das stenographische Protokoll der zweiten Sitzung, die im Dezember des Jahres 1945 in diesem Parlament stattgefunden hat. Wie haben sich, meine Damen und Herren, die Zeiten geändert, als da einer sagte *(liest)*: „Ohne dem österreichischen Volk zu schmeicheln, haben wir stets an unser Volk geglaubt, an seinen demokratischen Wesenskern, an seine schöpferischen Energien, an seine unverwüsthliche Lebensfähigkeit. Dieser Glaube an unser Volk, auch wenn es irre ging, war und ist durch nichts zu verdunkeln. In diesem Glauben an das Volk, in diesem Bekenntnis zu Österreich haben wir uns in den aufwühlenden Tagen der Befreiung sofort mit unserer ganzen Kraft dem Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Das war für uns eine Selbstverständlichkeit, und ebenso selbstverständlich war für uns die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften, ungeachtet der Gegensätze der Weltanschauung. Wir haben längst vor den Wahlen erklärt, daß wir uns als eine österreichische Staatspartei betrachten, und wir sind auch nach den Wahlen dieser österreichischen Staatsgesinnung treu geblieben.“ — Wie die Treue zu diesem österreichischen Staate aussieht, das haben wir heute wieder an der Rede des Abg. Fischer kennen gelernt.

Im Finanz- und Budgetausschuß hat zu dieser Frage auch der Herr Abg. Ebenbichler vom VdU gesprochen — entschuldigen Sie, vom KdU. Ich glaube aber, auch KdU ist eigentlich schon überholt; sie müßten eigentlich KdA heißen: Klub der Auseinanderfallenden. *(Heiterkeit.)* Sie sind ja im Anfang eingezogen als die sechzehnmal Weisen in diesem Lande. *(Zwischenrufe beim KdU.)* Nebenbei, Herr Abg. Hartleb, können Sie mir vielleicht sagen, warum der Herr Landtagsabgeordnete und Landesrat von Oberösterreich, Herr Dr. Wascher, so über Nacht von seinem Amt entfernt worden ist? Können Sie mir darüber vielleicht etwas mitteilen? Hat er etwa Geschäft und Politik oder das eine oder das andere etwa mit der Parole „Sauberkeit und Ordnung“ verwechselt? *(Abg. Newirth: Bei Euch wird es vertuscht, wir aber ziehen die Konsequenzen daraus!)* Ich will es Ihnen sagen: Der VdU hat es sich einfach gemacht; er hat einfach gesagt, was ich dem Hause wörtlich wiederhole. *(Andauernde Zwischenrufe beim KdU.)* Nur keine Auf-

regung! Das Auseinanderfallen bleibt nicht aus (*neuerliche Zwischenrufe*), dagegen gibt es praktisch kein Rezept mehr. „Es muß bei allen Gelegenheiten“ — so sagen die Vertreter des KdU laut und vernehmlich — „in die Welt hinausgerufen werden: Wir sind zu Unrecht besetzt, wir zahlen zu Unrecht und daher wollen wir nicht bezahlen!“ Meine Herren, das ist das Ei des Kolumbus nicht. Daß wir nicht zahlen wollen, darüber gibt es gar keinen Zweifel; aber daß wir zahlen müssen, das ist ja die Frage, die uns so außerordentlich bewegt.

Sie sprechen immer von der Wirtschaft. Dazu möchte ich Ihnen nur sagen: Wir haben da einen Betrieb in Mödling, die Köb; sie hat einen großen Garagenbetrieb, in dem einmal 100 Omnibusse garagiert waren. Dieser Betrieb wurde von der Besatzungsmacht beschlagnahmt und vor ganz kurzer Zeit freigegeben — freigegeben deswegen, weil das Betreten dieses Gebietes lebensgefährlich wurde, weil mittlerweile den Leuten das Dach der Garage über dem Kopf zusammengebrochen ist. Wer, meine Herren, wird denn das der Wirtschaft bezahlen? Wer wird nun diesen Rentnern und Witwen, deren Wohnungen besetzt und beschlagnahmt sind, ihre Unkosten, die Strom- und Wasserkosten und weiß Gott, was es da noch gibt, bezahlen und begleichen? So liegen die Dinge vor uns.

Hohes Haus! Wir verstehen uns und wir sind uns einig in unserer Auffassung: Dieses Land und dieses Volk hat seit dem Jahre 1945 bewiesen, daß es fähig ist, die Wirtschaft des Landes zu führen und zu einer gewissen Blüte zu treiben, trotz aller Hindernisse und trotz aller Schwierigkeiten, die uns im Wege stehen. Unser Ziel bleibt bestehen. Es lautet: Staatsvertrag unter allen Umständen! Einig und geschlossen dafür kämpfen, daß wir von der Last und damit von den Leiden einer Besatzungsmacht, oder besser gesagt, aller vier Besatzungsmächte endlich frei werden und als ein freies Volk unter freien Völkern in der Welt dastehen können! (*Starker Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Böhm**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten.

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten **Dr. Gruber**: Hohes Haus! Die Bundesregierung hat in Zusammenfassung und Wiederholung bereits seit langem erhobener Forderungen an die vier Besatzungsmächte die nachfolgende Note gerichtet (*liest*):

„Die Stellvertreter der Außenminister haben aus den der Regierung..... bekannten Gründen beschlossen, die weiteren Beratungen über den Entwurf des öster-

reichischen Staatsvertrages bis zum 26. April dieses Jahres zu vertagen.

Die Bundesregierung möchte aus dem Anlaß dieser neuerlichen Vertagung der Verhandlungen mit aller Eindringlichkeit gegenüber den vier vertragschließenden Mächten betonen, daß sie von diesen den raschesten Abschluß des Staatsvertrages erwartet.

Sie stellt daher neuerdings an die vier vertragschließenden Mächte die Bitte, alles zu unternehmen, um die Fertigstellung des Staatsvertrages herbeizuführen.

Die Bundesregierung ist nach wie vor der Ansicht, daß die Regelung aller mit Artikel 48 b des Staatsvertrages verbundenen Fragen den entscheidenden Fortschritt in der Richtung der Fertigstellung des Staatsvertragsentwurfes bedeuten würde. Sie muß daher mit Bedauern feststellen, daß die Sowjetregierung trotz wiederholter dringender Vorstellungen eine Antwort auf die Vorschläge der Bundesregierung zur Regelung dieser Materie noch immer nicht erteilt hat.

Sie sieht sich daher neuerlich veranlaßt, an die Sowjetregierung mit der Bitte um rascheste Erteilung dieser Antwort heranzutreten.

Da indessen der Bundesregierung nicht bekannt ist, wie lange das Studium der österreichischen Vorschläge durch die zuständigen sowjetischen Stellen andauern und zu welchem Zeitpunkt daher der Sowjetregierung die Erteilung einer endgültigen Antwort möglich sein wird, sieht sich die österreichische Regierung angesichts der sich dauernd ergebenden Verzögerungen in der Fertigstellung des Vertrages der Notwendigkeit gegenüber, an die Regierungen der vier Besatzungsmächte mit Vorschlägen heranzutreten, die bezwecken sollen, die Lage der österreichischen Bevölkerung sofort zu erleichtern.

Als solche Erleichterungen kämen nach Ansicht der österreichischen Regierung die folgenden in Betracht:

1. Übernahme der Besatzungskosten durch die Regierungen der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreichs in derselben Weise, wie es durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika derzeit schon geschieht.

2. Weitgehende Verminderung der Besatzungstruppen.

3. Freigabe des beschlagnahmten Wohnraumes.

4. Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit.

5. Abstandnahme von Verhaftungen von Österreichern durch Organe der Besatzungsmächte.

6. Volle Unterstellung aller Ausländer, ausgenommen Angehörige der Besatzungs-

truppen, unter die österreichische Rechtsordnung.

7. Ermächtigung an die österreichische Exekutive, Personen in Uniform einer Besatzungsmacht festzunehmen und bis zur Übergabe an diese Besatzungsmacht in Gewahrsam zu halten, wenn dies zur Verhinderung schwerer Verbrechen oder wegen Fluchtgefahr erforderlich ist; bei derartigen Festnahmen auch Berechtigung zum Waffengebrauch für die österreichische Exekutive.

8. Aufhebung der derzeit hinsichtlich bestimmter Personengruppen noch bestehenden Beschränkungen der österreichischen Visa-Hoheit.

9. Aufhebung der Zonenkontrollen und aller sonstigen innerösterreichischen Verkehrskontrollen oder wenigstens Übertragung dieser Kontrollen an die österreichische Exekutive.

10. Abstandnahme von Eingriffen der Besatzungsmächte in rein österreichische Personalverfügungen, völlige Wiederherstellung der österreichischen Personalhoheit.

11. Aufhebung jeglicher Zensur im gesamten Post- und Nachrichtenwesen; weitgehende Einschränkung der Inanspruchnahme der österreichischen Post- und Telegrapheneinrichtungen für Besatzungszwecke.

12. Ermöglichung des uneingeschränkten Postverkehrs gemäß den Bestimmungen des Weltpostvertrages mit allen Staaten.

13. Übergabe sämtlicher Rundfunksender an Österreich, Abstandnahme von Eingriffen in die Programmgestaltung.

14. Abstandnahme von Eingriffen jeglicher Art in die Durchführung ordnungsgemäß zustande gekommener österreichischer Gesetze und Verordnungen.

15. Einschränkung von Anfragen an österreichische Behörden zwecks Auskunftserteilung.

16. Abstandnahme von allen Eingriffen in das Forst-, Jagd- und Fischereiwesen.

17. Abstandnahme von allen Eingriffen in die österreichische Rechtspflege durch örtliche Dienststellen der Besatzungsmächte.

18. Einräumung der verfassungsmäßigen Gnadenbefugnisse des Bundespräsidenten auch in Fällen von Verurteilungen durch Militärgerichte, insoweit die Verurteilung wegen Handlungen erfolgt ist, die auch nach österreichischem Recht mit Strafe bedroht sind.

19. Ausdrücklicher Verzicht auf jede Vorzensur oder sonstige Einflußnahme auf die von der österreichischen Unterrichtsverwaltung einzuführenden Schulbücher.

20. Abstandnahme von der Beschlagnahme von Büchern, Zeitungen und sonstigen Druckwerken.

21. Aufhebung des Transportscheinzwanges für Zucht- und Nutztiere (Pferde, Rinder, Schweine), für bewirtschaftete Lebensmittel

sowie für Bunt- und Schwarzmetalle (Schrott), verschiedene Maschinen und Ersatzteile sowie Erzeugnisse der Elektroindustrie, Aufhebung der Vidierungspflicht für Transporte nicht bewirtschafteter Lebensmittel.

22. Aufhebung der derzeitigen Genehmigungspflicht für Maßnahmen des Bundesstrombauamtes.

23. Verzicht auf Eingriffe in die Tätigkeit der österreichischen Straßenverwaltung.

Die österreichische Regierung wäre der Regierung ..... für baldige Mitteilung ihrer Stellungnahme zu obigen Vorschlägen zu Dank verbunden.

Ein entsprechender Schritt wurde auch bei den Regierungen ..... unternommen."

Hohes Haus! Ich weiß nicht, auf welche Art und Weise der Herr Abg. Fischer offensichtlich von dem Inhalt dieser Note Kenntnis erlangt hat. Gestatten Sie mir aber trotzdem, daß ich Ihnen mit Rücksicht auf den heute eingebrachten Antrag auch ein paar Worte zur Verantwortlichkeit über den gegenwärtigen Zustand der Staatsvertragsverhandlungen darlege. Wir hören heute, daß die Sowjetunion bereit sei, die Artikel 42 und 48 des Staatsvertrages zu diskutieren, und daß sie darauf hinweist, daß eine Verzögerung des Staatsvertrages aus diesem Grunde nicht eintreten würde.

Der Herr Botschafter Zarubin hat in London hingegen in der Sitzung vom 1. März erklärt, daß er seine Stellungnahme zu den Artikeln 42 und 48 nicht zu ändern in der Lage sei, solange nicht die Verhandlungen über den Artikel 48 b abgeschlossen seien.

Die Frage ist: Welchen Vorteil soll sich die österreichische Bevölkerung von einer endlosen Diskussion der Artikel versprechen, für deren Lösung die Voraussetzung offenbar noch nicht gegeben ist? Denn ich sage Ihnen ganz offen, die österreichische Bevölkerung hat meiner Meinung nach kein Interesse an Sitzungen, sondern an Fortschritten im Staatsvertrag. *(Stürmischer Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)*

Die österreichische Regierung hat gleichfalls der Sowjetregierung auf Wunsch des sowjetischen Gesandten in Wien Vorschläge für die Regelung der Frage des Artikel 48 b überreicht. Diese Vorschläge wurden in einem Brief des Herrn Bundeskanzlers an den Hochkommissär der Sowjetstreitkräfte in Wien am 5. Dezember des vorigen Jahres überreicht. Bis heute steht eine meritorische Antwort auf diese österreichischen Vorschläge aus. *(Hört!-Hört!-Rufe.)* Ich überlasse es, Hohes Haus, Ihrer eigenen Beurteilung, ob Sie auch der Meinung sind, daß die Prüfung von Fakten, die ja zu Tage liegen, weil sie mit der Durchführung der Besatzungsaufgaben in



Zusammenhang stehen, in einem Zeitraum von nahezu drei bis vier Monaten nicht abgeschlossen sein könnte. Ich sage Ihnen daher in meiner vollen Verantwortlichkeit eines: wenn der Staatsvertrag von den Großmächten und insbesondere von der Sowjetunion gewünscht wird, gibt es dafür ein einfaches Auskunftsmittel: man beantworte die Vorschläge der österreichischen Regierung, trete mit ihr über diese in meritorische Verhandlungen ein und der Staatsvertrag ist binnen acht oder vierzehn Tagen abgeschlossen.

Wir sehen leider auf diesem Gebiete heute eine Propaganda, die freilich ins Leere gehen muß, denn es hieße die Intelligenz des österreichischen Volkes zu gering einschätzen, um nicht zu sehen, welche zwei Aufgaben hier erfüllt werden sollen, einerseits die Verzögerung des österreichischen Staatsvertrages und andererseits die Verschiebung der Verantwortlichkeit auf die andere Seite. Aber da es klar und eindeutig in der Hand der Sowjetregierung liegt, durch Eintreten in die meritorische Behandlung dieser Fragen den Staatsvertrag flott zu machen, ihn morgen abzuschließen und so das Wort der Moskauer Deklaration endlich einzulösen, müssen wir diese Propaganda zurückweisen. Ich sage Ihnen noch eines: Wir werden die ganzen Phasen dieser verschiedenen Verhandlungen über den Artikel 48 b in nächster Zeit der Öffentlichkeit in einem Dokumentenwerk vorlegen, und die österreichische Öffentlichkeit wird selber beurteilen können, welche Schlüsse sie daraus zu ziehen hat. Ich will deshalb heute nicht in langatmige Auseinandersetzungen mit dem hier eingebrachten Antrag eingehen, denn Sie sehen, daß die Bundesregierung ihre Pflicht bereits erfüllt und daß sie die notwendigen Schritte für die Erleichterung in der Besatzungsfrage eingeleitet hat.

Aber lassen Sie mich zum Schluß noch eines sagen: Wenn wir heute eine große Propaganda für den Frieden haben, dann kann ich nur insbesondere Ihnen, meine Herren Antragsteller, sagen: Treten Sie ein für friedliche diplomatische und politische Methoden, und der Friede ist gesichert! (*Starker anhaltender Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.*)

Bundesminister für Finanzen **Dr. Margarétha**: Hohes Haus! Das Haus hat durch seine Abstimmung über den Antrag Fischer bewiesen, daß es sich durch noch so rhetorische Leistungen, durch noch so der Wahrheit ins Gesicht schlagende Verdrehungen nicht aus der Ruhe bringen läßt. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Auch ich werde mich nicht aus der Ruhe bringen lassen, obwohl ich nicht gewohnt bin und in meinem bisherigen Leben

nicht gewohnt war, daß man mich als Schwindler bezeichnet hat. Ich möchte mich daher ausschließlich darauf beschränken, die Zahlen zu wiederholen, beziehungsweise zu erläutern, die ich schon im Finanzausschuß bekanntgegeben habe.

Hohes Haus! Es war für mich wirklich nicht etwas Leichtes, beim Umbau des Budgets aussprechen zu müssen, daß wir mit einem Staatsvertrag in Kürze nicht rechnen können, daß wir zumindest nicht damit rechnen können, daß der Staatsvertrag voraussichtlich noch in diesem Jahr wirksam werde. Aus diesem Grunde habe ich mich gezwungen gesehen, die Verlängerung der Geltungsdauer der Besatzungskostensteuer wieder in das Budget einzusetzen. Und da behauptet der Herr Abg. Fischer, daß diese Steuer erstens nicht notwendig ist und daß sie zweitens zu ganz anderen Zwecken verwendet wird.

Die Besatzungskostenbeiträge im Jahre 1949 haben ein Erträgnis von 244·9 Millionen Schilling ergeben. Wenn es Sie sehr interessiert, so kann ich Ihnen sagen, daß nach freilich nicht ganz verbürgten Erkundigungen, die ich eingezogen habe, davon auf die Lohnsteuer 101 Millionen Schilling, auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer 100 Millionen Schilling und auf den Besatzungskostenbeitrag vom Vermögen 44 Millionen Schilling, zusammen rund 245 Millionen Schilling entfallen. Demgegenüber betragen die im Jahre 1949 bezahlten militärischen Besatzungskosten für das Jahr 1948 198·7 Millionen Schilling und die zivilen Besatzungskosten 320 Millionen Schilling, zusammen rund 518·7 Millionen Schilling, so daß sich ein Abgang von rund 273·8 Millionen Schilling ergibt.

Zu den von Herrn Nationalrat Fischer zitierten Ausführungen in der Zeitschrift „Die Industrie“ möchte ich bemerken, daß aus den für das Jahr 1950 veranschlagten Einnahmen der Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht ohne weiteres auf den Ertrag der Besatzungskostenbeiträge dieses Jahres geschlossen werden kann, weil in diesen Einnahmen beträchtliche Nachzahlungen für 1948 enthalten sind, die dieser Abgabe nicht unterliegen.

Im Jahre 1950 wird mit einem Erträgnis der Steuer von 420 Millionen Schilling gerechnet, das ist um 20 Millionen Schilling mehr als die zu erwartenden Ausgaben für zivile Besatzungskosten von 400 Millionen Schilling. Die Veranschlagung eines um 5 Prozent höheren Erträgnisses, als die voraussichtlichen Besatzungskosten sein werden, ist mit Rücksicht auf den höheren Abgang des Vorjahres vertretbar.

Hohes Haus! Ich verlasse mich lieber auf meine Berechnungen, als auf die Berechnungen des Herrn Nationalrates Fischer. *(Heiterkeit. — Zwischenrufe beim Linksblock. — Abg. Dr. Pittermann: Adam Riese ist kein russischer Erfinder! — Neuerliche Heiterkeit.)* Ich will Ihnen aber noch etwas sagen. Selbst angenommen, daß meine Berechnungen doch übervorsichtig wären und ich einen gewissen Überschuß bei diesen Besatzungskosten erzielte, so — muß ich sagen — bin ich ganz beruhigt, daß für diesen Teil eine andere Verwendung gefunden werden wird, als der Herr Abg. Fischer mir oder der gesamten Regierung imputiert. Denn erstens, für den unerwarteten Fall, daß der Appell der österreichischen Regierung an die vier Besatzungsmächte Wirkung haben sollte und wir wirklich den Staatsvertrag rasch und die Wirksamkeit des Staatsvertrages in Bälde bekommen sollten, dann garantiere ich Ihnen, werde ich mit Freude diese Besatzungskostensteuer sofort herabsetzen oder aufheben.

Aber ich habe auch noch eine andere Verwendung hiefür, Herr Abg. Fischer! Die Besatzungskosten, die ich ausgewiesen und berechnet habe, sind nur die, die wir offiziell zahlen. Es gibt aber auch noch andere. Ich muß Ihnen sagen, daß mir die Bevölkerung wirklich leid tut, die auf Grund dieser Abrechnung ihre Besatzungskosten bekommt. Denn erstens sind die Ansätze für eine Wohnung, die Beleuchtung und Beheizung usw., die in der Regel beizustellen ist, so niedrig, daß der Betreffende noch extra Besatzungskosten zu zahlen hat.

Da gibt es aber noch andere Fälle, meine Herren! Ein Offizier hat beispielsweise nach irgendeiner Vorschrift der betreffenden Besatzungsmacht, die uns natürlich nicht bekannt ist, Anspruch auf ein Zimmer oder auf ein Kabinett. Er nimmt aber eine ganze Villa oder eine Fünf-Zimmer-Wohnung in Anspruch. Die Besatzungskosten dürfen aber nur nach den Vorschriften für den betreffenden Offizier berechnet werden. Der arme Vermieter oder Besitzer des Hauses wird angewiesen, sich die Differenz bei dem betreffenden Offizier oder Unteroffizier zu holen. *(Ironische Heiterkeit.)* Vielleicht wird der Herr Abg. Fischer so lieb sein und in allen diesen Fällen intervenieren, dann wird er keine Zeit haben, hier solche Reden zu halten! *(Starker Beifall bei der ÖVP und SPÖ. — Abg. Fischer: Weg mit allen Offizieren und Unteroffizieren, weg mit allen Besatzungstruppen!)* Aber zuerst sollen sie zahlen!

Dazu kommt aber noch etwas, meine Herren! Es sind ja schon einige Hotels, Gasthöfe und Restaurants zurückerstattet worden. Bei dieser Rückerstattung werden in den ver-

schiedenen Zonen Vergütungen geleistet. Damit der Betreffende zu dieser Vergütung kommt, muß der unglückliche Vorbesitzer unterschreiben, daß er alles zurückerstattet bekommen hat. Schauen Sie sich nur an, was diese Leute zurückerstattet bekommen haben, ob sie in der Lage sind, diese Hotels nur einigermaßen instand zu setzen, ob sie in der Lage sind, Geschirr nachzuschaffen, die Wäsche nachzuschaffen, die Kästen wiederherzustellen, die bei irgendwelchen Schießübungen durchlöchert worden sind, die Spiegel usw. wiederherzustellen! Fragen Sie die Leute und dann sagen Sie, ob wir nicht verpflichtet sind, wenn wir etwas mehr an Besatzungssteuer eingenommen haben, als hier vorgesehen ist, diese unglücklichen Leute zu entschädigen! Herr Abg. Fischer, seien Sie beruhigt, wir werden die Besatzungskosten abschaffen, wenn wir sie nicht mehr brauchen. Und seien Sie beruhigt, es wird uns kein Groschen übrigbleiben, um ihn für die Zwecke zu verwenden, die Sie uns imputiert haben! *(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Abg. Fischer: Meine Damen und Herren! Es lohnt sich nicht, auf die Ausführungen des Herrn Abg. Weikhart zu antworten. Es hat etwas Spaß gemacht, diesen Wurstel hier sprechen zu hören; er ist um alle entscheidenden Fragen herumgegangen, er hat über alles mögliche andere gesprochen *(Empörte Rufe bei der SPÖ und ÖVP: Wer ist ein Wurstel? — Abg. Altenburger, von seinem Platz gegen die Rednertribüne laufend: Ein Wurstel hat er gesagt! Aufhören, Sie Söldling! — Anhaltende stürmische Zwischenrufe bei der ÖVP und SPÖ.)*

Präsident Böhm *(wiederholt das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte einen Augenblick um Geduld. Der Herr Abg. Fischer hat den Herrn Abg. Weikhart einen Wurstel genannt. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

Abg. Fischer *(fortsetzend)*: Es scheint mir aber notwendig, auf die Ausführungen des Herrn Außenministers einige Worte zu antworten. *(Andauernde lebhaftes Zwischenrufe. — Bei den Sozialisten fällt der Ruf: Ein gemeiner Lügner!)* Na, schreien Sie sich vielleicht zuerst aus, beruhigen Sie Ihre Nerven! *(Abg. Weikhart: Meine Wohnung ist seit fünf Jahren von den Russen belegt! Ich wohne mit einem anderen Arbeiter in Liesing, kommen Sie hinaus!)* Ich habe Zeit zu warten, bis Sie fertig sind. Wenn Sie sich etwas beruhigt haben, werden wir weitersprechen *(anhaltende Zwischenrufe)*, bis sich diese übertriebene Nervosität bei Ihnen etwas gelegt hat. *(Fortdauernde Zwischenrufe.)* Das ist ja die reine Forrestalitis, eine reine Nervenkrankheit, die bei Ihnen auftritt. *(Der Lärm hält weiter an.)* Sie

sind ja nicht imstande, ruhig etwas anzuhören. Bei jedem Wort explodiert Ihr schwaches Nervensystem! (*Fortgesetzte Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Es scheint mir notwendig, auf die Ausführungen des Herrn Außenministers einige Worte zu antworten. Der Herr Außenminister hat eine indirekte Verdächtigung ausgesprochen (*Ruf: Sehr berechtigt!*), die meiner Meinung nach seiner Würde nicht ziemt und die ich ganz entschieden zurückweise. (*Abg. Ing. Raab: Sie sind ganz überflüssig!*) Der Herr Außenminister meinte, wir brauchen Anregungen der österreichischen Regierung, die nicht sehr reich an Anregungen ist, um hier im Haus Anträge zu stellen.

Nun, meine Damen und Herren, ist es zweifellos zu begrüßen, daß die österreichische Regierung Noten an alle vier Alliierten richtet. Ich habe den Inhalt dieser Noten mitnotiert und habe den Eindruck, daß hier doch eine Halbheit, eine Unsicherheit in den Forderungen enthalten ist, die wahrscheinlich nicht zufällig ist. (*Zwischenrufe.*) Erinnern Sie sich an die letzte Diskussion im Parlament, als die Frau Abg. Flossmann mit einem Zitat gekommen ist, das meinem Parteifreund Koplenig unter-schoben wurde, nämlich: „Abzug der Besatzungstruppen, aber ein kleiner notwendiger Rest muß zurückbleiben“. Man hat diese Forderung uns in die Schuhe geschoben und hat daraus weitgehende Schlußfolgerungen abgeleitet, daß wir daran interessiert seien, daß ein solcher Rest von Truppen in Österreich zurückbleibt. Nein, meine Damen und Herren! Wir haben nicht das geringste Interesse daran, wir wünschen den Abzug aller Besatzungstruppen bis zum letzten Mann und bis zum letzten Offizier! (*Zwischenrufe.*) Aber Sie scheinen daran interessiert zu sein, daß nicht alle Besatzungstruppen abziehen, sondern daß dieser wohlbekannte Rest, von dem seinerzeit die SPÖ schon gesprochen hat, in Österreich zurückbleibt. (*Zwischenrufe.*)

Ich weiß nicht genau, warum Sie einen solchen Wert auf fremde Truppen in Österreich legen. Aber eine solche Forderung nach Reduktion der Besatzungstruppen hat noch eine große Schwäche. Eine solche Reduktion ist wahrscheinlich nicht allzu leicht festzustellen, aber das wird jeder Mensch in Österreich merken, wenn sie alle weg sind, wenn kein Soldat, kein Offizier, keine fremde Uniform mehr hier ist ... (*Abg. Altenburger: Und kein Kommunist!*) Uns werden Sie nicht los, Herr Abg. Altenburger, da können Sie ganz beruhigt sein, wir bleiben Euch erhalten, wir werden stärker sein (*ironische Heiterkeit bei der Volkspartei*) und wir werden einst —

(*auf die Mehrheitsbänke zeigend*) — auf diesen Bänken hier sitzen. (*Ruf: Durch freie Wahlen nie!*) Wir werden hier sitzen, das wird Euch nicht erspart bleiben! (*Zwischenrufe.*)

Ich möchte aber, ohne auf eine außenpolitische Diskussion einzugehen — dazu werden wir noch Gelegenheit haben —, noch ganz kurz darauf hinweisen und die Frage stellen, warum der Herr Außenminister nur von einem einzigen offenen Punkt bei den Staatsvertragsverhandlungen spricht, und zwar von jenem Punkt, von dem er selber unlängst erklärt hat, er sei kein wesentlicher Punkt. Es stehen ganz andere Punkte des Staatsvertrages noch zur Diskussion. Zur Diskussion steht der Punkt über die Milliardenforderungen ausländischer Kapitalisten in Österreich, die Ihr Parteikollege, der Herr Minister Krauland seinerzeit vor der Schillingabwertung mit 6 Milliarden Schilling beziffert hat. Zur Diskussion steht weiter die Frage der Bezahlung der Vorkriegsschulden. Zur Diskussion steht die Frage der DP's in Österreich und was mit ihnen geschehen soll, zur Diskussion steht die Frage der ausländischen Fachkräfte für eine künftige österreichische Armee.

Nun, es ist erstaunlich, daß der Herr Außenminister sich an den einzigen, ich will nicht sagen, ganz unwichtigen, aber gewiß nicht wichtigsten der offenstehenden Punkte anklammert, um so mehr, als dem Außenminister ja sicher bekannt ist, was vielen Mitgliedern dieses Hauses vielleicht nicht so bekannt ist, daß dieser eine Punkt, die Forderung nach Bezahlung der Lebensmittelschulden, nicht etwa auf Antrag der Sowjetunion, sondern auf Antrag Amerikas aus den Beratungen der Sonderbeauftragten herausgehoben wurde, daß er bei der Beratung der Sonderbeauftragten keine Rolle spielt, sondern zweiseitigen Beratungen übergeben wurde. Und nun erklären, nicht etwa die Russen, sondern die Engländer und Amerikaner, sie seien nicht bereit, über die entscheidenden noch offenen Punkte des Staatsvertrages weiter zu beraten, und ich kann nicht verhehlen, das macht auf mich den Eindruck einer bewußten planmäßigen Einseitigkeit. Ich hätte nichts gegen einen Appell an alle, nach dem Osten und nach dem Westen, aber nur von der einen offenen Frage zu sprechen und die anderen offenen Fragen mit Stillschweigen zu übergehen, das ist eine Einseitigkeit, die offenbar nicht unbeabsichtigt ist, die offenbar einem wohlüberlegten Plan der Regierungsparteien entspringt und die meiner Überzeugung nach für die Entwicklung in Österreich nicht ganz ungefährlich ist.

Ich möchte also nur darauf hinweisen, daß auch in diesen Ausführungen des Herrn

Außenministers jene bedenkliche Einseitigkeit zum Ausdruck gekommen ist, über die wir noch Gelegenheit haben werden, zu sprechen.

Abg. Dr. Gorbach: Hohes Haus! Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen die für das Jahr 1950 fälligen Besatzungskosten, die als schwere Last den gesamten Haushaltsplan gefährden, ihre Deckung finden. Wenn wir, wie im vorigen Jahr, auch heuer wieder einem solchen Gesetz unsere Zustimmung geben, so deswegen, weil wir uns mit dem ganzen Volk darüber einig wissen, daß dieses Gesetz eine zwangsläufige Folge der schmachvollen unfreien Situation unseres Vaterlandes darstellt. Dieses Gesetz symbolisiert in eindeutiger Weise einen Zustand, den das österreichische Volk mit Trauer, Schmerz, Schmach und Empörung trägt.

Seit Jahren appellieren wir umsonst an die Friedensgesinnung der Menschen, an das Weltgewissen, uns von der Besatzung zu befreien und uns die versprochene Freiheit wieder zu geben. Alles umsonst! Die Welt und die Großmächte in ihr, sie hören nicht die Stimme dieses gequälten Landes. Man lasse uns doch Gerechtigkeit widerfahren, und wir werden dann die ersten sein, die diese Steuerlast von den Schultern der Bevölkerung nehmen!

Vor mir haben mehrere Redner als Vertreter der hier im Hause anwesenden Parteien aus diesem Anlaß das Wort genommen. Ich möchte mich nur ganz kurz mit den Ausführungen des Herrn Abg. Fischer befassen. Er hat versucht, mit seiner hintergründigen Dialektik dem Volk und uns nachzuweisen, daß Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit vor allem bei ihm aufgehoben sei. Er erklärte, daß das österreichische Volk die Besatzung satt habe und daß es wünsche, daß sie je früher desto besser aus diesem Lande scheide. Da befinden wir uns in Übereinstimmung, Herr Abgeordneter.

Das österreichische Volk ist aber noch eines anderen Umstandes satt, nämlich der heuchlerischen und niederträchtigen Demagogie, die Sie, Herr Abgeordneter, heute zum Ausdruck gebracht haben. (*Starker Beifall bei der ÖVP.*) Und wenn das österreichische Volk der Besatzung satt ist, dann, Herr Abg. Fischer, auch der Tätigkeit Ihrer Partei! (*Erneuter Beifall bei der ÖVP.*)

Das Volk hat ein sehr feines Ohr dafür, daß hier im Parlament eine gewisse Aktivität herrscht, ja daß es manchmal vielleicht auch sehr laut zugeht, daß dann und wann im Affekt mehr gesagt wird, als der Würde dieses Hauses entspricht, aber es muß davon überzeugt sein, daß es eine gute Sache ist. Herr Abgeordneter, die Sache, die Sie hier

vertreten, ist aber keine gute Sache, weil es nicht die Sache Österreichs ist. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte diesen Anlaß nicht dazu benutzen, um auf ein Niveau hinabzusteigen, das die Verhandlungen des Parlaments in den letzten Wochen so sehr charakterisiert hat. Ich möchte grundsätzlich zu den Problemen der staatsrechtlichen Lage Österreichs Stellung nehmen und dabei wiederum mit Ihnen, Herr Abg. Fischer, beginnen.

Sie haben vor einigen Wochen in diesem Hause die Behauptung aufgestellt, daß einzig und allein die österreichische Bundesregierung den Abschluß des Staatsvertrages hintertrieben habe, weil sie die westlichen Besatzungstruppen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft benötige, weil sie keinen anderen Weg sehe, um dem ungeheuren Drange des Volkes nach sofortiger Volksdemokratisierung zu widerstehen, und weil sie überhaupt kein anderes Ziel kenne, als Österreich zum Vorposten des kriegslüsternden und verbrecherischen amerikanischen Monopolkapitalismus und Imperialismus zu machen.

Dazu sei folgendes festgestellt: Vor einigen Tagen hat die Londoner „Times“ die Behauptung aufgestellt, daß in Westösterreich die Idee eines Anschlusses an Westdeutschland und in Ostösterreich die Idee eines Zusammenschlusses mit den Volksdemokratien an Boden gewinne. Die „Times“ bezweifelt auch, daß wir Österreicher noch die moralischen Quantitäten aufbrächten, um die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes zu garantieren. Das Blatt behauptet weiter, daß der Neonazismus in Österreich im Zunehmen begriffen sei und angesichts der russischen Haltung an den Abschluß eines Staatsvertrages praktisch überhaupt nicht zu denken sei. Die „Times“ schließt ihren Leitartikel mit der unbeantworteten Frage, ob Österreich die Panzerspitze eines neuen kommunistischen Vorstoßes nach dem Westen, die Provinz eines neuen großdeutschen Reiches, das Zentrum einer wirtschaftlichen Donaukonföderation oder eine zweite Schweiz werden würde.

Angesichts dieser groben Verfälschungen der realpolitischen Tatsachen und dieses gefährlichen Versuchsballons halte ich es für meine Pflicht, im Namen der Österreichischen Volkspartei die Stimme des Volkes einmal von dieser Tribüne aus laut, vernehmlich und unverfälscht zu verdolmetschen.

Das österreichische Volk hat ein sehr gutes Gedächtnis und erinnert sich sehr wohl an jene berühmte und leider so sehr vergessene Moskauer Deklaration der Alliierten vom 1. November 1943, in der es hieß, daß Großbritannien, die Sowjetunion und die Ver-

einigten Staaten von Amerika Österreich als das erste freie Land betrachten, das der hitlerischen Angriffslust zum Opfer gefallen ist. Das österreichische Volk erinnert sich sehr gut daran, daß die damals noch einigen Alliierten diesem Land die Wiederherstellung seiner Freiheit und Unabhängigkeit im Rahmen seiner Voranschlußgrenzen versprochen haben. Das österreichische Volk erinnert sich um so mehr an diese Deklaration, als sie damals in der Dürste der Verzweiflung unseres Volkes wie ein Lichtschimmer aus einer anderen Welt aufgenommen worden ist.

Diese Kunde, sie sprang damals von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt und sie erreichte uns damals hinter den Drahtverhau der Konzentrationslager. Wir sahen in diesen Alliierten, den Unterzeichnern dieser Deklaration, die Wiederhersteller unserer Freiheit und wir schenkten ihnen ein fast blindes Vertrauen. Welch tiefe innere Bewegung erfaßte uns damals in den Konzentrationslagern ob der Tatsache, daß die Alliierten Europa verstanden haben und sich von der Sendung dieses kleinen Landes im mitteleuropäischen Raum leiten ließen. Keiner von uns konnte damals damit rechnen, daß er die Freiheit je wiedersehen würde; wie froh waren wir, im Morgenlicht eines neuen Tages darüber Gewißheit zu haben, daß unsere Leiden und Opfer letzten Endes nicht umsonst gewesen waren und daß am Ende dieses opfervollen Passionsweges die Freiheit und die Wiedergeburt Österreichs stehen würden. Ein freies und unabhängiges Österreich wieder erstehen zu lassen und die brutale Machtpolitik zu beenden, das waren die Kriegsziele der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und der Engländer!

Das österreichische Volk vernahm allerdings auch jene Stelle in der Deklaration, in der es daran erinnert wird, daß es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trüge, der es nicht entinnen könnte. Das Vertrauen des österreichischen Volkes zu dieser Erklärung der Alliierten war aber so stark, und wir folgten mit so blindem Vertrauen den Versprechungen der Mächte von damals, daß wir uns den leuchtenden Hoffungsstrahl der Moskauer Deklaration nicht einmal durch dieses Unrecht und diese heuchlerische Behauptung verdunkeln ließen, die ausgerechnet von jenen Großmächten aufgestellt wurde, die 1938 keinen Finger dazu gerührt hatten, Österreich in seinem Verzweiflungs- und Existenzkampf beizustehen, sondern es skrupellos der Machtpolitik eines „Führers“, eines wahnsinnigen Potentaten überlassen hatten.

Aus diesen Gründen erinnert sich das österreichische Volk sehr wohl der Moskauer

Deklaration vom 1. November 1943 und aller jener Versprechungen, die uns in den alliierten Radiosendungen gemacht worden sind. Das betrogene österreichische Volk ist aber diesmal nicht mehr dazu bereit, solche Anschuldigungen und Behauptungen unwidersprochen hinzunehmen. Man geht jetzt darauf aus, diesem österreichischen Volk die Schuld für die Katastrophenpolitik der großen Mächte in die Schuhe zu schieben. Wir wittern dabei Gefahr und wir wollen wissen, was hinter den verdächtigen Bemühungen steckt, den Österreichern Absichten und Tendenzen zu unterschieben, die der Masse unseres Volkes völlig fremd sind und höchstens von einigen tausend Narren, bezahlten Verbrechern oder Irren vertreten werden.

Dieses österreichische Volk hat nunmehr fünf Jahre Zeit gehabt, die papierenen Deklarationen und die redseligen Versprechungen der Großmächte mit ihren praktischen Handlungen und gesetzten Tatsachen zu vergleichen. Das Urteil dieses österreichischen Volkes über die Großen, die hier in diesem Lande auch verantwortlich zeichnen, ist niederschmetternd. Das österreichische Volk maßt sich nicht an, darüber zu urteilen, ob die katastrophale Situation, in der sich die Menschheit heute befindet, auf die Unfähigkeit oder auf die Machtgier einzelner oder aller dieser Großmächte zurückzuführen ist oder ob sie ihre Ursache darin hat, daß den Menschen ihre eigenen Erfindungen, ihre Militärmaschinen und ihre Machtträume über den Kopf gewachsen sind.

Das österreichische Volk legt den Siegermächten eine Abrechnung darüber vor, was sie versprochen und was sie nicht gehalten haben, es weist jede Schuld an der heutigen verfahrenen Lage mit aller Entschiedenheit von sich zurück und ist willens, seine Wünsche über die Gestaltung seiner Zukunft selbst zu formulieren. Jedes Kind in diesem Österreich und darüber hinaus wird wissen, daß nur die Großmächte und Siegermächte die Grundlage für eine solche Sicherheit und für einen solchen Frieden schaffen können. Wir Österreicher maßen uns nicht an, ein Urteil darüber zu fällen, aber wir stellen fest, daß nach der Niederwerfung und nach der Vernichtung der nationalsozialistischen Kriegsmaschine, des preußischen Militarismus das Wettrüsten in der ganzen Welt eine fieberhafte Steigerung erfahren hat, daß seither Militärmaschinen entwickelt werden, die die der Deutschen an Größe und Menge bei weitem übertreffen. Und jede dieser Militärmaschinen ist selbstverständlich nur zur Verteidigung der Menschenrechte und des jeweiligen Vaterlandes gegen etwaige Angriffe geschaffen oder dient lediglich der Befreiung der Menschheit

von Knechtung und Unterdrückung. Der deutsche Weltherrschaftstraum ist ausgeträumt, für immer, aber es scheint mir, als ob andere diese Träume übernommen hätten. Ja, sie träumen nicht nur, sondern sie arbeiten und rüsten dafür, und weil sie so sehr damit beschäftigt sind, ihre eigenen Machtpositionen und Militärmaschinen auszugestalten, haben sie noch keine Zeit gefunden, die Grundlagen eines wahrhaften Friedens in dieser Welt zu legen.

So kommt es, daß die Siegermächte aus Österreich ein Zentrum der gegenseitigen Spionage und Gegenspionage gemacht haben, in deren Netze mit Vorliebe Österreicher und gehetzte Flüchtlinge gezogen werden, um sie dann wegzuworfen wie angebrannte Zündhölzer. So kommt es, daß in unserem angeblich befreiten Land Menschen auf der Straße wie räudige Hunde eingefangen, verschleppt werden und auf Nimmerwiedersehen verschwinden. So kommt es, daß Menschen in diesem befreiten Land in unerklärlicher Weise aus den Fenstern hoher Häuser fallen, daß Menschen aus fahrenden Zügen zu Tode stürzen oder ermordet in den Wäldern aufgefunden werden. So kommt es, daß unsere Sicherheitsbehörden nicht einmal die Möglichkeit haben, in allen diesen Fällen persönlich einzugreifen, den Tatbestand festzustellen, die Verbrechen aufzuklären und die Täter der Strafe zuzuführen.

So kommt es aber auch, daß die Siegermächte aus Österreich ein Zentrum ihrer politischen Propaganda und Gegenpropaganda gemacht haben und uns die freie Verfügung — wie heute schon mehrmals erwähnt worden ist — über unsere Radiostationen genommen haben. So kommt es, daß Tag für Tag stundenlang über alle österreichischen Sender und in vielen verschiedenen Sprachen eine politische Zweckpropaganda zu hören ist, deren einseitige und verhetzende Tendenzen weder der Unabhängigkeit und Freiheit dieses Landes noch der politischen und wirtschaftlichen Sicherheit unseres Landes dienen. Und so kommt es schließlich, daß fünf Jahre nach der Beendigung dieses fürchterlichen Krieges die Siegermächte nach eigenem Gutdünken über unser Eigentum verfügen und daß uns wertvollste Rohstoffquellen und Produktionsstätten entzogen wurden und endgültig in fremden Besitz übergegangen sind. Wir mußten und müssen immer wieder zusehen, wie wertvolles wirtschaftliches Material und unermeßliche volkswirtschaftliche Werte aus dieser Wunde immer wieder hinausfließen über die Grenzen unseres Landes und hineingepumpt werden in die Machtadern uns fremder Völker und Staaten. Nicht die Gerechtigkeit, meine sehr verehrten Frauen und Herren, ist für diese Entscheidungen maßgebend, nicht der

Wille, die Existenzmöglichkeiten eines unabhängigen Österreichs zu sichern, sondern hiefür bestimmend ist lediglich eine brutale Machtpolitik, die darauf ausgeht, ihre eigenen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Positionen soweit als möglich auszuweiten und zu stärken.

Und so kam es auch, daß uns österreichische Gesetze aufgezwungen werden, die den inneren Frieden unseres Landes gefährden, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau in Frage stellen und dazu angetan sind, einen wesentlichen Teil unseres Mittelstandes und unserer Intelligenz zu verproletarisieren, und die in keiner Weise geeignet sind, das zu erreichen, was sich die Alliierten damals vorgestellt haben, nämlich die Überwindung des Nationalsozialismus, also des Geistes der Gewalt, der Willkür und der Knechtschaft. So kommt es auch, daß wir fünf Jahre nach Kriegsende immer noch Besatzungskosten zahlen müssen und von einer alliierten Kontrollkommission regiert werden, die sich sogar in kleine, ja kleinste Dinge unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens einmengt, obwohl sich ihre Vertreter nie einigen können, sondern, wie es uns allen bekannt ist, einander in Todfeindschaft gegenüberstehen.

Worin, meine sehr verehrten Herren und Frauen, besteht also das Ergebnis der abgelaufenen fünf Jahre? Es besteht darin, daß die Befreiung unseres Landes von den alliierten Mächten zwar mit großen Opfern an Gut und Blut erkämpft worden ist, daß diese wahrhaftige Befreiungstat aber nicht ihre logische und notwendige Fortsetzung in einer wahren Friedenspolitik finden konnte, weil sich die in der Moskauer Deklaration einigen Alliierten nach der Niederwerfung ihres gemeinsamen Gegners sofort in einander feindliche Siegermächte verwandelten, die nicht nur um die Beute, sondern auch um die Weltherrschaft streiten und sich daher mit Recht gegenseitig in ihrer Existenz bedroht fühlen. Ich glaube, daß es diesen Völkern ernst ist mit dem, was sie sagen und was sie schreiben: sie wollen den Frieden. Aber alle rüsten sie fieberhaft, weil keiner den Krieg verlieren will. Das kennzeichnet mehr als alles andere, wie sehr Mißtrauen, Mißgunst und Haß die Beziehungen der Völker zueinander in Unordnung gebracht haben.

Das Ergebnis dieser fünf Jahre besteht darin, daß wir Österreicher nicht nach eigenem Recht auf unserer eigenen Scholle leben dürfen, nur unseren eigenen Gesetzen und Richtern verantwortlich. Es besteht darin, daß unser Land noch immer nicht die Freiheit besitzt, die Beziehungen zu seinen Nachbarn so zu regeln, wie es der natürlichen Lage, den natürlichen Existenzbedingungen der Tradition

und der großen Kultur dieses Landes entspricht. Das Ergebnis dieser fünf Jahre besteht weiter darin, daß man uns entgegen der Moskauer Deklaration alles vorenthält, was das Wesen eines freien und unabhängigen Staates ausmacht. Daher fragen sich viele Österreicher, die seinerzeit den aufwühlenden Sendungen als der einzigen Brücke in die Freiheit zugehört haben, ob das alles letzten Endes nur eine auf die Vaterlandsliebe der unterdrückten Völker aufgebaute große Propagandalüge war, im vorhinein durch geheime Vorbehalte gebrochene Versprechungen.

Wir Österreicher wissen natürlich, daß die Moskauer Deklaration nicht die bindende Kraft eines Vertrages hat, aber wir erinnern uns noch sehr wohl, daß damals die Stellungnahme der drei großen Mächte dieser Erde hinsichtlich ihres Inhaltes eine offizielle und kategorische Fassung hatte. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, diese Welt zu befreien und den Frieden in diese Welt zu tragen, dieses Land wieder frei und unantastbar herzustellen. Das ist das Entscheidende. Man hat Österreich die Auferstehung versprochen und man ist drauf und dran, es zu kreuzigen.

Das Versagen der Siegermächte bei der Lösung der österreichischen Frage steht eindeutig fest. Aber, meine Frauen und Herren, wie soll denn letzten Endes das Konzert dieser Mächte noch fähig sein, die großen weltpolitischen Probleme zu lösen, wenn sie schon jetzt in dieser österreichischen Frage entsetzlich versagt haben? — Ein böses Omen, das entsetzliche Ungewißheit und Unsicherheit in alle Welt trägt, weil dieses Versagen der sichtbarste Ausdruck eines grundsätzlichen Nichtwollens oder Nichtvermögens ist.

Etwas müssen wir in diesem Zusammenhang festhalten. Österreich trägt keine Schuld an dieser Entwicklung. Es verursacht nicht die Schwierigkeiten, die vorhanden sind, und es ist eine bewußte Verdrehung der Tatsachen, wenn man immer wieder in der ausländischen Presse von einem österreichischen Problem spricht. Es gibt kaum einen Staat im mitteleuropäischen Raum, der problemloser als dieses Land ist, nach seiner außenpolitischen Orientierung, nach seinen innerpolitischen Verhältnissen, nach seiner inneren wirtschaftlichen Ausrichtung. Es gibt also kein österreichisches Problem, sondern es gibt nur ein Großmächteproblem in Österreich. So ist die Situation zu umschreiben, und in den Staatsvertragsverhandlungen, will mir scheinen, geht es im Grunde nicht so sehr um Österreich, sondern um den ungelösten Gegensatz zwischen den beiden weltpolitischen Systemen: zwischen Ost und West.

Die Ehre, ein Objekt der großen Weltpolitik geworden zu sein, kommt uns Österreichern allerdings sehr teuer zu stehen. Befreit und doch in drückendem Maß unfrei, immer noch zwischen Krieg und Frieden und stets zwischen Sein und Nichtsein dahinvegetierend, das ist die große Tragik unseres Landes. Der Londoner „Times“ und ihrem Korrespondenten muß aber nachdrücklich gesagt werden, daß die Österreicher trotz der Schicksalschläge und der ungeheuren Lasten des Geschickes, das uns aufgebürdet ist, sich nicht gebeugt haben, daß sie an den ungeheuren Lasten und an dem Übermaß des Leides nicht zerbrochen sind. Wir haben sicherlich nicht nur an materiellen Werten Schaden gelitten, sondern, ich will es zugeben, auch an der Seele, auch an der Moral. Wie wäre das unter den Umständen der letzten Jahre anders möglich gewesen? Es ist aber eine Unverschämtheit und Niedertracht sondergleichen eines ausländischen Korrespondenten, der das österreichische Volk wahrscheinlich nur vom Heurigen kennt, zu behaupten, daß wir Österreicher nicht mehr die Qualitäten und Quantitäten besäßen, die notwendig sind, um eine wahre Unabhängigkeit und Selbständigkeit unseres Staates zu garantieren. Die Österreicher haben in den abgelaufenen fünf Jahren nicht nur gezeigt, daß sie fähig sind, mit unermüdlichem Fleiß und unter noch nie dagewesenen Bedingungen die Schwierigkeiten zu meistern, sie haben auch in zwei vollkommen freien Wahlen bewiesen, daß sie politische Reife besitzen, und es ist vielleicht nicht zu viel behauptet, wenn ich sage, daß dieses kleine Österreich durch Jahre hindurch in diesem Raum ein Ordnungsfaktor ersten Ranges gewesen ist. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Das hat der Londoner „Times“-Korrespondent nicht zur Kenntnis genommen.

Wir Österreicher verbitten uns daher ein für alle Mal die überheblichen theoretischen Belehrungen, solange wir nirgends das bessere Beispiel zu sehen bekommen. Wir haben die salbungsvollen Phrasen und die verlogenen Redensarten satt, die wie eh und je eine hemmungslose Machtpolitik begleiten.

Österreich selbst ist bereit, alles dazu beizutragen, daß diesem Lande der Friede und die Sicherheit wird, und es hat seinen Willen tausendfach unter Beweis gestellt. Aber, meine Frauen und Herren, und vor allem meine Herren von der linken Seite, es gibt für uns Österreicher und für uns, die wir hier als Politiker verantwortlich zeichnen, natürlich bei diesen Opfern, die wir unserem Volke zumuten, eine nicht überschreitbare Grenze: Einen Staatsvertrag, der uns die persönliche Freiheit in einem freien Vaterland nicht garantiert, einen Staatsvertrag, der uns



die wirtschaftliche Existenz nicht sichert und uns nicht die gedeihliche Entwicklungsmöglichkeit für die Zukunft gibt, einen solchen Staatsvertrag werden wir niemals, unter gar keinen Umständen anzunehmen bereit sein. *(Starker Beifall bei der ÖVP.)* Das muß von der Tribüne dieses Hauses immer wieder gesagt werden. Wir stehen nicht und können nicht auf dem Standpunkt stehen: Staatsvertrag um jeden Preis. Nach zehn, fünfzehn Jahren kann es sein, daß das Volk die Geschichte der Jetztzeit überblättert; dann wird es nichts dagegen einzuwenden haben, wenn wir den Staatsvertrag ein oder zwei Jahre später bekommen, aber es wird uns richten, wenn wir heute als die Verantwortlichen die vitalen Interessen unseres Volkes vernachlässigen. Darum, Herr Abg. Fischer, wenn die Besatzungskostensteuer unserem Volk auch schwere Opfer auferlegt, viel schwerere Opfer würde es zu tragen haben und daran zerbrechen, wenn wir im Sinne Ihrer Doktrin die Segnungen der Volkdemokratie und des kommunistischen Systems erleben müßten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*  
— Abg. Ing. Raab: Das will er ja!

Was wir wollen, ist also ein Staatsvertrag auf der Grundlage der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943, wobei diese nicht nur nach dem Worte, sondern auch dem Geiste nach verstanden und ausgelegt werden muß. Ein Staatsvertrag, Herr Abg. Fischer — jetzt wende ich mich wieder an Ihre Adresse *(Zwischenruf des Abg. Ernst Fischer)*, ich weiß nicht, wie lange wir uns dabei verstehen — ein Staatsvertrag, der uns zwänge, unsere Neutralität aufzugeben und uns gänzlich einer der beiden Machtgruppen anzuschließen, ist für uns untragbar und unannehmbar — und das selbst auf die Gefahr hin, daß Sie, Herr Abg. Fischer, wegen dieser Einstellung mich der Kriegshetze, Russenhetze, des Spionenschutzes usw. bezichtigen. Der Herr Abg. Fischer hat sich so eingehend mit der scharf geschliffenen Dialektik seiner Weltanschauung beschäftigt, daß er nun von absoluter Neutralität und von Friedensbewegung spricht, wenn er einseitigste Parteinahme und kommunistische Offensivvorbereitungen meint. *(Abg. Ing. Raab: Er kann es ja anders nicht! Er muß ja so!)* Dieser Preis aber ist uns zu hoch, weil er uns das nehmen würde, worum wir kämpfen, nämlich die Freiheit unseres Landes *(Ruf: Sehr richtig!)*, die Freiheit unseres Lebens. *(Abg. Koplenig: Freiheit von 1934!)* Wir wissen genau, welche Opfer die Sowjetunion zur Befreiung dieses Landes gebracht hat, wir wissen, daß ein Gutteil der Blüte der Jugend der Sowjetunion auf den Schlachtfeldern des Ostens liegen geblieben ist, und wir wissen dem russischen

Volke für diese Befreiungstat Dank. Aber wir glauben, daß solche Tat auch verpflichtet und ihre logische Fortsetzung finden muß, sofern es sich um eine echte Befreiung und nicht nur um einen Wechsel der Gewalthaber handeln soll. Diesbezüglich scheinen unsere Auffassungen, Herr Abg. Fischer, leider nicht immer übereinzustimmen. Was ich vorhin gesagt habe, gilt auch von der großen Hilfe, die uns der Westen zuteil werden ließ und läßt. Wir werden sie um so höher einschätzen und wir werden um so dankbarer sein, je weniger sie an Bedingungen geknüpft ist, die uns mit anderen Mächtegruppen in Konflikte bringen müßten, und wir werden diese Hilfe um so höher einschätzen, je weniger sie den Eindruck erweckt, daß sie nur in dem Ausmaße gegeben wird, das noch hinreicht, um uns nicht verhungern oder vorzeitig in die Hände der Gegenseite fallen zu lassen. Meine Frauen und Herren Abgeordneten! Die größte Hilfe aber, die uns die Siegermächte gewähren könnten, würde darin bestehen, uns nichts zu nehmen! *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP und SPÖ.)*

Und nunmehr möchte ich noch eines hier aus diesem Anlaß sagen: Wir müssen der Welt gegenüber den Mut aufbringen, all das, was uns bisher widerfahren ist, was auf uns lastet, offen und aufrichtig mit aller Deutlichkeit zu sagen, so laut und so eindringlich, bis wir verstanden werden. Es ist übrigens meine Meinung, daß wir mit der Philosophie der Schwäche und der Unterwürfigkeit mit dem Kellnerstandpunkt: „Bitte sehr, bitte gleich!“ nicht weiter kommen. Haltung und Würde, glaube ich, haben wir hier zum Ausdruck zu bringen, wenn wir fordern, was uns rechtens zukommt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Nach dem Wort des Dichters soll es unsere Parole sein:

Allen Gewalten  
Zum Trutz sich erhalten,  
Nimmer sich beugen,  
Kräftig sich zeigen,  
Rufet die Arme  
Der Götter herbei.

Wir haben als die Kinder eines Volkes mit großer Tradition bei Gott die Legitimation für Haltung und Würde, weil wir der Welt in den vergangenen Jahrhunderten mehr gegeben haben an Kultur und Musik, an darstellender und bildender Kunst, als uns jetzt auf dem Wege dieses kärglichen Armenbrottes zurückgegeben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur eines wünschen: daß dann, wenn hier von der Tribüne des Parlaments aus im Sinne des Staatsvertrages wiederum an das Weltgewissen appelliert wird, sich die Männer und Frauen dieses Hauses endlich

einmal in einem Punkt einig sind, in der Sehnsucht nach der Freiheit und Unabhängigkeit dieses Landes, in der Liebe zu diesem Volk und unserer Heimat. Denn dieses Österreich ist mehr als eine fragwürdige Demokratie unter interallierter Kontrolle und Besatzung! Dieses Österreich ist mehr als ein gegenwärtiges Regime! Dieses Österreich ist uralter Volksboden, den unsere Vorfahren gerodet und mit ihrem Blut immer wieder verteidigt haben! Dieses Österreich ist das Erbe einer tausendjährigen Kultur und Vergangenheit! Dieses Österreich ist für uns ein schwerer aber schicksalhafter Auftrag für die Zukunft. Daher höre man draußen neuerdings die Stimme dieses gequälten Landes; es ist die Stimme Österreichs, das uns liebe Heimat und heiliges Vaterland ist! (*Langanhaltender Beifall und Händeklatschen bei der ÖVP.*)

Abg. Dr. **Pittermann**: Hohes Haus! Der Herr Abg. Fischer hat in einem Ausfluß der Selbsteinschätzung seiner Fähigkeiten von dieser Stelle aus versucht, meinen Freund Weikhart in seiner persönlichen Ehre zu verletzen. Es liegt meiner Partei nicht, es liegt auch mir nicht, im politischen Kampf, und möge er noch so heftig sein und mögen die Gegensätze noch so groß sein, die persönliche Ehre eines politischen Gegners anzutasten oder zu verunglimpfen, mögen wir auch über deren Ausmaß im Einzelfall unsere eigenen Ansichten haben.

Ich will mich heute nur mit jenen Wandlungen beschäftigen, die das patriotische Gefühl der Herren von der Kommunistischen Partei durchgemacht hat; die Wandlungen, die das Gefühl jenes Mannes mitgemacht hat, der der Kommunistischen Partei zum Namen Linksblock verholfen hat, sind ja hinreichend bekannt. (*Heiterkeit.*)

Am 20. März 1946 hat von dieser Stelle aus der vor kurzem verstorbene Abg. Seitz zur Frage der Einschränkung der österreichischen Souveränität in einer mittlerweile geschichtlich gewordenen Rede Stellung genommen. Ich hebe aus seinen Ausführungen nur eine einzige Stelle hervor, in der er sagte (*liest*): „Aber ich möchte heute betonen, daß es das schwerste Unrecht gegenüber der österreichischen Bevölkerung wäre, wenn man ihr unter dem Titel, sie sei eine kriegführende Partei, wirklich zumutete, Reparationen zu zahlen. Dafür würde man kein Verständnis finden und noch weniger ein Verständnis für die Behandlung, der wir hier unterliegen. Die Behandlung möge sich ändern.“

Die Kommunistische Partei hat dazu hier im Hause keine Stellung genommen, aber am

kommenden Tag hat sie vorerst durch jene markante Figur der kommunistischen Presse gesprochen, die früher einmal die Ansprachen der Abg. Koplenig und Fischer ins Volkstümliche übertrug, durch den Herrn Haslinger. (*Heiterkeit.*) Mittlerweile ist Herr Haslinger aus den Spalten der „Volksstimme“ verschwunden; offenbar hat man seinen harmlosen Spazierstock als eine kosmopolitische Verirrung empfunden und ihn daher ausgesäubert.

Nach dieser klassischen Rede des Abg. Seitz hat die „Volksstimme“ in den nächsten Tagen ein Bild gebracht, „Haslinger vergleicht“. Es ist dies, damit die Herren sich dann mit der Nachkontrolle nicht plagen müssen, die Nummer vom 22. März. Dieses Bild zeigt Haslinger und einen anderen Herrn vor einer Standuhr, und Haslinger spricht die klassischen Worte: „De Uhr erinnert mi an unser Parlament ...“ „Wieso?“ „Stillstand!“ Das war damals die Stellungnahme der Kommunistischen Partei zur Forderung eines österreichischen Abgeordneten, mit der Beschränkung unserer Souveränität Schluß zu machen.

Auf eine entsprechende Antwort in unserer Parteipresse hat sich dann nach Haslinger offenkundig auch Herr Zucker-Schilling bemüht gefühlt, zu antworten; er hat es in der „Volksstimme“ des nächsten Tages getan. — Ich will das nicht absolut behaupten, weil der Artikel nicht gezeichnet ist, aber er ist der Chefredakteur, und es ist anzunehmen, daß er von ihm ist. Der Artikel ist überschrieben mit dem Titel „Die Aufgaben unserer Demokratie“. Ich hebe jene Stelle daraus hervor, die als Antwort aufzufassen ist auf die Rede Seitz' und die Forderung, die er hier erhob — wenn auch als Sprecher einer Partei, doch als Sprecher des ganzen österreichischen Volkes, mit Ausnahme einer kleinen Minderheit. Da hat die kommunistische Presse folgendes dazu festgestellt (*liest*): „Wir haben es schon gestern in unserem Leitartikel angedeutet: Die im Nationalrat von den sozialistischen Rednern an die Adresse der Alliierten gerichtete Forderung nach mehr demokratischer Freiheit für das Parlament und für die Regierung ist nicht als positiver Schritt zur Überwindung des herrschenden Stillstandes zu werten, sondern als parteipolitisches Manöver.“ (*Hört!-Hört!-Rufe.*)

Das war die Haltung der Kommunisten zu der vom Abg. Seitz am 20. März hier vorgebrachten Forderung nach Änderung des damaligen Regimes, eine Forderung, der dann bekanntlich durch das etwas später abgeschlossene Kontrollabkommen wenigstens teilweise entsprochen wurde.

Nach dem Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen in Moskau im April 1947 hat sich der Nationalrat neuerlich mit der Frage beschäftigt und hier eine große außenpolitische Debatte abgeführt. Zu dieser außenpolitischen Debatte wurden Anträge eingebracht, durch den Abg. Fischer namens der Kommunistischen Partei, durch den Abg. Speiser namens der beiden gegenwärtigen Regierungsparteien — damals waren ja auch die Kommunisten noch Regierungspartei. Da hat sich in der kommunistischen Haltung bereits eine Wandlung vollzogen. Da war man doch schon zur Erkenntnis gelangt, daß diese Forderungen nach einer Freizügigkeit für Österreichs Volk und seine Wirtschaft nicht nur, wie man es zuerst darstellte, Russenhetze seien, sondern den dringenden Wünschen und Lebensbedürfnissen unseres Volkes entsprechen. Und in der Resolution, die der Herr Abg. Fischer hier eingebracht hat, heißt es unter den einzelnen Forderungen: Noch vor Abschluß des Staatsvertrages zu erreichen: den vollständigen Abzug der Besatzungstruppen und der alliierten Militärpolizei. Das war am 7. oder 8. Mai 1947. (*Abg. Ernst Fischer: Wo ist da die Wandlung?*) Heute fordert der Herr Abg. Fischer nur mehr den Abzug aller Besatzungstruppen; gegen das Verbleiben einer alliierten Militärpolizei in Österreich hat offenkundig seine Partei keine Einwendungen mehr. (*Lebhafter Widerspruch beim Linksblock.*) Lesen Sie nur Ihre Entschlüsse selber nach. (*Abg. Ernst Fischer: Beseitigung der Militärpolizei und Militärgerichtsbarkeit! Lesen Sie unseren Entschlußantrag!*) Zwischen der Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit und dem seinerzeit geforderten Abzug der Militärpolizei liegt ein wohl zu verstehender Unterschied, Herr Abg. Fischer. (*Abg. Ernst Fischer: Ich verstehe den Unterschied nicht!*) Es ist möglich, daß Sie das jetzt nicht dürfen, aber Sie verstehen das sehr genau!

Aber die Kommunisten haben in ihrem Programm auch noch eine Forderung erhoben, die heute auffälligerweise fallen gelassen wurde. Die damalige Resolution schließt mit der Forderung: „die Aufhebung sämtlicher Maßnahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Kontrolle“. Mittlerweile sind zweieinhalb Jahre ins Land gegangen, und zumindest die Herren der Kommunistischen Partei haben sich mit dem Zustand abgefunden, daß ein Großteil unserer österreichischen Betriebe weiterhin unter wirtschaftlicher Kontrolle steht, und haben auch offenbar an diesem Zustand nichts mehr auszusetzen. Wir Sozialisten hingegen stehen auf dem Standpunkt, daß die Betriebe, die das österreichische Verstaatlichungsgesetz als dem österreichischen Volk verfallene Betriebe bezeichnet, auch nur einzig und allein

der Verwaltung des österreichischen Volkes unterstellt werden dürfen. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

Wir haben dieser Meinung damals auch in unserer Entschlußung Ausdruck gegeben, ebenso wie wir in unserer Entschlußung die Ausübung der Grenzkontrolle ausschließlich durch österreichische Organe gefordert haben, um die Verschleppung österreichischer Erzeugnisse in das Ausland zu unterbinden — und diese Forderung hat die Kommunistische Partei nach ihrer anfänglichen Ablehnung aller Forderungen nicht von uns übernommen. Auch von dieser für die österreichische Wirtschaft sehr ausschlaggebenden Wiederherstellung von Souveränitätsrechten finden wir in den gewandelten kommunistischen Vorschlägen auch der Gegenwart kein Wort. (*Abg. Ernst Fischer: Lies die Resolution zuerst einmal!*) Zum Unterschied von Ihnen, Herr Abg. Fischer, kann ich es mir leisten, zu sagen: Jeder weiß, welche wirtschaftlichen Interessen verschiedener Besatzungsmächte, nicht nur einer einzigen, daran hängen, daß der illegale Warentransport über die österreichischen Grenzen, aus dem man ja Millionen-gewinne nimmt und Millionensummen der Besteuerung entzieht, nicht behindert werde. Auf diese Exterritorialität des Schmuggels sind einige Besatzungsmächte eifersüchtig bedacht. (*Abg. Honner: „Ami“-Zigaretten über Salzburg!*) Sie dürfen nur von den „Ami“-Zigaretten reden, ich auch von den „Arda“, die Sie gerne rauchen! (*Heiterkeit und Zustimmung.*)

Es ist nach wie vor der Standpunkt der Sozialisten, im Interesse des österreichischen Volkes den Abschluß des Staatsvertrages zu verlangen. (*Abg. Honner: Aber ein Rest der Besatzungstruppen soll dableiben!*) Der Rest, der bis dahin dableiben soll, ist offenbar die Militärpolizei. Aber ich kann Ihnen eines sagen, Herr Abg. Honner: Wir sind um unseren persönlichen Schutz nicht besorgt, wir Sozialisten brauchen keine Militärpolizei, wir vertrauen zwar nicht der Honner-Polizei, aber der Helmer-Polizei! (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Honner: Es ist schon längst vorbei mit der Helmer-Polizei, sagen Sie lieber gleich Graf-Polizei!*) Herr Abg. Honner, ich glaube, Sie tun dem Staatssekretär Graf zu viel politische Ehre an, aber ich muß das Maß, nach dem Sie Ihre Gunst oder Ihre Abneigung verteilen, Ihnen überlassen, denn Sie sind als Partei selbständig.

Ich möchte abschließend noch das eine sagen: Die Herren von der Kommunistischen Partei oder vom Linksblock haben berechnete Ursache, mit dem Herrn Abg. Weikhart unzufrieden zu sein (*Abg. Fischer: Ich war gar nicht unzufrieden!*), denn der Herr

Abg. Weikhart ist der Bezirksobmann der Sozialistischen Partei in einem Wiener Randbezirk, dessen Betriebe überwiegend unter der Verwaltung der Usia stehen, so daß man schon vorgeschlagen hat, den Bezirksnamen Liesing in „Usiastan“ abzuwandeln. (*Heiterkeit.*) Der Herr Abg. Weikhart genießt dort das Vertrauen der sozialistischen Arbeiter, weil sie sehen, daß er persönlich ihr Schicksal teilt (*Beifall bei der SPÖ*), weil sie wissen, daß er als Einzelmensch persönlich genau so unter der Besetzung dieses Gebietes zu leiden hat, wie hunderte andere Arbeiter. Er ist draußen in Liesing geblieben, obwohl seine Wohnstätte, die Wohnstätte eines Antifaschisten, der seine antifaschistische Gesinnung bewiesen hat, von der Besatzungsmacht beschlagnahmt wurde. Er hat es nicht vorgezogen, in einen anderen Bezirk zu übersiedeln und sich dort vielleicht sicherer zu fühlen als in Liesing draußen. (*Zwischenrufe.*)

Ich möchte den Herren von der Kommunistischen Partei oder zumindest einigen von Ihnen zum Abschluß für ihre persönlichen Wohnangelegenheiten ein abgewandeltes Zitat aus dem „Faust“ vorhalten: „Ein echtes Kummerl mag keinen Ami leiden, doch in seiner Zone wohnt es gern.“ (*Stürmische Heiterkeit. — Starker Beifall bei den Sozialisten.*)

*Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben.*

Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (I und 84 d. B.): **Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1950** (98 d. B.).

Generalberichterstatter **Prinke**: Hohes Haus! Am 15. Februar dieses Jahres hat der Herr Finanzminister den Voranschlag 1950, mit dem das im Dezember 1949 im Nationalrat beschlossene, bis Ende April 1950 geltende Budgetprovisorium abgelöst wird, mit einem ausführlichen Exposé dem Nationalrat vorgelegt. Der neu vorliegende Voranschlag des Staatshaushaltes für das Jahr 1950 kam auf Grund genauer Überprüfungen jeder einzelnen Ziffer zu seinen heutigen Ansätzen. War schon im Oktober 1949 bei der Einbringung des Staatsvoranschlages 1950 einhellig die Auffassung zu Tage getreten, daß diese Ansätze überholt und nicht zu halten sind, so ergab auch die Überprüfung der einzelnen Posten die Richtigkeit der damals zu Tage getretenen Bedenken. Die neuen Ansätze des Voranschlages für 1950 müssen jedoch auch alle Meinungen zerschlagen, daß die Ausgaben des Staates mit einem radikalen Abstrich gesenkt werden könnten. Ein geordneter Staatsapparat — bei den großen Verpflichtungen unseres Staates, die durch die Besonderheit unserer Situation gegeben sind —

wird bei der Bruttobudgetierung, die eine genaue Übersicht über die gesamte Verwaltung gibt, mit einem großen Erfordernis rechnen müssen. Die außergewöhnliche Situation unseres Landes — sie bewegte die vorhergehende Debatte — findet ihre Begründung in dem Umstand, daß wir heute, fünf Jahre nach Beendigung des Krieges, noch immer die Lasten der Besetzung unseres Landes durch ausländische Mächte zu tragen haben. Dieser Umstand wirkt sich aber nicht nur direkt in der Höhe der Besatzungskosten aus, sondern auch indirekt in der Behinderung unserer gesamten Wirtschaft. Das Fehlen des Staatsvertrages, der uns wohl durch viele Jahre neue Belastungen bringen wird, legt einer Generation die ganzen Lasten eines von unserem Volk nicht gewollten, verlorenen Krieges auf. Die nun fünf Jahre dauernde Besetzung hindert unsere Wirtschaft, zu dauernden, konsolidierten Friedensverhältnissen zu gelangen, und hindert uns ferner daran, durch Aufnahme ausländischer Kredite eine Verteilung der Lasten, die die Schrecken des furchtbaren Krieges unserem Volke aufgehalst haben, auf mehrere Generationen durchzuführen. Es wird nur mehr sehr wenige Länder geben, die bei der Beurteilung der Staatsaufgaben als Vergleich zu Österreich herangezogen werden können. Von den Staaten, die am letzten Krieg beteiligt waren, genießen außer Deutschland und Japan fast alle, gestützt auf Friedens- oder sonstige Verträge, ihre volle Souveränität. Nur unser Österreich wartet noch immer auf die lang versprochene Freiheit.

Wollen Sie daher, meine Damen und Herren, wenn Sie die Ansätze des Voranschlages einer genauen Prüfung unterziehen, diesen Umstand nicht außer Betracht lassen und, so wie es heute geschehen ist, wieder einen Appell an das Weltgewissen richten, damit uns endlich die Freiheit und damit auch die Möglichkeit einer Lastenerleichterung für unser Volk gegeben werde. Wir können und dürfen, soweit es die Opfer eines Volkes für seine Freiheit betrifft, keinen anderen Staat zum Vergleich heranziehen, weil alle diese Vergleiche hinken müssen, da sie nur auf anderen Voraussetzungen aufgebaut sein können. Wenn trotz der Ungunst und der Schwierigkeiten der Verhältnisse der Nationalrat in die Beratung eines vollständig ausgeglichenen Staatsvoranschlages eingehen kann, so gibt uns dies die Berechtigung, mit einem Gefühl des Dankes und Stolzes der Leistungen unseres Volkes zu gedenken. Diese Opferbereitschaft wird ihre Anerkennung finden müssen. War auch der Weg steinig und hart, Ruhe und Friede im Land blieben uns bewahrt; diese sollen als der Grundstein einer baldigen

Gesundung unseres gesamten Lebens von uns jederzeit wohl behütet werden.

Unter Bedachtnahme auf das Vorhergesagte legt der Voranschlag 1950 unserem Volke manche Opfer und Beschränkungen auf. Trotz allem konnte vieles, das für unbedingt notwendig befunden wurde, um die Vollbeschäftigung zu garantieren und um die Zufriedenheit der Bevölkerung durch Erhöhung des Lebensstandards zu heben, keine Bedeckung finden. Weitere Wege werden beschritten werden müssen, um auch dieses Ziel zu erreichen.

Ich will Sie, meine Damen und Herren, heute nicht weiter mit vielen Ziffern ermüden; sie lagen Ihnen in den Beilagen 1, 84 und 98 und in der abgeänderten Beilage ohne Bezeichnung zum eingehenden Studium vor und haben im Finanzausschuß eine umfassende Erläuterung und Betrachtung gefunden. Die genaue Übersicht gebietet jedoch, einzelnes herauszugreifen, um das Bild abzurunden.

Der Voranschlag rechnet im ordentlichen Budget in der laufenden Gebarung mit

Ausgaben von . 9.617.1 Millionen Schilling und

Einnahmen von 9.617.2 Millionen Schilling.

Dies ergibt einen  
Überschuß von .. 0.1 Millionen Schilling

Im Extraordinarium ist für Investitionen ein Betrag von ..... 1.078.2 Millionen Schilling vorgesehen, es ergibt sich somit ein

Gesamtabgang  
von ..... 1.078.1 Millionen Schilling.

Die Investitionen im Betrage von 1.078.2 Millionen Schilling sind aus dem zur Verfügung stehenden Teil der Erlöse aus dem Verkauf von Waren aus alliierten Hilfslieferungen zu decken, wobei auch Kassenbestände und eventuelle sonstige Mehreinnahmen mit zur Deckung herangezogen werden können. Somit wird die Ausgeglichenheit des Voranschlages aus dem Teil der Investitionen auf jeden Fall gewährleistet. Hierbei darf bei Beurteilung des Investitionsaufwandes nicht außer Betracht gelassen werden, daß hier nur an Neuinvestitionen gedacht ist; sonstige Investitionen scheinen im ordentlichen Budget mit 300 Millionen Schilling auf.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß alle diese Investitionen wertvermehrenden Charakter tragen und somit wesentlich zur raschen Gesundung unseres Wirtschaftslebens beitragen. Der Hauptanteil der Investitionen entfällt auf die Öster-

reichischen Bundesbahnen mit einem runden Betrag von 607 Millionen Schilling für den weiteren Ausbau der Elektrifizierung des Betriebes. Rund 125 Millionen Schilling werden für den Ausbau unseres Post- und Telegraphenwesens aufgewendet werden, weitere rund 42 Millionen Schilling sind für den Ausbau der Staatsbetriebe und Monopole vorgesehen. Die Hoheitsverwaltung beabsichtigt Investitionen im runden Betrag von 300 Millionen durchzuführen, davon 100 Millionen in der Land- und Forstwirtschaft für Wasserbauten und für die Forstwirtschaft und rund 181 Millionen Schilling für den Wiederaufbau zerstörter Bundesgebäude.

Im Voranschlag für das Jahr 1949 waren in der laufenden Gebarung je 6 Milliarden an Einnahmen und Ausgaben vorgesehen; für Investitionen war ein Betrag von 1.400 Millionen Schilling eingesetzt. Es ergibt sich also im Vergleich zu 1949 in der laufenden Gebarung auf beiden Seiten ein Mehrerfordernis um mehr als die Hälfte der Summen. Die Begründung dafür finden wir in erster Linie in dem Umstand, daß der Voranschlag 1949 nach seiner Annahme durch den Nationalrat als bereits überholt angesehen werden konnte; wenige Monate später mußten eigene gesetzliche Maßnahmen zum Ausgleich des Staatshaushaltes getroffen werden.

Der Voranschlag 1949 kann also nicht voll zum Vergleich herangezogen werden. Andererseits sind jedoch die Ausgaben des Staates im Zusammenhang mit dem 3. Lohn- und Preisabkommen und mit der Relationsänderung des Schillings zu den anderen Währungskursen bedeutend gewachsen. Auch die Voranschläge aus der Zeit vor dem Jahre 1938 können nicht zum Vergleich dienen, da sie nicht auf der vollen Bruttobudgetierung basieren. Wenn das Jahr 1938 doch zum Vergleich herangezogen wird, dann ergibt sich für das Jahr 1950 rund das Vierfache des damaligen Gesamtaufwandes. Das entspricht auch annähernd dem heutigen Wert des Schillings.

Die Ausgaben in der laufenden Gebarung werden zur Gänze aus den Erträgen der Steuern und aus den Einnahmen der staatlichen Monopole gedeckt. Von den rund 7 Milliarden an vorgesehenen Einnahmen an Steuern verbleiben für den Bund rund 4.937 Millionen Schilling, da die Überweisungen der Ertragsanteile an die Länder und Gemeinden rund 2.100 Millionen Schilling erfordern.

Die Säulen des Steuerertrages bilden die Warenumsatzsteuer mit dem Bundeszuschlag mit 1.740 Millionen Schilling, die veranlagte Einkommensteuer mit 1.300 Millionen Schil-

ling — das ist gegenüber dem Voranschlag 1949 um 700 Millionen Schilling mehr — die Tabaksteuer samt Aufbauseinschlag mit 830 Millionen Schilling — gegenüber dem Vorjahr um 470 Millionen Schilling weniger — und die Lohnsteuer mit 700 Millionen Schilling — das sind um 100 Millionen Schilling weniger als im Jahre 1949. Bei der Lohnsteuer wurde die für 1950 beschlossene 20prozentige Ermäßigung bereits berücksichtigt. Bei der veranlagten Einkommensteuer sind die Erfahrungen des Jahres 1949 dem Voranschlag zugrunde gelegt. Hier zeigt sich erfreulicherweise die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Bei einer gesunden Steuerreform, die darauf bedacht sein muß, die Steuermoral zu heben und jede Steuerhinterziehung schwer zu ahnden, wird trotz der Steuerermäßigungen auch im Jahre 1951 bei der Einkommensteuer eine günstige Entwicklung zu verzeichnen sein. Weitere Einnahmen resultieren aus der Körperschaftsteuer mit rund 350 Millionen Schilling, aus der Vermögensteuer und Aufbringungsumlage mit 60 Millionen Schilling, aus den Zöllen mit 200 Millionen Schilling — das sind um 100 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1949; die Erhöhung bedarf noch einer gesetzlichen Regelung, und ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang an eine dringliche Regelung zu mahnen, wobei nicht übersehen werden darf, daß die Voranschläge in der ersten Republik ihre tragende Säule in den Zöllen gefunden haben. Der Herr Finanzminister hat bei der Einbringung des Voranschlages eindringlich auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die sich bei den Handelsvertragsverhandlungen für Österreich infolge der niedrigen Zölle ergeben. Es ist ein Erfordernis für unseren Außenhandel, daß hier rasch nach dem Rechten gesehen wird.

Als eine reine Zwecksteuer sind die Besatzungskostenbeiträge anzusehen, die mit 420 Millionen veranlagt sind. Das Hohe Haus hat heute durch die Verlängerung der Geltungsdauer des Besatzungskostendeckungsgesetzes für die Bedeckung entsprechend Vorsorge getroffen. Gleichfalls als Zwecksteuer ist der Zuschlag zur Mineralölsteuer mit einem präliminierten Betrag von 60 Millionen Schilling anzusehen; diese Beträge werden ausschließlich zum Neubau der Bundesstraßen Verwendung finden und damit dem Fremdenverkehr einen wertvollen Dienst leisten. Der Ausbau der Bundesstraßen wird fast ausschließlich den Bundesländern zugute kommen und wesentlich zur Vollbeschäftigung beitragen.

Aus Gebühren und Stempeln sollen dem Staat 284 Millionen Schilling zufließen. Die Biersteuer ist, mit 110 Millionen Schilling und die Weinststeuer, mit 70 Millionen Schilling veranschlagt.

So wie es bereits in der vorhergehenden Debatte geschehen ist, sehe auch ich mich genötigt, auf die Besatzungskostenbeiträge hinzuweisen. Es muß verzeichnet werden, daß Österreich seit 1945 rund 5 Milliarden Schilling — wie heute bekannt wurde — an Besatzungskosten bezahlt hat. Wenn die Behebung der Kriegszerstörungen an Wohnhäusern nach vorsichtigen Schätzungen den Betrag von rund 9 Milliarden erfordern würde, kann man sich leicht vorstellen, wie weit wir mit dem Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen halten würden, wenn uns diese Last erspart geblieben wäre. Nicht oft genug kann auf diese Zahlen verwiesen werden, um aller Welt die Unsinnigkeit der weiteren Besetzung unseres Landes vor Augen zu führen. Warum muß unser Volk noch weiter Opfer bringen, nur um in seiner Entwicklung gehemmt zu werden, statt seine Opfer anderen, nutzbringenden Dingen und seiner eigenen Wohlfahrt zuwenden zu können? Unser Volk hat bewiesen, daß es längst mündig ist, besser als manches andere Volk; man möge uns also endlich unsere Freiheit geben, und wir werden der ganzen Welt beweisen, daß wir besser als bisher in der Lage sind, unsere Verhältnisse zu meistern.

Der objektive Betrachter der veranschlagten Steuern wird zugeben müssen, daß die Wirtschaft neben den Konsumsteuern die Hauptlast des Staatsaufwandes zu tragen hat; es kann daher mit Recht behauptet werden, daß sich alle in diesem Staate ihrer Verantwortung bewußt sind. Hüten wir uns davor, durch eine einseitige Belastung der Produktion, des Handels und des Gewerbes oder umgekehrt des Arbeitnehmers die innere Zusammengehörigkeit unseres Volkes zu zerschlagen! Nur wenn sich alle Teile unseres Volkes ihrer Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit bewußt bleiben, wird es uns gelingen, die demokratische Freiheit unseres Landes aufrechtzuerhalten.

Die Staatseinnahmen geben ein Bild des gerechten Lastenausgleiches, möge auch da und dort die Belastung als schweres Opfer empfunden werden. Unsere Betrachtungen müssen jedoch darauf gelenkt werden, den Grundsatz der Gerechtigkeit nicht zu verlassen, um allen arbeitenden Österreichern ein gesichertes Leben zu gewährleisten. In diesem Sinne glaube ich, Ihre Aufmerksamkeit auf die Einnahmenseite des Voranschlages lenken zu dürfen, in dem Bewußtsein, daß Sie gerechterweise die Leistungen aller Schichten unseres Volkes zu würdigen wissen werden.

Die Ansätze der Einnahmen sind mit großer Gewissenhaftigkeit erstellt, wobei alle Vorsicht angewendet wurde. Sie schwelgen weder in einem übertriebenen Optimismus, noch lassen

sie sich von irgendwelchen pessimistischen Einflüssen beherrschen. Die Aussicht auf Erfüllung ist somit gegeben.

Die Ausgabenansätze tragen den großen Erfordernissen unseres Landes Rechnung. Im besonderen darf darauf hingewiesen werden, da ja sicherlich wieder von einem „unsozialen Budget“ gesprochen werden wird, daß die größte Einzelpost im Ausgabenetat „Soziale Verwaltung“ ist: 1624 Millionen Schilling sind hier als Ausgaben vorgesehen. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge erfordert allein einen Betrag von 733 Millionen Schilling. Die Krüppel der Kriege 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 und die Witwen und Waisen bedürfen eines wirksamen Schutzes, um ihr Leben fristen zu können. Hier sind Opfer notwendig, um die Leiden des Krieges zu mildern; der Staat ist sich hier seiner vollen Verpflichtung bewußt. An Renten für Kriegsinvalide ist ein Betrag von 508 Millionen Schilling erforderlich und von 153 Millionen Schilling für Hinterbliebene. Die Leistungen des Staates in der Sozialversicherung, davon 252 Millionen Schilling für die Altersversicherung der Arbeiter, 12 Millionen Schilling für die Bergarbeiter und 77 Millionen Schilling für die Angestelltenpensionen sowie 275 Millionen Schilling für die Kinderbeihilfen, geben ein anschauliches Bild von der sozialen Auffassung eines geordneten freien Staatswesens.

Im Zusammenhang mit der Sorge um die Vollbeschäftigung darf ich auf einen besonderen Ansatz des Voranschlags aufmerksam machen. Dies ist der Aufwand im Kapitel „Handel und Wiederaufbau“. Die Ansätze der Ausgaben weisen hier gegenüber dem Jahr 1949 eine Erhöhung um 415 Millionen Schilling auf. Diese Mehrerfordernisse sollen eine starke Investitionstätigkeit einleiten. In einem verstärkten Umfang ist Vorsorge für die Gebäudeverwaltung sowie für die Instandsetzung kriegsbeschädigter Gebäude, für die Erhaltung der Bundesstraßen, der Wasserwege und den Hochbau getroffen.

Als außerordentlich bedauerlich muß vermerkt werden, daß für den Wohnhauswiederaufbau keine Vorsorge getroffen werden konnte, bedauerlich deshalb, weil gerade der heurige Winter eine verhältnismäßig große Zahl von Arbeitslosen zu verzeichnen hatte. Wenn auch diese hohe Zahl von rund 200.000 Arbeitslosen wohl in erster Linie saisonbedingt war, muß sie doch zu denken geben. Die Witterung war heuer durch Milde ausgezeichnet, und bis auf ganz wenige Tage gab es fast keinen Frost. Die Bautätigkeit war daher nur wenig behindert, und trotzdem kam es zu Arbeitseinstellungen und zur Stilllegung einzelner Baustellen. Dies war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der

Wohnhauswiederaufbaufonds seit Monaten keine weiteren Mittel vergeben hat respektive nicht vergeben konnte, weil ihm keine zur Verfügung standen. Dieser Umstand trägt dazu bei, die Arbeit zu strecken, um auch im kommenden Jahr zu einer Teilbeschäftigung zu kommen. Im Jahre 1949 konnte die Bautätigkeit infolge der Unausgeglichenheit des Staatsvoranschlages erst sehr spät, und zwar erst im Juli einsetzen, da früher keine Mittel zur Verfügung standen. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen bezüglich der Dotierung des Wohnhauswiederaufbaufonds ist zu befürchten, daß es im Jahre 1950 wieder zu spät wird, bis eine Lösung gefunden wird. Hier muß auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht werden, die aus einer solchen Verzögerung erwachsen können.

Es sei mir erlaubt, eine Parallele zu 1937 zu ziehen: Im November 1936 gab es 240.000 unterstützte Arbeitslose. Infolge des Fehlens jeder Bautätigkeit war die Zahl im Juni 1937 nur auf 203.000 gesunken. Im August waren von 145.000 Bauarbeitern 60.000 arbeitslos. In diesen Zahlen ist die mindestens gleichhohe Zahl jener Arbeitslosen nicht enthalten, die infolge sehr langer Arbeitslosigkeit bereits ausgesteuert waren. Das Fehlen jeder Beschäftigungsmöglichkeit in der Bauindustrie und deren Nebengewerben führte auf allen Gebieten zu einer Massenarbeitslosigkeit. Die Folge davon war eine Radikalisierung der Menschen, die zum Nationalsozialismus führte. Die Hoffnungslosigkeit der Jugend, sich je eine Existenz gründen zu können, gab dem Nationalsozialismus einen reichen Nährboden.

Die Bauindustrie ist nun einmal der Schlüssel zur gesamten Wirtschaft. Gelingt es uns hier nicht, zu einer annähernden Vollbeschäftigung zu kommen, dann werden wir in nächster Zukunft noch mancher unangenehmen Situation gegenüberstehen. Derzeit ist es müßig, Erwägungen darüber anzustellen, ob das Baugewerbe infolge Überfüllung des Berufsstandes dauernd beschäftigt werden kann oder nicht. Nach dem Stand der Dinge und dem Umfang der zu behebenden Kriegsschäden sowie der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und Baumaterialien kann bei entsprechender Finanzierung ruhig mit einer Vollbeschäftigung im Baugewerbe auf zehn Jahre hinaus gerechnet werden. Diese zehn Jahre werden genügen, durch eine entsprechende Berufslenkung eine Überfüllung im Baugewerbe zu steuern. Worum es jetzt geht, ist in erster Linie, den Weg zu einer dauernden Finanzierung des Wohnhauswiederaufbaues zu finden.

Ein Verlaß auf amerikanische Hilfe wäre verhängnisvoll, denn 1952 geht der Marshall-Plan zu Ende; bis dahin muß Vorsorge für



eine dauernde, geregelte Finanzierung getroffen sein. Die im Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz getroffene Regelung der Finanzierung reicht bei weitem nicht aus, da der aus den Hilfsmitteln erwartete Betrag von 500 Millionen Schilling, der à fonds perdu gegeben werden sollte, nicht eingegangen ist. Es muß daher raschestens gesetzliche Vorsorge für die Dotierung des Wiederaufbaufonds getroffen werden. Dabei gilt auch hier der Grundsatz: Wer rasch gibt, gibt doppelt. Jedes Zögern und alle politischen Erwägungen sind derzeit unangebracht. Die Bevölkerung erwartet von uns rasches Handeln, um späteres Unglück zu vermeiden.

Die Vollbeschäftigung im Baugewerbe wird allen Bevölkerungsschichten einen höheren Lebensstandard sichern. Es wird daher auch jedermann klar sein, daß zur Erreichung dieses Zieles ein Opfer von allen verlangt werden kann. Der Mut zur Wahrheit wird auch vom österreichischen Volk verstanden werden. Mit der Vollbeschäftigung wird die Zufriedenheit des österreichischen Volkes wachsen und die Träume des Radikalismus werden in Nichts zerrinnen. Ich konnte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auf die Dringlichkeit dieser Angelegenheit aufmerksam zu machen und Sie, meine Damen und Herren, zu bitten, hier ehestens das Geeignete zu veranlassen.

Beim Vergleich mit den Staatshaushaltsplänen anderer Staaten fällt im österreichischen Voranschlag die verhältnismäßig geringe Summe auf, die für die Staatsexekutive ausgegeben wird. Insgesamt ist im Jahre 1950 hierfür ein Betrag von 412 Millionen Schilling vorgesehen. Von diesem Betrag entfallen nur 17 Millionen Schilling auf Sachausgaben, der Rest, 395 Millionen Schilling, betrifft den Personalaufwand. Die geringe Sachaufwandsomme erklärt sich aus der Tatsache, daß unsere Exekutive noch immer ohne entsprechende Bewaffnung ist. Mit einem so geringen Aufwand wird außer Österreich wohl kaum ein Land in der Lage sein, für seine Exekutive vorzusorgen. Hoch klingt das Lied vom braven Mann, wenn unsere Exekutive trotz dieser Erschwernisse restlos ihre Pflicht erfüllt.

Eine weitere Ausgabenpost, die gleich wie die Besatzungskosten als eine drückende Belastung angesehen werden muß, ist der für die Ausländerbetreuung bei den Übergangsmaßnahmen vorgesehene Betrag von 105 Millionen Schilling, der zur Betreuung von rund 480.000 Ausländern Verwendung finden soll. Die von der IRO geleisteten Zuschüsse reichen nicht aus, um die Unterhaltskosten zu decken. Erst mit der Erledigung des Staatsvertrages wird bei dieser Post an eine Erleichterung zu denken sein.

Für die Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft sind in der laufenden Gebärung 32 Millionen Schilling mehr vorgesehen als im Jahre 1949. In diesem Betrag ist auch eine Summe von 16 Millionen Schilling für den land- und forstwirtschaftlichen Wiederaufbaufonds enthalten. Für Wasserbauten und Wildbachverbauung sind 28 Millionen Schilling mehr als im Jahr 1949 veranschlagt.

Für Investitionen im Kapitel Verkehr scheint ein Betrag von 23 Millionen Schilling für den Ausbau der Donauhäfen und für den Bau von Donauschiffen auf.

Zusammenfassend kann beim Sachaufwand der Grundsatz absoluter Sparsamkeit als Leitmotiv der Erstellung der einzelnen Summen bemerkt werden, wobei jedoch nicht unerwähnt bleiben soll, daß mit Rücksicht auf neue Erfordernisse im Personalaufwand an eine teilweise Kürzung des Sachaufwandes, soweit davon nicht der Investitionsaufwand oder Rentenleistungen betroffen werden, gedacht werden muß. Der Sachaufwand erfordert den Betrag von rund 5.700 Millionen Schilling, während der Personalaufwand mit 3.927 Millionen Schilling sein Auslangen finden soll. Beim Vergleich mit den Voranschlägen der früheren Jahre, wo der Personalaufwand rund 50 Prozent der Ausgaben beanspruchte, ist diesmal ein Absinken des Prozentsatzes auf annähernd 40 Prozent zu verzeichnen, obwohl der Personalstand um 5.600 Personen höher ist als 1949. Derzeit werden 265.400 Bedienstete, davon 176.200 pragmatische, 38.000 Vertragsbedienstete und 51.200 Arbeiter im Bundesdienst gezählt.

Der Dienstpostenplan und die erläuternden Bemerkungen zum Bundesfinanzgesetz, Seite 83, geben ein Bild über die einzelnen Sparten der Berufsarten. Eine Verringerung der Anzahl der Beschäftigten ist für die nächsten Jahre durch eine jährliche Reduktion der Personalstände um fünf Prozent durch einen natürlichen Abbau (Erreichung der Altersgrenze, Krankheit und Tod) vorgesehen, wobei eine rigorose Aufnahmebeschränkung Platz greifen soll, ohne daß eine allgemeine Aufnahmesperre verhängt wird. Mit diesen Maßnahmen soll im Laufe der Zeit eine Senkung des Personalstandes um rund 40.000 Personen erfolgen.

Unter Bedachtnahme auf den stark herabgesetzten Personalaufwand gegenüber dem Sachaufwand wird das Opfer, das die öffentlich Angestellten bisher erbracht haben, offenkundig. Jedes Opfer findet jedoch die Grenze bei der Leistungsmöglichkeit. Diese Grenze scheint jetzt erreicht, wenn nicht überschritten. Im Interesse des Wiederaufbaues unseres Staatswesens und einer geordneten

Verwaltung haben die öffentlich Angestellten unter Verzicht auf Gehaltserhöhungen immer wieder Opfer gebracht und sind heute weit hinter den Bezügen und Einkommen der Bediensteten in der Privatwirtschaft zurückgeblieben. Daher ist in ihren Reihen die Not außerordentlich groß und drängend geworden, die Verschuldung ungeheuer angestiegen; sie sind am Ende ihrer Opfermöglichkeit angelangt. Trotz aller Nöte sind die öffentlich Angestellten treue Diener unseres Staates geblieben. Allen Versuchen widerstehend, blieb die Beamtenschaft ihrem Diensteid getreu und bemüht sich nach wie vor, ein treuer Diener des Volkes und Staates zu bleiben. Bis auf verschwindende Einzelfälle ist unser Beamtenapparat rein geblieben und unterlag nicht Korruptionsversuchen. Seit Jahren bemühen sich die öffentlich Angestellten, ihre Gehälter nachgezogen zu erhalten, um halbwegs den Anschluß an die Privatwirtschaft zu finden. Immer wieder wurden diese Wünsche durch wirtschaftliche Maßnahmen, die erforderlich waren, um den dringendsten Tageserfordernissen gerecht zu werden — ich erinnere nur an die drei Lohn- und Preisüber-einkommen, Überbrückungshilfe usw. — zurückgestellt.

Bei der Beurteilung der Forderung der öffentlich Angestellten geht es nicht darum, durch Gewährung irgendwelcher Zuschläge der Teuerung zu begegnen, sondern darum, dem unhaltbaren Zustand des Zurückbleibens der Bezüge gegenüber allen anderen Berufsarten endlich einmal ein Ende zu bereiten. Bisher mußten die öffentlich Angestellten immer hinter den sonstigen Erfordernissen des Staates zurückbleiben. Sie kamen dadurch so weit ins Hintertreffen, daß nun ihre Geduld erschöpft ist. Wenn auch Streiks, insolange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, abzulehnen sind, darf doch die Geduld der öffentlich Angestellten nicht auf eine zu harte Probe gestellt werden. Gehälter von 600 bis 700 S für Familienerhalter bilden bei den heutigen Verhältnissen nun einmal keine Existenzgrundlage mehr.

Die öffentlich Angestellten sind sich darüber klar, daß der von der Regierung, den Kammern und Gewerkschaften eingeschlagene Weg, durch Preissenkungen eine Hebung des Lebensstandards zu erreichen, der einzig richtige ist. Ihre Wünsche bewegen sich nicht in der Forderung nach einem Teuerungsausgleich, sondern bezwecken vielmehr, die Spannung zwischen den Bezügen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst endlich einmal zum Verschwinden zu bringen. Der Ausspruch: Der öffentlich Angestellte hat wenig, aber dies hat er sicher, hat heute keine Berechtigung mehr. Die letzten dreißig Jahre haben

wiederholt den Beweis der Unbeständigkeit einer öffentlichen Dienststellung erbracht. Bei Würdigung des erwähnten Opfers, das die öffentlich Angestellten bisher im Interesse des Staates gebracht haben, drängt sich unwillkürlich der Wunsch auf, allen diesen getreuen Mitarbeitern am Staatswohl unseren verbindlichsten Dank zu sagen und ihrer in höchster Anerkennung zu gedenken. Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, als dem Dolmetsch aller Ihrer Gefühle, den Danküberbringer an alle diese vielen tausende braven Österreicher sein.

Die Bediensteten des öffentlichen Dienstes haben seit 1945 fast Übermenschliches geleistet, um die Verwaltung unseres Staates wieder in Gang zu bringen und um die Ruhe und Sicherheit unseres Landes zu garantieren. Dafür ist ihnen sowie allen Namenlosen, die unser Wirtschaftsleben wieder in Gang brachten, der Dank des ganzen Volkes gewiß. Doch mit Dankesworten allein ist den öffentlich Angestellten nicht gedient, damit werden sie ihre Lebensbedürfnisse und die ihrer Familien nicht befriedigen können. Wir müssen es daher mit größtem Bedauern registrieren, daß im Rahmen der laufenden Gebarung des Jahres 1950 für die Nachziehung der Gehälter der öffentlich Angestellten keine Vorsorge getroffen werden konnte. Die kurze zur Verfügung stehende Zeit bot keine Möglichkeit, im Rahmen der großen Anforderungen, die an den Staat gestellt wurden, Überprüfungen nach Bedeckungsmöglichkeiten für das Nachziehverfahren anzustellen. Dankenswerterweise hat der Herr Finanzminister bei der Vorlage des neuen Voranschlages seine Bereitschaft erklärt, nach der Verabschiedung des Voranschlages im Finanz- und Budgetausschuß die Verhandlungen zur Bereinigung der Forderung der öffentlich Angestellten sofort aufzunehmen. Den Worten ist die Tat gefolgt, und vergangenen Samstag hat die erste Fühlungnahme stattgefunden. Selbstverständlich werden bei den Verhandlungen, da ja für das Erfordernis auch die entsprechende Bedeckung gesucht werden muß und außerdem die Länder-, Städte- und Gemeindevertreter mit herangezogen werden müssen, auch Schwierigkeiten entstehen. Bei beiderseitigem guten Willen kann jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß doch noch eine geeignete Lösung gefunden wird.

Wenn ich bei der Erläuterung des Sachaufwandes darauf hingewiesen habe, daß bei den Sachausgaben Abstriche zugunsten des Personalaufwandes notwendig werden könnten, so bezieht sich dies auf einen Vorschlag, den ich dem Herrn Finanzminister anläßlich der ersten Verhandlung über das

Nachziehverfahren unterbreitete. Diesem Vorschlag lag das Ersuchen zugrunde, Überprüfungen darüber anstellen zu wollen, ob nicht eine Kürzung des Sachaufwandes, soweit es sich nicht um Investitions- und Rentenleistungen handelt, um 10 Prozent der Ansätze des Voranschlags einen Teil der Bedeckung des Nachziehverfahrens bilden könnte. Eine weitere Bedeckungsmöglichkeit könnte in einer Erhöhung der Strafgeelder und Gebühren bei einzelnen Verwaltungsverfahren gefunden werden. Diesbezügliche Überprüfungen sind im Gange; diese werden dann die Grundlage für die weiteren Verhandlungen bilden, die hoffentlich zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis führen werden.

Vom Gesamtpersonalerfordernis von rund 3.9 Milliarden Schilling entfällt ein Drittel, rund 1.3 Milliarden Schilling, auf den Pensionsaufwand. Der Stand der Pensionsparteien umfaßt derzeit 184.900 Personen; er ist um 4500 Personen höher als im Jahre 1949. Gegenüber 1938 ergibt sich eine Erhöhung des Standes um 16.800 Personen. Insgesamt ergibt sich somit ein Stand von 265.400 aktiven Bediensteten und 184.900 Pensionsparteien, in Summe ein Stand von 450.300 Personen, die in einem Gehalts- oder Pensionsverhältnis zum Bunde stehen. Diese Zahl allein ist ein Beweis für die großen Schwierigkeiten, die bei der Bedeckung des Personalerfordernisses überwunden werden müssen.

Hohes Haus! Ich habe mich bemüht, in gedrängter Form einen Überblick über den Staatshaushalt 1950 zu geben und habe gleichzeitig alle Sorgen und Schwierigkeiten, die uns bei der Beurteilung der Erfordernisse und Verpflichtungen des Staates bewegen, aufgezeigt. Nicht alle Wünsche, die an den Staatshaushalt gestellt wurden, konnten erfüllt werden, vieles muß einer späteren Regelung überlassen bleiben. Die künftige Arbeit des Hohen Hauses wird sein, die verbliebenen Wünsche nach Möglichkeit zu erfüllen. Wenn wir heute bei der Verabschiedung des Voranschlags 1950 einen Blick zurück tun in die düstere Vergangenheit des Jahres 1945, dann wird uns erst so richtig die Leistung, die unser Volk vollbracht hat, bewußt. Bangen Herzens ging Österreichs Volk im Jahre 1945 wieder unverzagt an die Arbeit, nie wissend, ob es gelingen werde, auf dem Trümmerfeld der Schrecken des Krieges wieder ein geordnetes Staatswesen und ein funktionierendes Wirtschaftsleben aufzubauen. Unter Hunger, Not und Elend erfüllte die österreichische Bevölkerung ihre Pflicht, arbeitete und opferte, um ihr Leben und ihr Vaterland zu sichern. Wenn wir unser heutiges Leben im Vergleich zu 1945 betrachten, dann kommt

uns selbst der Glaube an ein Wunder, an das österreichische Wunder. Was sich in unserer Entwicklung vollzog, war aber kein Wunder. Staunend, mit Achtung im Herzen, nehmen wir den Lebensmut und die Kraft unseres österreichischen Volkes zur Kenntnis. Dieses Volk wird, wenn es sich nicht selbst aufgibt, niemals untergehen können. So können wir die Gewißheit haben, daß auch die Anforderungen, die der Staatshaushaltsvoranschlag 1950 an die Bevölkerung stellt, von dieser als unbedingte Notwendigkeiten erkannt werden. Daraus ergibt sich für uns aber auch die Sicherheit eines geordneten Staatshaushaltes.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich in 9 Sitzungen mit einer Gesamtdauer von 65½ Stunden eingehend mit dem Staatsvoranschlag beschäftigt und jedes Kapitel einer gründlichen Beratung unterzogen. 210 Wortmeldungen lagen vor; 14mal kamen die Mitglieder der Bundesregierung zum Wort.

Die Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß zeichneten sich durch hohe Sachlichkeit und Gründlichkeit aus; es gab fast keinen Ansatz, der nicht einer Erörterung unterzogen wurde. Außerdem wurden aber auch alle Fragen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft in den Bereich der Diskussion gezogen und alle Auswirkungen des Voranschlags auf unsere Gesamtsituation im Staat eingehend geprüft.

Das Ergebnis der Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses über die im Bericht des Generalberichterstatters angeführten Gruppen ist in den Berichten der Spezialberichterstatter festgehalten, ebenso die bei der Behandlung der einzelnen Budgetgruppen angenommenen Entschlüsse.

So wie sich der Finanz- und Budgetausschuß der hohen Verantwortung für das ganze Volks- und Staatsinteresse bewußt war und seine Beratungen in absoluter Sachlichkeit führte, bitte ich auch das Hohe Haus, sich der Beratungen des Bundesfinanzgesetzes 1950 und der Anlagen I bis IV mit Ernst und Sachlichkeit zu unterziehen. Wollen wir uns der Opfer, die unser Volk, um sein Leben in Freiheit führen zu können, bringt, würdig erweisen und unsere Arbeit, unsere Beratungen durch Würde krönen! In diesem Sinn stelle ich den Antrag, in die Generaldebatte einzugehen. *(Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)*

Präsident Dr. Gorbach *(den Vorsitz übernehmend)*: Ich erteile dem ersten Kontraredner, Herrn Abgeordneten Koplenig, das Wort.

**Abg. Koplenig:** Hohes Haus! Ein Vertreter der ÖVP, der Herr Nationalrat Krauland, hat im Budgetausschuß den Satz geprägt, daß das Budget der Spiegel der Gesinnung ist. Das stimmt. Dieses Budget ist tatsächlich der Spiegel der Gesinnung, und zwar jener Gesinnung, die der Herr Bundesminister Dr. Margaretha und auch der Herr Dr. Krauland in ihrem Privatberuf als Industriellenvertreter stets zum Ausdruck gebracht haben. Dieses Budget ist der Spiegel der Gesinnung der Leute mit dem großen Geldbeutel. Es ist der Spiegel einer Politik, die die Diener des Staates kaltblütig hungern läßt und die in der Zunahme der Arbeitslosigkeit die Möglichkeit höherer Profite für sich erblickt.

Aber in diesem Budget sehen wir nicht nur den Spiegel der Industriellenvertreter, nicht nur den Spiegel der Unternehmer, sondern wir sehen darin auch den Spiegel der Vertreter der zweiten Regierungspartei, der Sozialistischen Partei, die für dieses Budget die volle Mitverantwortung trägt. Einer der Sprecher der Sozialistischen Partei, der Herr Nationalrat Olah, hat im Budgetausschuß den unsozialen Entwurf Margarethas mit der Behauptung verteidigt, daß eine große Steuerlast immer noch der Arbeitslosigkeit vorzuziehen sei. Er hat also hier versucht, wie es schon oft von den Unternehmervvertretern getan wurde und immer wieder getan wird, die Arbeiter mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit, mit der Drohung der Arbeitslosigkeit von ihren gerechten Forderungen abzuhalten. Dieses Budget ist der Spiegel der Gesinnung dieser Koalition, die immer wieder zu beweisen versucht, daß man in Österreich nur wirtschaften kann, wenn die arbeitenden Menschen alle Lasten tragen.

Im Budgetausschuß ist 65 Stunden und 30 Minuten geredet worden. Aber an den Ziffern, die Herr Bundesminister Dr. Margaretha vorgelegt hat, hat sich nicht das geringste geändert. Kann vielleicht jemand behaupten, daß dieses Budget so vollkommen den Wünschen, Erfordernissen und Bedürfnissen der Wähler, der breiten Masse der arbeitenden Menschen entspricht, daß an diesem Budget nichts zu ändern sei? Diese Behauptung kann und wird niemand aufstellen. Es sind ja sogar im Budgetausschuß selbst manche Zweifel an diesem Entwurf geäußert worden. Aber doch haben die Mitglieder der Regierungsparteien dann für alle und ihre neofaschistischen Mitläufer für die meisten Kapitel dieses Budgets gestimmt.

Aber die Öffentlichkeit hat aus der Debatte im Budgetausschuß manches Wissenswertes erfahren und einige Beispiele dafür möchte ich Ihnen hier ins Gedächtnis rufen. Es wurde

festgestellt, und auch der Herr Berichterstatter hat es hier heute unterstrichen, daß nicht einmal jene öffentlich Angestellten, deren Einkommen tief unter dem Existenzminimum liegt, im Rahmen des Budgets einen Groschen Gehaltserhöhung erwarten können. Das schöne Wort von der sogenannten Mietengerechtigkeit, worunter die Hausherren den Abbau des Mieterschutzes verstehen, dieses Wort wurde im Budgetausschuß vom Herrn Bundesminister Kolb verkündet. Es wurde bekanntgegeben, daß es mit den Mitteln für den Wohnhausbau, für den Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen sehr schlecht aussieht. Es wurden auch neue Belastungen der Steuerzahler durch Erhöhung der Massensteuern angekündigt. Das ist nur eine kleine Auswahl dessen, was der Wähler, der Steuerzahler aus der Budgetdebatte im Ausschuß erfahren hat.

Ich habe bereits bei der ersten Lesung dieses Budgets erklärt, daß es ein Fehler wäre zu glauben, daß die in diesen Heften säuberlich abgedruckten Zahlen wirklich die Finanzgrundlage der Regierungspolitik darstellen. Es gibt ja hier schon eine Praxis aus den vergangenen Jahren und es besteht nicht die geringste Sicherheit, daß es dieses Jahr anders sein wird. Ich möchte aber hier die Frage stellen, ob es wirklich keinen anderen Weg gibt als den, den die Koalitionsregierung Figl-Schärf geht, und den, der auch in diesem Budget zum Ausdruck kommt. Es wird uns immer wieder gesagt, die öffentlich Angestellten müssen hungern, die Arbeiter und Angestellten müssen riesige Steuerlasten tragen, weil wir eben ein armes Land sind und weil wir eben alle zusammen antauchen, alle zusammen Opfer bringen müssen. Aber die Tatsachen der österreichischen Wirtschaft sind wesentlich andere als diejenigen, die uns von den Regierungsparteien immer wieder vorgesetzt werden. Dafür einige Beispiele.

Der Produktionsumfang der Steyr-Daimler-Puch-Werke in Graz betrug bereits Mitte vorigen Jahres 160 Prozent der Leistung von 1937. Die Kugellagerproduktion von Steyr betrug Ende 1949 das Vierfache der Vorkriegserzeugung. Die schwerbeschädigten Simmering-Graz-Pauker-Werke hatten bereits 1948 die Leistungsfähigkeit der Vorkriegszeit wieder gewonnen. Andritz produziert weit mehr als vor dem Krieg. Und viele andere Betriebe, deren Leistungen weit über dem Vorkriegsniveau liegen, haben durch die Fachpresse bekanntgegeben, daß sie den Wiederaufbau ihrer Betriebsanlagen beendet haben. Die Semperit-Gummiwerke haben bereits im Vorjahr in allen Sparten ihre Leistungsfähigkeit über die der Vorkriegszeit hinaus gesteigert. Aus so gut wie allen Industriezweigen wird das gleiche berichtet. Was bedeutet das? Das

bedeutet, daß die österreichischen Industrieunternehmen noch lange vor dem Eintreffen der ersten amerikanischen Maschine imstande waren, die wesentlichen Kriegsschäden zu beheben: das bedeutet weiter, daß die große Masse der österreichischen Industriebetriebe heute moderner ausgerüstet ist, als vor dem Kriege, also, wie man meinen müßte, billiger erzeugen, billiger produzieren kann.

Im Jahre 1949 haben 94 Aktiengesellschaften der Privatindustrie ihre Bilanzen für das Jahr 1948 der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Diese Bilanzen zeigen, daß nur diese 94 Aktiengesellschaften allein im Jahre 1948 mehr als 200 Millionen Schilling investieren konnten, das sind 56 Prozent des gesamten Grundkapitals dieser 94 Gesellschaften. Die Neuinvestitionen in der Industrie, die in den letzten Jahren vorgenommen wurden, sind wesentlich höher als der vom Herrn Bundesminister Dr. Margarétha errechnete Verlust an Maschinen und Werksanlagen durch den Krieg.

Dieser Wiederaufbau ist das ausschließliche Werk, das ausschließliche Verdienst der österreichischen Arbeiter und Angestellten; er hat den österreichischen Kapitalisten Profite von hunderten Millionen Schilling gebracht, die für die Zwecke des Staatshaushaltes so gut wie überhaupt nicht herangezogen wurden. Das sind Tatsachen, die an Hand jeder Wirtschaftszeitung, an Hand von Börseberichten und sonstigen Eigenpublikationen der Kapitalisten überprüft werden können.

Es ist das traurige Verdienst der sozialistischen Gewerkschaftsführer, daß sie es verstanden haben, durch Rechenkunststücke und leere Versprechungen von Preissenkungen, die niemals eingetreten sind, die Arbeiter um ihren Anteil an der geleisteten Arbeit zu prellen. Es ist ihr trauriges Verdienst, daß sie dazu beigetragen haben, die Taschen der Kapitalisten zu füllen und die Not der arbeitenden Menschen zu vergrößern.

Sie haben die Lohn-Preisakte und ihre hartnäckige Ablehnung der berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter damit begründen wollen, daß Österreich arm ist und daß alle Opfer bringen müßten. Sie vertrösteten die Arbeiter auf Preissenkungen, die nie eintreten, sie gackern über Preisstürze, wenn die Hendl mehr Eier legen, weil es Frühling wird.

Aber die Wahrheit erfahren wir aus anderen Quellen, zum Beispiel aus der angesehenen Wirtschaftszeitschrift „Österreichischer Volkswirt“, die ja nicht für Arbeiter und Angestellte geschrieben wird. Dort kann man lesen, „daß die in den letzten Monaten eingetretene

Reallohnsenkung eine Folge bewußter wirtschaftspolitischer Maßnahmen, wie des dritten Lohn-Preisabkommens und der Wechselkursanpassung, ist“. Die eingetretene Reallohnsenkung ist also eine Folge in dieser Richtung durchgeführter bewußter Maßnahmen. Durch diese Maßnahmen sollte, wie das Blatt weiter ausführt, eine Beschränkung des privaten Konsums zugunsten der Investitionen in der Industrie herbeigeführt werden, wobei das gegebene Instrument für Konsumdrosselungen Preisteigerungen waren.

Hier ist die Wahrheit, aber nur ein Teil der Wahrheit. Die Senkung des Reallohnes dient einzig und allein dazu, den in- und ausländischen Unternehmern die Taschen zu füllen und den Massenkonsum einzuschränken. Es ist daher kein Zufall, daß gerade während der Debatte über das Budget im Finanzausschuß die öffentlich Angestellten in Kärnten gezwungen waren, wegen der unerträglichen Lohnverhältnisse in den Streik zu treten.

Das Budget gibt auch Antwort auf die Frage, warum es in Österreich heute wieder 200.000 Arbeitslose gibt, warum es in tausende und tausende Wohnungen hineinregnet, warum unsere Alten und Invaliden hungern und selbst Universitätsprofessoren unter dem Existenzminimum bezahlt werden. Wie sein Vorgänger, so schöpft auch Herr Finanzminister Margarétha den Löwenanteil der Mittel aus den Massensteuern, deren Druck nicht kleiner sondern größer wird. Zugleich verspricht er aber auch den Unternehmern neue Steuer geschenke, weil ihr Appetit offenbar durch die vorjährigen Geschenke angeregt worden ist. Und dem einfachen Mann wird gesagt, daß er eben für den Wiederaufbau zahlen muß. Er zahlt ja auch alle aus der Hitlerzeit stammenden Kriegszuschläge unter dem neuen Titel „Aufbauzuschlag“ weiter. Aber wenn es zur Frage des Wiederaufbaues kommt, also zu den Investitionen, dann erklärt der Herr Finanzminister, daß dafür keine Mittel vorhanden sind. Von den Millionen, die die Steuerzahler für den Aufbau zahlen, wird kein Groschen diesem Zweck zugeführt. Während also hunderte Millionen, die den Arbeitern und Angestellten abgepreßt wurden, in Privatbetrieben investiert worden sind, ist für den Wohnbau, für die verstaatlichten Betriebe, für die Eisenbahnen nicht vorgesorgt. Aber gerade das ist die Frage der wirtschaftlichen Zukunft Österreichs. Das ist die Frage: Vollbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit, die Frage, ob die österreichische Wirtschaft der Hebung des Wohlstandes des eigenen Volkes, der Festigung unserer Unabhängigkeit dienen soll, oder ob sie dazu dienen soll, einer kleinen Schichte in- und ausländischer Kapitalisten höhere Profite zu verschaffen.

In der letzten Nationalratssitzung hat der Herr Abg. Böck-Greissau, also einer der Vertreter der Großindustrie, die Behauptung aufgestellt, Österreich hätte 20 Milliarden Schilling an amerikanischer Hilfe erhalten, wie er sagte, geschenkt erhalten. Damit soll in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, daß unermessliche Werte aus Amerika nach Österreich gekommen sind. Ich weiß nicht, woher der Herr Abgeordnete jene 20 Milliarden Schilling genommen hat. Aber wenn man die Angaben über alle amerikanischen Lieferungen so nimmt, wie sie veröffentlicht wurden, wenn man sie zusammenzählt, von den Überschußgütern bis zum Marshall-Plan, und die Dollarbeträge in Schillinge umrechnet und entsprechend aufwertet, dann kommt man immer noch auf eine viel, viel kleinere Summe.

Aber das ist ja nicht einmal die Frage. Die entscheidende Frage ist: Wo sind denn diese Milliarden? In wessen Taschen sind diese Milliarden geflossen? Das interessiert die Masse, und darüber schweigen sich Regierung und Unternehmer aus. Aber sehen wir die Dinge, wie sie wirklich sind! Während des zweiten Weltkrieges hat ein erprobter amerikanischer Reaktionär, der frühere Präsident Hoover, gefordert, daß Amerika seinen Überschuß dazu ausnützen soll, um in Europa neue Machtstellungen zu erobern. Der Marshall-Plan ist der Weg zur Verwirklichung dieses Programms. Heute erkennen schon breite Kreise auch in Österreich, daß der Marshall-Plan durchaus nicht ein Werk der Menschlichkeit Amerikas ist, daß die Amerikaner nicht aus christlicher Nächstenliebe, sondern aus kalter, kühler, geschäftsmäßiger Berechnung diesen Plan ausgearbeitet haben. Mit jedem Groschen, den die österreichische Hausfrau aus ihrem schmalen Geldbörsel für ein sogenanntes amerikanisches Geschenk bezahlen muß, mit jedem solchen Groschen trägt sie bei zu den Kosten des kalten Krieges. Denn jeder Groschen, der für Marshall-Waren eingeht, wird auf ein Sonderkonto der Amerikaner erlegt, die über diese Gelder ausschließlich nach den Gesichtspunkten der Strategie des kalten und des heißen Krieges verfügen.

Amerika hat die Abwertung des Schillings erzwungen, um noch größere Mengen schwer verdienten Geldes der österreichischen Bevölkerung unter seine Kontrolle zu bekommen. Und das ist einer der Wege, auf dem die amerikanischen Kapitalisten faktisch zu Beherrschern der gesamten österreichischen Wirtschaft werden.

Immer wieder haben wir in der Budgetdebatte gehört, daß dieser oder jener Minister Rücksprache mit dem Marshall-Kommissär King genommen hat. Bei der ersten Lesung

dieses Gesetzentwurfes habe ich das Wirtschaftsprogramm 1950/52 zitiert, das mit den Unterschriften des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers Dr. Kolb an den Marshall-Plan-Kommissär übergeben wurde. Mit keinem Wort ist bestritten worden, daß dieses Programm der bewußten Steigerung der Arbeitslosigkeit, der völligen Auslieferung Österreichs an Amerika wirklich von Ministern der Koalitionsregierung aufgestellt worden ist. Und das kann auch nicht bestritten werden. Jeder Schritt der Koalitionsregierung bestätigt immer wieder ihre Entschlossenheit, die Wirtschaft Österreichs voll und ganz dem amerikanischen Absichten zu unterwerfen.

Sehen wir uns doch nur jenes Gebiet an, auf dem die stärksten, die einzig bedeutenden Investitionen gemacht worden sind: den Ausbau der österreichischen Wasserkräfte! An das entscheidende Industriegebiet Österreichs, das Wiener Becken und das niederösterreichische Industriegebiet, hat man offenbar nicht gedacht und denkt man auch weiter nicht. Ausgebaut wird das, was am leichtesten an Deutschland angeschlossen werden kann und am besten den politischen und strategischen Plänen der Amerikaner dient. Ich erinnere hier wieder an das Wirtschaftsprogramm 1950/52. Dort ist im Punkt 14 a vorgesehen, daß durch die Eingliederung in einen sogenannten großen europäischen Wirtschaftsraum Arbeitskräfte freigesetzt werden sollen, mit anderen Worten, die Arbeitslosigkeit in Österreich vergrößert werden soll.

So wie die Koalitionsregierung bei der Ausarbeitung ihres Wirtschaftsprogramms für die Jahre 1950/52 nicht von den Erfordernissen Österreichs und seines arbeitenden Volkes, sondern von der Einordnung in einen großen europäischen Wirtschaftsraum ausgegangen ist, so tut sie es auch in ihrer gesamten Politik. Wir haben in der letzten Zeit in der Regierungspresse laute und energische Proteste gegen die Feststellungen der angesehensten Londoner konservativen Zeitung „Times“ gelesen. Wir haben auch heute beim vorhergehenden Punkt der Tagesordnung solche Proteste gehört. Diese Zeitung hat nämlich über neue Anschlußbestrebungen in Österreich geschrieben. Im Chor erklärten die Blätter beider Regierungsparteien, daß selbstverständlich niemand an einen Anschluß an Deutschland denke. Die offenen großdeutschen Bekenntnisse der stillen Teilhaber der Koalition auf der äußersten Rechten dieses Hauses sind offenbar vergessen worden. Dabei kamen diese Bekenntnisse ja nicht nur aus dem Munde der Herren Stüber und Pfeifer, sondern gerade auch aus dem Munde jenes Dr. Kraus, dem der Sprecher der größeren Koalitionspartei in der vorigen Haussitzung solche Komplimente gemacht hat.

Wer die Unabhängigkeit unseres Landes will, der muß dafür eintreten, daß die gesamte Politik in Österreich von nichts anderem bestimmt wird als von den Interessen des österreichischen Volkes. Was tun aber die beiden Mehrheitsparteien des Nationalrates? Was tut die Regierung? Sie unterwerfen Österreich bedingungslos dem Plan, aus einem Bruchteil Europas ein wirtschaftliches Gebilde zu machen, dessen Kernstück die westdeutsche Schwerindustrie sein soll. Die Eingliederung in diesen sogenannten europäischen Wirtschaftsraum, das ist die Politik des Anschlusses an Westdeutschland, die Politik der Lahmlegung ganzer Industriezweige zugunsten der ausländischen Konkurrenten, die Politik der Verwandlung Österreichs in einen Lieferanten von Rohstoffen und vielleicht auch mancher Luxusartikel in die Länder des Westblocks, wo wir nie die Abnehmer für unsere entscheidenden Industrieprodukte hatten und sie auch nie haben werden. Der Plan, Österreichs Wirtschaft den Interessen der mit unserer Industrie konkurrierenden Staaten Europas zu unterwerfen, ist von der Koalitionsregierung ausdrücklich festgelegt worden. Aber es wäre viel zu viel Ehre für sie, wenn man behaupten wollte, sie sei der Verfasser dieses Planes gewesen. Die Regierung Figl-Schärf ist schon seit langer Zeit nichts anderes mehr als der einfache Befehlsübermittler, als das Sprachrohr der Schöpfer dieses Planes, die in Amerika sitzen.

Heute ist es klar, daß Amerika den Verzicht der westeuropäischen Regierungen auf einen der wesentlichsten Teile ihrer nationalen Souveränität für seine Kriegspläne gebraucht hat und braucht. Den Überschußgütern, den Marshall-Waren sind in Frankreich und in Italien schon jene Waren gefolgt, die Amerika ja wirklich liefern will, die Geschütze und die Panzerwagen und die Waffen, mit denen man die Untertanen des Marshall-Planes zu Söldnern einer amerikanischen Stoßtruppe in Europa machen will. Amerikanische Generäle und Senatoren haben öffentlich erklärt, daß sich die Amerikaner keine Sorge wegen eines kommenden Krieges zu machen brauchen: Blut müßten sie keines vergießen, dazu seien ja die Europäer da, die „Eingeborenen“, wie sie in den internen Dokumenten der amerikanischen Besatzungsmacht immer wieder bezeichnet werden. Die Marshall-Lieferungen, das ist der Kaufpreis, den die amerikanischen Imperialisten für das europäische Kanonenfutter zu zahlen bereit waren, und die Marshall-Regierungen, sie verkaufen ihre Untertanen wie jener Kurfürst von Hessen, den die Geschichte dafür mit Schmach und Schande bedeckt hat.

So sehr auch die beiden Koalitionsparteien immer wieder beteuern, daß sie für ein Fern-

halten Österreichs aus den internationalen Auseinandersetzungen eintreten, es wird ihnen nichts helfen, denn die Tatsachen sind hartnäckiger, sie beweisen, daß sowohl die ÖVP als auch die SPÖ zu jener Verschwörung gegen den Frieden gehören, deren Verkörperung der Atlantikpakt und Churchills Europa-Union sind. Beide Koalitionsparteien haben sich ausschließlich bereit erklärt, Österreich zu einem Bollwerk des kapitalistischen Westens zu machen, und das vorliegende Budget ist ein neuer Beweis dafür, daß sie diesen Plan auch in die Praxis umsetzen. (*Zwischenruhe.*)

Wir halten diese Politik der Unterordnung Österreichs unter die amerikanischen Pläne für unvereinbar mit der Unabhängigkeit Österreichs und sehen in der einseitigen Bindung der Regierungskoalition an die Westeuropäerpläne Amerikas das größte Hindernis gegen das Zustandekommen des Staatsvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen.

Das Wesen des kalten Krieges besteht darin, daß die Völker nicht zur Ruhe kommen sollen, daß sie in ständiger Furcht leben sollen, und dieser kalte Krieg wird auch im österreichischen Volk von den Amerikanern und ihren Beauftragten mit allen Mitteln geführt, und er versetzt unser friedliebendes Volk in eine ständige Unruhe. Aber dieser kalte Krieg, er kostet Geld, viel Geld, und dieses Geld kommt nicht aus den Taschen der Kanonenkönige Amerikas, es kommt aus den Taschen der arbeitenden Menschen jener Länder, die sich dem amerikanischen Diktat unterworfen haben. Mit jedem Groschen, den wir für diese sogenannten Marshall-Geschenke bezahlen, finanzieren wir selbst diesen kalten Krieg und festigen wir die Ketten, die man uns auferlegt.

Es bleibt aber nicht bei den materiellen Opfern dieser verderblichen Politik. Die jungen Menschen unseres Landes sollen wieder Soldaten werden. Nicht nur Kasernen werden in fieberhafter Eile gebaut, auch die Schulung der Kader für ein amerikanisch gelenktes Bundesheer geht in raschem Tempo vor sich. In den westlichen Ländern werden die Gendarmen ihrer unmittelbaren Aufgabe, dem Sicherheitsdienst, entzogen und erhalten regelrechte militärische Gefechtsausbildung. Die künstliche Steigerung der Arbeitslosigkeit, auch sie soll den Widerstand der Bevölkerung gegen die Wehrmachtspläne der Regierung brechen.

Ein wesentlicher Teil der gesamten amerikanischen Politik in Europa ist der Kampf gegen alle jene Kräfte, die sich ihren Kriegsplänen entgegenstellen und widersetzen, vor allem gegen die Arbeiterklasse. Das sehen wir in Frankreich und in Italien mit besonderer



Deutlichkeit, denn dort haben die amerikanischen Kriegshetzer mit dem militärischen Teil ihres Planes bereits offen begonnen, und zwar unter der alten Goebbels-Losung des Antikommunismus, die ja auch die Mehrheit dieses Hauses, den VdU eingeschlossen, auf ihr Banner geschrieben hat. Nach dieser Losung soll die Arbeiterklasse entrechtet und eingeschüchtert werden. Millionen Dollar werden darauf aufgewendet, um Spaltorganisationen gegen die einheitlichen Gewerkschaften in diesen Marshall-Ländern aufzuziehen. Der Vatikan tritt auf den Plan und die Comisco mit ihrem ehemals österreichischen Sekretär Braunthal will und kann ebenfalls nicht zurückstehen, wenn zum Kreuzzug gegen den Kommunismus aufgerufen wird.

Wir fürchten uns nicht vor diesem hysterischen Geheul der Wortführer (*Zwischenrufe*) der sterbenden Welt des Kapitalismus. Wir kennen die traurigen Helden, die die Wortführer des Kreuzzuges gegen die größte Macht des Friedens sind, nur zu gut. Aber wir wollen es doch auch hier klar und deutlich sagen: Auf dem europäischen Festland gibt es eine einzige Großmacht, die den Frieden will und die für den Frieden kämpft, eine einzige Großmacht, ohne die keine der Schicksalsfragen in Europa entschieden werden kann, und das ist die Sowjetunion, die Großmacht des Friedens und des Sozialismus. (*Zwischenrufe.*) Und ob es den Herren in diesem Saale und anderswo paßt oder nicht: die Sowjetunion ist die stärkste Garantie des Friedens und damit auch die stärkste Garantie für ein wirklich unabhängiges Österreich. (*Neuerliche Zwischenrufe.*)

Der Herr Bundesminister Gruber hat den Ausdruck geprägt, daß in Österreich zwei Ideologien Besatzungsrecht ausüben; er hat nur vergessen hinzuzufügen, daß er so wie die ganze Bundesregierung sich seit langem und eindeutig zu einer dieser Ideologien, und zwar zur Ideologie des Kapitalismus, zur Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung durch eine kleine Gruppe von Reichen bekannt haben.

Es gibt keinen einzigen Punkt in diesem Budget, an Hand dessen man dies nicht beweisen könnte. Nehmen wir doch nur die Steuergrundsätze her! Während der Besitz nach dem Wert besteuert wird, den er vor zehn Jahren hatte, zahlt der Arbeiter und Angestellte von seinem Einkommen Woche um Woche die volle Steuer. Während die sogenannte Aufbauanleihe und das Investitionsbegünstigungsgesetz den Besitzenden Millionen an Steuern schenken, muß der kleine Mann bis zum letzten Groschen bezahlen. Während der kleine Mann durch die verschiedenen Währungsmanipulationen

um seine ganzen Ersparnisse gebracht wurde, ist die Vermögensabgabe eine lächerliche Farce geblieben. Aber das ist noch lange nicht alles. (*Ruf: Reden wir einmal von der USA!*) Heute sind bereits starke Kräfte am Werk, und sie bilden die Mehrheit in diesem Hause, die den Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen von der Durchbrechung des Mieterschutzes abhängig machen wollen. Nicht durch den Wohnungsbau, sondern durch eine maßlose Verteuerung der Mietzinse soll den Obdachlosen, den Ausgebombten und den jungen Menschen, die eine Familie gründen wollen, das Maul gestopft werden und soll die Hausherrnrente gesteigert werden.

Der wirtschaftliche Druck auf den arbeitenden Menschen gehört mit zur Marshall-Politik. Er ist ein Teil der Marshall-Politik, aber er ist nur eine ihrer Seiten. Überall, wo die sogenannte Westblockpolitik betrieben wird, geht mit den Angriffen auf die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen die Förderung der Kräfte der äußersten Reaktion Hand in Hand.

Wie in Westdeutschland zum Beispiel die Wirtschaftsdictatoren der Hitlerzeit wieder in Amt und Würden sind und die Helfershelfer Hitlers, wie Schacht und Halder, wieder Vertrauensstellungen einnehmen, so soll es wohl auch in Österreich sein. Es ist doch kein Zufall, daß einem Verbrecher, wie Guido Schmidt, zehntausende Schillinge ausbezahlt werden, während man bei den Staatsangestellten um jeden Groschen handelt. Es ist kein Zufall, daß die fünfzehn Vertreter des Neofaschismus hier in diesem Hause sitzen dürfen, denn das ist das Ergebnis der verderblichen Politik, die von Amerika her gelenkt wird. Wer sich zum Westblock bekennt, öffnet damit eben auch der schwärzesten Reaktion die Tore. Durch dieses Tor sind nicht nur die fünfzehn offenen Vertreter der braunen Vergangenheit hier eingezogen, sondern auch jene, die es vorgezogen haben, auf den Bänken der ÖVP Platz zu nehmen, wie zum Beispiel Ritterkreuzträger Strachwitz, der Graf Stürgkh und ihresgleichen.

In der vorigen Sitzung des Hauses ist von den Vertretern der Regierungsparteien versucht worden, den VdU sozusagen hoffähig zu machen, einen Trennungsstrich zwischen dem Hitler-Dichter Stüber, dem Hitler-Professor Pfeifer und dem Rest der äußersten Rechten zu ziehen. Insbesondere der Nationalrat Frisch hat versucht, den stillen Koalitionspartner hoffähig zu machen. Das ist aber ein vergebliches Beginnen. Das braune Wesen des VdU kann doch durch nichts mehr verhüllt werden, seine Träger sind nicht nur die beiden unvorsichtigen Männer, die gesagt

haben, was sie wirklich denken, sondern auch die übrigen Vertreter der Nazi-Partei, so sehr sie sich auch gegen diesen Namen wehren, so sehr sie sich auch zu tarnen suchen. *(Zwischenrufe.)*

Mein Freund Ernst Fischer hat bereits in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen, daß es vor allem der Innenminister Helmer gewesen ist, der den fünfzehn Mann der äußersten Rechten geholfen hat, ihre Tätigkeit offen zu entfalten, der ihnen die Möglichkeit bot, Nationalräte zu werden. Es ist aber nicht allein seine Schuld, sondern die Schuld der gesamten Regierungskoalition, die mit ihrer Politik der Förderung der kapitalistischen Ausbeutung und ihrer panischen Angst vor jedem Fortschritt den Nazigeist nicht nur nicht überwunden hat, sondern diesen Nazigeist ständig wachhält.

Das vorliegende Budget soll der Stärkung der kapitalistischen Ausbeutung, der weiteren Verelendung der arbeitenden Massen, den Plänen des kalten Krieges dienen. Es ist damit ein Teil jener Pläne, die gegen die Interessen des österreichischen Volkes gerichtet sind, und deshalb lehnt der Linksblock dieses Budget ab.

*(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Abg. Böhm: Hohes Haus! Der Herr Abg. Koplenig war der Meinung, daß das vorliegende Budget als Spiegel der Gesinnung dieses Hauses zu gelten hätte. Er hat sich mit dieser seiner Meinung, wenn ich nicht irre, auf einen Ausspruch eines Ministers berufen. Ich bin der Meinung, daß das Budget viel eher denn als ein Spiegel der Gesinnung als ein Spiegel unserer politischen, unserer wirtschaftlichen und unserer sozialen Verhältnisse gelten könnte. Diese Verhältnisse spiegeln sich zweifellos in unserem Budget. Wir brauchen uns nur die einzelnen Ziffern desselben anzusehen, um zu finden, daß unsere sozialen Verhältnisse deutlich wiedergegeben werden durch die Ansätze, die im sozialen Budget vorhanden sind. Die 1.600 Millionen Schilling, die für soziale Fürsorge aufgewendet werden, geben ein klares Bild von der ungeheuren Not, in der hunderttausende österreichische Staatsbürger schmachten, eine Not, die zum großen Teil durch den Krieg und seine Folgen verursacht worden ist. Wir sehen freilich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse wiedergegeben, vor allem in dem Umstand, daß, gemessen an den Bedürfnissen, die wir hätten, die fruchtbringenden Investitionen viel zu gering angesetzt sind. Und auch die politischen Verhältnisse können wir in ihren Auswirkungen im Budget beobachten — auf diese komme ich aber vielleicht später zu sprechen.

Bevor ich den Standpunkt der Sozialistischen Partei zu diesem Budget kennzeichne, möchte ich mich doch ein wenig mit den Behauptungen des Herrn Abg. Koplenig auseinandersetzen. Der Herr Koplenig wirft meinem Freund Olah vor, daß er in einer Sitzung des Budgetausschusses gesagt hätte, hohe Steuerleistungen seien noch immer besser als große Arbeitslosigkeit. Ich muß sagen, ein sonderbarer Arbeitervertreter, der einen solchen Anspruch einem anderen Arbeitervertreter vorwirft. Wir wissen ja alle: Aus nichts kommt nichts, und wenn wir die Arbeitslosigkeit beseitigen und die Vollbeschäftigung wiederherstellen und erhalten wollen, so wird das neben den Einnahmen aus dem Marshall-Plan einzig und allein aus den Erträgen unserer Steuern möglich sein. *(Abg. Scharf: Aber die Steuern haben bisher nicht geholfen!)* Ich komme auch darauf noch zu sprechen. Es besteht also die Notwendigkeit, Steuern einzuhoben, und zwar in großem Ausmaß, wenn wir verhindern wollen, daß wir wieder in jene katastrophale Arbeitslosigkeit zurück-sinken, die wir in den Dreißigerjahren kennengelernt haben.

Herr Koplenig meint auch, das Budget entspreche nicht den Bedürfnissen der breiten Masse unserer Bevölkerung. Ich bin so ehrlich und sage: Es entspricht nicht in seiner Gänze den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen, aber es entspricht zum großen Teil ihren Bedürfnissen. Hier kommen eben die politischen Verhältnisse zum Ausdruck. Die Sozialistische Partei konnte sich mit ihren Wünschen auch im Budget nicht hundertprozentig durchsetzen, aber sie hat sich dort durchgesetzt, wo es am notwendigsten gewesen ist. Sie hat sich durchgesetzt bei der sozialen Fürsorge, sie hat sich durchgesetzt, zum Teil wenigstens, bei den Aufwendungen für Investitionen und anderes mehr, und sie wird sich durchsetzen bei den Bedürfnissen unserer öffentlich Angestellten. Gewiß können wir nicht leugnen, wir sind nicht allein maßgebend in diesem Hause, und es hat die Volkspartei auch einen großen Teil ihrer Wünsche durchsetzen können, Wünsche, die nicht immer identisch sind mit den Wünschen der Sozialistischen Partei. Im großen und ganzen darf man wohl sagen, ist die Behauptung des Abg. Koplenig eine arge Übertreibung, wenn er sagt, daß dieses Budget den Wünschen der Massen nicht entsprechen würde.

Er hat auch eine Lanze für die öffentlich Angestellten gebrochen. Dazu möchte ich sagen: Wenn sich die öffentlich Angestellten auf die Hilfe der Kommunistischen Partei verlassen müßten, dann würden ihre Aussichten in aller Zukunft sehr schlecht stehen. *(Abg. Koplenig: Was sie von den Koalitions-*

parteien zu erwarten haben, hat man gesehen!) Glücklicherweise stehen aber hinter den öffentlich Angestellten auch die Sozialisten. Ich bin ehrlich genug, zuzugeben, daß auch der Arbeiter- und Angestelltenbund in der Volkspartei den ehrlichen Willen hat, den öffentlich Angestellten zu helfen. (*Abg. Koplenig: Die Regierung hat keinen Heller für sie!*) Die Kommunisten würden den öffentlich Angestellten doch nicht helfen. Sie haben andere Absichten. Sie würden die öffentlich Angestellten von Streik zu Streik hetzen, sie würden, wenn sie die Macht hätten, ähnliche Zustände in unserem Land herbeiführen, die wir in Frankreich und Italien sehen. (*Abg. Scharf: Wer herrscht denn dort?*) Dort herrschen, wenigstens in den Gewerkschaften, unbeschränkt die Kommunisten, und auch im Parlament verfügen die Kommunisten über eine ganz gewaltige Macht. Sie haben dort Streik um Streik, Lohnbewegung um Lohnbewegung entfesselt; sie haben es vermocht, die Wirtschaft der beiden Länder völlig in Verwirrung zu bringen. (*Abg. Scharf: Das ist der Marshall-Plan! — Gegenrufe bei den Sozialisten.*) Freilich, der Marshall-Plan! Ich komme auf ihn noch zurück. Aber Sie haben es nicht vermocht, den arbeitenden Menschen auch nur eine nennenswerte Hilfe zu bringen. (*Abg. Koplenig: Das überlassen Sie den französischen Arbeitern! Die lassen sich nicht so betrügen wie unsere Arbeiter!*) Nach den Eingeständnissen der kommunistischen Gewerkschaften selber ist die Lebenshaltung der dortigen Arbeiter in den letzten Jahren ständig herabgesunken, und dies trotz der Streiks, von denen einer den anderen abgelöst hat. (*Abg. Koplenig: Die französischen Arbeiter wissen es besser!*) Nun, der Eingeweihte weiß ja auch, daß es der kommunistischen Partei weder in Frankreich noch in Italien, noch in Österreich darum zu tun ist, die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen zu verbessern; das würde ja ihren Bestrebungen direkt zuwiderlaufen. Ihr ist es einzig und allein darum zu tun, die Massen nicht zur Ruhe kommen zu lassen und die wirtschaftliche Entwicklung der sogenannten Marshall-Länder zu hemmen und zu unterbinden. Was in Frankreich und Italien zum Teil gelingen konnte kraft der Tatsache, daß dort die kommunistischen Parteien viel stärker sind als in unserem Land, ist hier in Österreich ein aussichtsloses Beginnen. Hier werden sie nicht in die Lage kommen, die Früchte ihrer Arbeit zu pflücken.

Abg. Koplenig hat auch vom Wohnhausbau gesprochen. Zum Wohnhausbau gehört vor allem Geld. Er lehnt die Steuerleistungen ab und verlangt Wohnhausbau. Das erinnert mich daran, daß im engen Zusammenhang mit dieser Forderung der Kommunistischen Partei — die

Pole berühren sich mitunter — die Forderung steht, die der Herr Abg. Dr. Kraus vor einiger Zeit hier im Parlament erhoben hat: ein Budget zu erstellen, das unter keinen Umständen höher sein dürfe als 6 Milliarden Schilling; er hat sogar den Vorschlag gemacht, man solle sich durch eine Volksabstimmung auf ein solches Budget festlegen. Aber so wie Koplenig verlangt: Drosselung der Ausgaben und Wohnungsbau, geringe Steuern und Wohnungsbau! so hat auch der Herr Abg. Dr. Kraus die Forderung erhoben: nur 6 Milliarden Schilling Budget, aber umfassende Hilfe für die öffentlich Angestellten und Investitionen! (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Wir sagen bloß, wie man's machen muß!*) Ich bin neugierig darauf; Sie kommen ja, wie mir scheint, noch zum Wort. Ich bin jetzt schon neugierig, wie dieses Rezept ausfallen wird. Ich fürchte sehr, daß es an irgendeinem Ende ein Loch aufweisen wird, über das Sie nicht hinwegkommen können.

Der Verband der Unabhängigen hat auch die Forderung aufgestellt, man solle keinen regellosen Abbau der öffentlich Angestellten vornehmen, sondern man soll öffentlich Angestellte, die überflüssig sind, systematisch in die Industrie, in produktive Beschäftigung überführen. Ich möchte auch gerne hören, wie sich der Herr Dr. Kraus diesen Vorgang vorstellt. Augenblicklich haben wir, ohne einen solchen Abbau an öffentlich Angestellten vorgenommen zu haben, rund 200.000 beschäftigungslose Arbeiter und Angestellte in Österreich. Würde man in diesem Augenblick jetzt öffentlich Angestellte in die Industrie überführen, so würden die anderen um so länger arbeitslos bleiben müssen. Ich bitte Sie also auch hier, Herr Doktor, uns zu sagen, wie Sie sich diesen Plan vorstellen. Auch ich bin der Meinung, daß den öffentlich Angestellten geholfen werden muß; dafür werden die Sozialistische Partei und der Gewerkschaftsbund Sorge tragen, und ich hoffe, der Gewerkschaftsbund in seiner Gänze, auch mit der Fraktion der ÖVP und auch der KPÖ. Vielleicht kann sie sich einmal mit uns zusammensetzen und die Demagogie, wenigstens die hemmungslose, in die sie zeitweise verfällt, hier ausschalten und einen vernünftigen Plan mit uns ausarbeiten. (*Abg. Grete Rehor: Nach Fischer ist es unmöglich!*) Sie haben keine Hoffnung darauf! Viel Hoffnung habe ich auch nicht, das muß ich gestehen; aber es wäre schön, wenn man wenigstens im Gewerkschaftsbund einmal ohne Parteidemagogie der KPÖ nützliche Arbeit leisten könnte. So weit die Möglichkeit dazu besteht, wird den öffentlich Angestellten geholfen werden.

Ich bin ehrlich genug, um ihnen schon hier zu sagen, alle Hoffnungen werden nicht auf einmal erfüllt werden können. Man muß hier

die Mittel des Staates, die zum Teil erst gewonnen werden müssen, mit in Anschlag bringen, aber, was menschenmöglich ist, wird für die öffentlich Angestellten getan werden.

Ebenso verhält es sich mit dem Wohnhausbau. Wohnungen müssen gebaut werden. Wir müssen die beschädigten Häuser wieder herstellen, und zwar so rasch als möglich, und wir müssen dafür sorgen, daß neue Wohnhäuser gebaut werden, aus zwei Gründen. Es ist nicht mehr zu ertragen, daß allein in Wien viele Zehntausende von Familien obdachlos bleiben. Es muß dafür gesorgt werden, daß sie wenigstens in einem bescheidenen Heim untergebracht werden können. Aber es muß, das ist ja schon gesagt worden, auch alles getan werden, um so rasch als möglich die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und wieder die Vollbeschäftigung zu erreichen. Wir können uns den Luxus einer größeren Arbeitslosigkeit auf die Dauer aus politischen und aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten. Es ist vielleicht das größte Gebrechen des Budgetentwurfes, daß sowohl für die Bedeckung der Ansprüche der öffentlich Angestellten als auch für die Bedeckung der für den Wohnhausbau notwendigen Mittel nicht vorgesorgt werden konnte. Man wird so rasch als möglich diese Lücken schließen müssen.

Ich kann es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß diese Lücke ohne nennenswerte Belastung der Arbeiter und Angestellten wird geschlossen werden müssen. Die Mittel für die Hilfe an die öffentlich Angestellten werden zum Teil aus Ersparungen und zum Teilaus der Besteuerung des Luxus gedeckt werden müssen. Hier kann man die Arbeiter und Angestellten, die an und für sich schon so schwer mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten ringen, nicht im geringsten heranziehen. Was den Wohnbau betrifft, so möge der Herr Abg. Koplenig guten Mutes sein, es wird zu einer Wiederherstellung der Hausherrenrente — von einer Erhöhung kann nicht die Rede sein — nicht kommen, einfach aus dem Grunde, weil dieses verarmte, bis aufs Mark ausgesogene Volk es einfach nicht ertragen könnte, weitere Belastungen, die nicht unbedingt erforderlich sind, auf sich zu nehmen.

Der Herr Abg. Koplenig hat auch gesagt, daß Österreich ein armes Land ist. Er hat dies aber unter Fragezeichen gestellt. „Sind wir ein armes Land?“ hat er gefragt, die Produktion ist doch in der letzten Zeit so gestiegen! Er hat uns Beispiele dafür angeführt, daß in Einzelfällen die Produktion auf mehr als 100 Prozent gestiegen ist. Zu diesen Beispielen, Herr Abg. Koplenig, will ich nur sagen, Einzelfälle sind nicht entscheidend. Wir müssen uns das gesamte Bild

unserer Produktionsentwicklung vor Augen halten, und hier finden wir allerdings: Die Produktion ist gestiegen, sie beträgt im Monat Dezember 118 Prozent des Produktionsvolumens von 1937. Hätten wir diesen Erfolg mit der gleichen Beschäftigtenzahl wie im Jahre 1937 erzielt, so könnten wir wenigstens für den Augenblick damit zufrieden sein. Aber der Herr Abg. Koplenig hat wissentlich verschwiegen, daß dieses Produktionsergebnis von 118 Prozent gegenüber 1937 mit einer Beschäftigtenzahl erzielt worden ist, die im Dezember 1,900.000 Menschen gegenüber einer Beschäftigtenzahl von 1,200.000 im Jahre 1937 betragen hat.

Wenn wir diese beiden Zahlen auch nur einen Augenblick miteinander vergleichen, so kommen wir ganz zwangsläufig zu dem Ergebnis, daß wir mit den Erfolgen unserer Produktionssteigerung noch lange nicht zufrieden sein können, nicht aus dem Grunde, Abg. Koplenig, weil mir jene Kapitalisten leid tun, die behaupten, daß sie zu wenig Gewinn erzielen, sondern aus dem Grunde, weil wir eine viel weitergehende Produktionssteigerung brauchen, wenn das österreichische Volk in Zukunft leben will. Und leben wollen wir alle. Ich glaube sogar, daß das Koplenig nicht bestreiten wird.

Die Kriegsschäden sind behoben, die Investitionen sind fertiggestellt. Nun, das ist eine arge Übertreibung. Wie kann man denn behaupten, daß die Kriegsschäden behoben sind, wo jeder Schritt, den wir in Wien und auch anderswo gehen, uns die Spuren des Krieges vor Augen hält! Wir sind leider noch lange nicht so weit gekommen, behaupten zu können, daß wir die Kriegsschäden behoben hätten; leider auch noch nicht so weit, daß wir sagen könnten, die Investitionen sind soweit fortgeschritten, daß sie ein geordnetes Funktionieren unserer Wirtschaft für die Zukunft verbürgen.

Die Profite sind in vielen Fällen groß, das will ich gar nicht bestreiten. Die Profite der einzelnen Unternehmungen, insbesondere der Handelsunternehmungen, sind auch mir viel zu groß. Hier können wir schon ein Stück Weges miteinander gehen. Wenn die Kommunistische Partei sich mit uns anstrengen würde, den Kampf gegen den Preiswucher zu führen, anstatt uns unflätig zu beschimpfen, dann würde sie sich einmal ausnahmsweise wirklich in den Dienst der Arbeiter und Angestellten stellen. (*Zwischenrufe beim Linksblock.*) Aber darum ist es ja der Kommunistischen Partei nicht zu tun. Sie hat zwei Absichten mit ihrer Demagogie: die Massen der Arbeiter aufzuhetzen, und die andere, ihren Auftraggebern zu dienen, gleichgültig, worum es sich handle.

Der Herr Abg. Koplenig hat auch eine Behauptung aufgestellt, die ich hier in aller Bescheidenheit, aber auch mit allem Nachdruck, dessen ich fähig bin, als eine Niedertracht zurückweisen möchte: die Gewerkschafter haben die Arbeiter verraten! Wenn ein Mensch, der nichts gelernt hat, das irgendwo draußen in einer kommunistischen Versammlung sagt, so kann man mit Achselzucken darüber hinweggehen und braucht sich darum nicht weiter zu kümmern. Wenn aber der führende Abgeordnete einer Partei eine solche Behauptung aufstellt, so kann man das nicht anders als eine Niedertracht nennen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Die Kommunistische Partei, die allen Grund hätte, dort zu schweigen, wo es um die wirklichen Arbeiterinteressen geht (*Zwischenruf des Abg. Koplenig. — Gegenrufe des Abg. Dr. Pittermann. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*), sie verdächtigt durch ihren Wortführer die Gewerkschaften, denen es — und das möchte ich hier mit Stolz feststellen — zum großen Teil zu danken ist, daß dieser Staat wirtschaftlich überhaupt noch bestehen kann. Die Gewerkschaften, die das erste, das zweite, das dritte Preis- und Lohnübereinkommen getätigt haben, die führend an unserer Währungsreform teilgenommen haben, haben sich nicht nur große Verdienste um dieses Staatswesen erworben, sondern sie haben auch den Arbeitern und Angestellten ihren Arbeitsplatz gerettet. Wäre es nach dem Willen der Kommunistischen Partei gegangen, so wäre Österreich längst im Sumpf der Inflation zugrunde gegangen. (*Abg. Dr. Pittermann: Er bedauert es!*) Das weiß Koplenig genau so gut wie ich (*Zwischenruf des Abg. Koplenig*) und dennoch hat er die Kühnheit, die Gewerkschaften des Verrates an der Arbeiterschaft zu zeihen. Wenn jemand Arbeiterinteressen verraten hat, zugunsten anderer Faktoren, so ist das die Kommunistische Partei. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Koplenig: Wir werden diese Lüge noch festnageln im Protokoll!*)

Der Herr Abg. Koplenig hat auch den „Österreichischen Volkswirt“ zitiert und behauptet (*andauernde Zwischenrufe des Abg. Koplenig. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*), daß der „Volkswirt“ gesagt hätte, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter bewußt gesenkt worden seien (*Abg. Koplenig: Das steht in der Zeitung!*). Ich weiß nicht, wer diesen Artikel geschrieben hat, aber ich kann mir schon vorstellen, daß mitunter auch in einer sonst ernst zu nehmenden Zeitschrift ein Dilettant eine Abhandlung schreibt, wie dies auch anderswo der Fall ist.

Wir haben unseren Arbeitern und Angestellten bei Abschluß der Preis- und Lohnübereinkommen nie verhehlt, worum es sich

handelt. Wir wissen, daß wir im ersten Preis- und Lohnübereinkommen gerade knapp durchgekommen sind; wir wissen, daß wir im zweiten eine bescheidene Lohnerhöhung durchgesetzt haben, und wir haben den Arbeitern auch niemals verhehlt, daß das dritte Preis- und Lohnübereinkommen einige Opfer von ihnen gefordert hat, einige Opfer deshalb, weil man eben ein Milliardendefizit im Staatshaushalt nicht mit Lohnerhöhungen ausgleichen kann. Hier haben alle Kreise des österreichischen Volkes Opfer bringen müssen; wir konnten sie auch den Arbeitern und Angestellten nicht ganz ersparen. Wir haben ihnen aber dafür die Verwirklichung einer Forderung gebracht, die jahrzehntelang auf dem Programm der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaften gestanden ist, die Verwirklichung der Forderung nach Einführung einer Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung.

Freilich sagen die Kommunisten, was bedeutet das schon, die Renten sind ja viel zu klein, viel zu gering. Wir wissen es auch, daß diese Renten sehr gering sind, und wir wären glücklich, wenn wir dafür sorgen könnten, daß diese Renten erhöht werden. Aber dann hätten wir kein Budget mit annähernd 10 Milliarden, sondern dann hätten wir, Herr Abg. Dr. Kraus, wahrscheinlich eines mit 12 oder 14 Milliarden und das ginge über die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft hinaus. Aber ich stehe nicht an, zu erklären: in dem Maße, in dem sich die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes bessern werden, in dem Maße, in dem die Produktion steigt und höhere Erträge abwirft, werden wir nicht nur dafür sorgen, daß die Arbeiter und Angestellten zu ihrem Recht kommen, sondern wir werden dann auch die Ärmsten der Armen, die Alters- und Invalidenrentner, nicht vergessen einschließlich ihrer Witwen und Waisen.

Die Zahl von 200.000 Arbeitslosen, die der Abg. Koplenig auch erwähnt hat, besteht leider fast noch unverändert fort. Eine kleine Senkung ist mit Ende des vergangenen Monats eingetreten, sie beträgt rund 8000 Menschen. Aber ich leugne nicht: die Zahl der Arbeitslosen ist viel zu hoch; es wird alles getan werden müssen, um sie rasch herunterzubringen. Übrigens ist es kein Geheimnis, das muß auch die Kommunistische Partei wissen, daß sich die Regierung und der Gewerkschaftsbund in der letzten Zeit zu wiederholten Malen bemüht haben, von der Marshall-Hilfe Mittel zu bekommen, um so rasch wie möglich den Wohnungsbau beginnen zu können, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Koplenig ist aber ein Gegner der Marshall-Hilfe — sollen wir also den Amerikanern sagen, wir nehmen nicht das Geld, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, um Wohnungen, um Wasserwerke zu bauen?

(*Abg. Koplenig: Wegen der Marshall-Politik haben wir ja 200.000 Arbeitslose!*) Ach so, wegen der Marshall-Politik! (*Abg. Dr. Pittermann: Ohne Marshall-Hilfe gäbe es also keine!*) Das ist auch eine Logik! Aus der Marshall-Hilfe haben wir die Mittel bekommen, um unsere Wasserwerke auszubauen. Wir bekommen die Mittel, um Wohnungen zu bauen, wir haben die Mittel bekommen, um Investitionen nicht nur in den verstaatlichten Betrieben, sondern auch in Privatbetrieben durchführen zu können, wir haben die Mittel bekommen, um unsere Eisenbahnen, um unser Post- und Telegraphenwesen wenigstens notdürftig wieder instandsetzen zu können. (*Abg. Koplenig: Und dabei haben wir 200.000 Arbeitslose!*) Wir haben die Mittel bekommen, um aus dem Auslande Lebensmittel, Kohle und andere Rohstoffe kaufen zu können (*Abg. Koplenig: Und dabei sind die Preise in die Höhe gegangen!*), und nun kommt der Herr Abg. Koplenig und sagt: Eben weil wir die Marshall-Hilfe haben, haben wir 200.000 Arbeitslose! (*Abg. Koplenig: Warum sind die Preise so gestiegen?*) Warum die Preise so gestiegen sind? Weil der Wert unseres Schillings erst in dem Augenblick gehalten werden konnte, in dem unsere Produktion eine gewisse Höhe erreicht hat. (*Abg. Koplenig: Wer hat den Schilling abgewertet?*) Aber darüber streiten wir nicht, das wissen wir beide selber, aber vielleicht hätte Koplenig recht, wenn er sagen würde, wir haben 200.000 Arbeitslose trotz der Marshall-Hilfe! Hätten wir die Marshall-Hilfe nicht (*Ruf: Dann hätten wir die Zwangswirtschaft!*), dann würde die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich 600.000 oder 700.000 betragen. (*Andauernde Zwischenrufe des Abg. Koplenig.*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte den Herrn Abg. Koplenig, sich einige Mäßigung aufzuerlegen.

**Abg. Böhm** (*fortsetzend*): Der Abg. Koplenig fragt auch, wo die Milliarden sind, die wir aus dem Marshall-Plan erhalten haben. Ich habe schon gesagt: Sie stecken in unseren Wasserwerken, in den Investitionen unserer Industrie, sie werden in unseren Wohnhäusern stecken, sie stecken in unseren Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Ich glaube nicht, daß ich dem Herrn Abg. Koplenig ein Geheimnis verrate, wenn ich sage: Hätten wir die Marshall-Hilfe nicht, so würden wir wahrscheinlich heute noch bei einem Lebensstandard von 1.500 Kalorien halten (*Rufe bei der SPÖ: Bei den Erbsen!*), und ich möchte hören, was uns Koplenig dann erzählen würde. Die Marshall-Hilfe hat es uns erst ermöglicht, so weit zu kommen, daß wir uns mit eigener Arbeit forthelfen können. (*Zwischenrufe beim*

*Linksblock. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Aber wenn dem Herrn Abg. Koplenig die Marshall-Hilfe deswegen so unangenehm ist, weil sie aus Amerika kommt, so verrate ich ihm — ich habe das schon bei anderer Gelegenheit gesagt und bin mir der Zustimmung des Hauses sicher —: wir kaprizieren uns nicht allein auf die Marshall-Hilfe aus Amerika, wir nehmen die Hilfe von überall, woher sie uns geboten wird! (*Abg. Dr. Pittermann: Sie kostet uns auch genug, die Hilfe!*) Angeblich soll es den Staaten der neuen Volksdemokratie so gut gehen. Wir nähmen gerne Hilfe aus der Tschechoslowakei, aus Polen, aus Bulgarien oder aus Rumänien (*Abg. Koplenig: Deswegen ist ja das Fleisch billiger geworden, weil es jetzt von dort gekommen ist! — Ruf bei den Sozialisten: Wir zahlen es ja mit den Dollars, die uns die Amerikaner geben!*), ja wir nähmen die Hilfe sogar aus Rußland. (*Zwischenrufe.*)

Koplenig meint, Amerika gebe uns die Hilfe nur aus Berechnung. Ich gebe ihm hier vollkommen recht; ich glaube auch, die Amerikaner geben uns die Hilfe nicht unserer schönen Gesichter wegen, sie haben selber so schöne Gesichter wie wir. Es ist Berechnung, daß man uns diese Hilfe gibt, eine einfache Berechnung: Wenn man Europa nicht hilft, dann ginge es in den Wirren, die ein sozialer Zusammenbruch mit sich brächte, wirtschaftlich zugrunde; diese Wirren könnten dann unter Umständen dazu führen, daß ganz Europa sich in seiner Verzweiflung dem Kommunismus als Beute hinwirft. Das ist die Gedankenwelt der Amerikaner. Ob sie recht haben oder nicht, lasse ich dahingestellt sein. Aber wenn ich die Wahl habe zwischen Volksdemokratie und Marshall-Hilfe, dann sage ich: mir ist die Marshall-Hilfe lieber! (*Abg. Koplenig: Sagen Sie nur: der Kapitalismus! Warum das Kind nicht beim Namen nennen?*)

Koplenig meint: Die Wasserkraftwerke bauen wir nur im Westen. Wir werden sie gerne auch im Osten bauen, wenn wir die notwendigen Mittel dazu haben, aber Wasser muß natürlich auch vorhanden sein! (*Abg. Koplenig: Die Hilfe wird Euch noch teuer zu stehen kommen!*) Er meint weiter: Die ÖVP und die SPÖ — es ist dies wieder eine Lüge infamster Art — sind Verschwörer gegen den Frieden. Würde ich den Abg. Koplenig nicht kennen, müßte ich sagen, er ist verrückt geworden. Solche Behauptungen aufzustellen, die der Wahrheit direkt ins Gesicht schlagen, die man mit nichts, auch nicht mit dem leisesten Schein stützen kann, bringt nur der Abg. Koplenig zustande! (*Abg. Grete Rehor: Und der Fischer!*) Der Fischer auch? (*Heiterkeit bei der SPÖ und ÖVP.*)

Ich bin fest überzeugt, daß es in unserem Lande keine zwei Dutzend Menschen gibt, die einen Krieg wollen. Daß die Sozialistische Partei hoch erhaben ist über den Verdacht, Kriegstreiberei zu betreiben, und daß das gleiche von der Volkspartei gilt, steht doch außer jedem Zweifel fest. Es genügt hier festzustellen, daß eine solche Verdächtigung an Irrsinn grenzt. Wenn es irgendwo Kriegstreiber geben sollte (*Abg. Koplenig: Was ist mit dem Braunthal?*), so müßte man sie doch eher bei Euch suchen. Aber ich mute das auch Euch nicht zu. Ich glaube, auch Ihr seid Euch darüber im klaren, daß ein Krieg in der jetzigen Situation das Ende der Zivilisation mit sich bringen würde. Daß es einen Menschen gibt auf der Welt, der solche Wünsche hat ... (*Ruf beim Linksblock: Solche Menschen gibt's schon!*) Ichweigere mich das zu glauben! (*Abg. Ernst Fischer: Dann fragen Sie beim VdU an! — Zwischenrufe beim KdU.*) Nein, ich glaube das auch vom VdU nicht.

Dann wird der Herr Abg. Koplenig aber wieder heiter. Er sagt, wir machen Anstalten dazu, Soldaten auszubilden, und das sei ein fürchterliches Verbrechen. Ich weiß das noch gar nicht; er muß besser informiert sein als ich. Aber nach seiner Behauptung will man in Österreich wieder Soldaten ausbilden. Er meint, das ist der Beweis, daß wir Kriegstreiber sind, weil man Soldaten ausbildet. Was bildet man denn in den Ländern der Volksdemokratie aus? Nicht nur Soldaten sondern auch Soldatinnen. (*Heiterkeit.*) Dort ist man schon so weit gekommen, auch Frauen zum Kriegsdienst heranzuziehen. Wir aber wären froh, wenn es uns gelungen wäre, unsere Polizei und Gendarmerie mit brauchbaren Gewehren auszurüsten, damit sich die Polizisten und Gendarmen auch gegen einen Räuber zur Wehr setzen können. Uns beschuldigt man der Kriegstreiberei, und uns sagt man nach, daß wir Soldaten ausbilden. Für die Volksdemokratien hat man keine Kritik zur Hand, es ist selbstverständlich, daß diese ihre Armeen aufstellen. (*Abg. Dr. Pittermann: Das sind ja Friedensengel und keine Soldaten!*) Ja, ja!

Und zum Schluß versichert uns der Herr Abg. Koplenig, die KPÖ fürchte sich trotz alledem nicht. Eine mutige Partei, muß ich sagen! (*Heiterkeit.*) Sie fürchten sich nicht, obwohl wir anfangen, Soldaten auszubilden. Na, ich muß schon sagen, Ihr habt auch wirklich keine Ursache, Euch zu fürchten. Ihr lebt doch in einem demokratischen Land, in einem Land, in dem Recht und Gerechtigkeit herrscht (*Abg. Koplenig: Wo man Sekretäre hinausschmeißt! — Abg. Probst: Was geschieht mit Euren Sekretären?*), in einem Lande, dessen Freiheiten Ihr zur hemmungslosen Propaganda gegen die Demokratie mißbraucht!

Fürchten braucht Ihr Euch nicht. Aber Ihr gestattet schon, daß auch wir uns nicht fürchten, wenn auch aus anderen Gründen.

Dann sagte der Herr Abg. Koplenig noch, die einzige Großmacht, die den Frieden will, sei Rußland und sonst keine andere Macht. Und darauf will ich in aller Ruhe sagen: Ich glaube im Ernst, daß Rußland den Frieden will, denn ich glaube, es gibt keine Großmacht auf der Welt, die den Frieden nicht will. (*Abg. Fischer: Was war mit dem Forrestal, mit dem irrsinnigen amerikanischen Kriegsminister?*) Ja, hie und da kann ein Mensch irrsinnig werden (*Heiterkeit*) — ich habe sogar vorhin einen Augenblick lang geglaubt, der Herr Abg. Koplenig sei es auch schon (*lebhaft Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ*) — aber das sagt doch nichts gegen ein ganzes Land. Ich wiederhole ganz im Ernst: Ich glaube nicht daran, daß es eine Großmacht auf der Welt gibt, die einen Krieg herbeiführen will. Das Wettrüsten hüben und drüben ist nur diktiert von Mißtrauen gegen einander, und es wäre eine wahre Friedenstat, der sich alle Friedenskomitees unterziehen könnten, wenn man versuchen würde, hüben und drüben dieses Mißtrauen abzubauen. (*Abg. Ernst Fischer: Das haben wir versucht!*) Ja, das wäre eine wirkliche Friedenstat. Ich würde es Euch hoch anrechnen, wenn Ihr, anstatt uns zu verdächtigen, daß wir Kriegstreiber seien, das Mißtrauen abbauen würdet. (*Abg. Honner: Dann darf der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes diese Friedenskomitees in ihrer wichtigen Arbeit nicht hindern! — Heiterkeit.*) Diese Friedenskomitees haben bisher einem anderen Zweck gedient; sie haben sich Friedenskomitees genannt, sind aber in Wirklichkeit Aktionskomitees zur Entfesselung von wilden Streiks gewesen. Da werden Sie uns doch erlauben, einiges Mißtrauen zu haben, und das werden mir auch die Herren Abgeordneten der Kommunistischen Partei zugestehen müssen. (*Abg. Honner: Mir kommt vor, es steht der Abg. Raab am Rednerpult! — Ruf bei der SPÖ: Schlecht sehen tut er auch schon! — Heiterkeit.*) So, so! Der Raab will vielleicht noch mehr den Frieden haben als ich.

Nun, fürchten Sie nicht, daß ich noch lange reden werde. Ich komme zu Ende, ich möchte nur noch einige Worte zum Budget selber sagen. Ich habe schon gesagt, daß wir selber mit dem Budget nicht ganz zufrieden sind. Es sind schon einige Ansätze drin, die mich bedenklich stimmen. Ich habe mir, soweit ich Zeit hatte, die einzelnen Summen der Budgetposten durchgesehen und wäre auf die Steuerleistungen der Landwirtschaft neugierig gewesen. Ich habe allerdings nichts herauskriegen können — ich weiß nicht, ob mein



Freund Strommer zugegen ist (*Ruf bei der ÖVP: Ich werde es ihm sagen!*) —; ich konnte nicht herauskriegen, wie hoch die Einkommensteuer bei der Landwirtschaft bemessen ist. Das ist aus den Aufzeichnungen nicht zu ersehen, denn nur die Einkommensteuer und die Lohnsteuer sind gesondert ausgewiesen. Hier muß ich freilich mit Befriedigung feststellen, daß sich das Mißverhältnis zwischen Einkommensteuer und Lohnsteuer aus dem vorjährigen Budget doch einigermaßen zugunsten der Arbeiter und Angestellten verschoben hat. Während die Lohnsteuer im vorjährigen Budget in ihrem Gesamtergebnis mit einem höheren Ertrag veranschlagt war als die gesamte Einkommensteuer, hat sich dies im heurigen Jahr wesentlich geändert; die Einkommensteuer beträgt nunmehr 1300 Millionen Schilling, während die Lohnsteuer mit 700 Millionen Schilling veranschlagt ist. Diesen Umstand nehme ich mit Befriedigung zur Kenntnis. Das war eine gewiß notwendige Korrektur, aber wie gesagt, ich hätte gerne auch gesehen, wie hoch die Steuerleistung der Landwirtschaft ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Das sagt der Mayerhofer nicht einmal dem Raab! — Heiterkeit.*)

Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß ich auf die Steuern der kleinen und mittleren Bauern oder auf die der Gebirgsbauern neugierig gewesen wäre, von denen ich ja weiß, daß sie arme, geplagte Menschen sind, denen man eine Steuererhöhung, selbst wenn sie noch so minimal wäre, ersparen soll. Aber mir sind die Großbauern und die Großgrundbesitzer vorgeschwebt. (*Abg. Ernst Fischer: Vielleicht kann der Graf Stürgkh antworten!*) Wenn ich an Großbauern denke, so steht mir immer das Bild des behäbigen Nationalrates Strommer vor Augen, und da habe ich mir gedacht, ein bißchen mehr könnte der Strommer schon zahlen. Ich habe aber nichts gefunden. Vielleicht ist der Herr Finanzminister so gütig und klärt uns bei Gelegenheit noch darüber auf, wie hoch der Betrag der Steuern ist, der von der gesamten Landwirtschaft entrichtet wird. Da auch ein Betrag von 313 Millionen Schilling ausgewiesen ist, der als Zuwendung für die Landwirtschaft gedacht ist, wäre es doch interessant zu wissen, welcher Betrag höher ist, die Zuwendung an die Landwirtschaft oder die Steuern, die sie entrichtet. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Minister, wenn Sie uns da einige Worte sagen könnten. (*Abg. Leopold Fischer: Da werden wir Ihnen die richtige Antwort geben! — Abg. Scheibenreif: Sie werden noch darauf kommen, daß die Landwirtschaft mehr zahlt als jeder andere!*) Das wird mich freuen, ich lasse mich gerne aufklären. Ich habe weiter nichts behauptet, alles war bloß in die Form einer Anfrage gekleidet.

Erfreulich ist, das will ich ganz offen bekennen, das Kapitel „Soziale Verwaltung“. Der Betrag von 1·6 Milliarden Schilling ist eine ganz gewaltige Leistung des österreichischen Staates, die freilich zum großen Teil für unsere Kriegsoffer erbracht werden muß, ein Beweis dafür, wie sehr wir noch an den Folgen des Krieges zu leiden haben. Der zweite Teil, der in Betracht kommt, ist als Beitrag für die Sozialinstitute gedacht. Wenn wir den Betrag von 1·6 Milliarden Schilling nehmen und uns vergegenwärtigen, daß ungefähr derselbe Betrag, also wieder 1·6 Milliarden oder 1·7 Milliarden — ich habe das nicht so genau im Kopf — von den Sozialinstituten selber aufgewendet wird, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß weit mehr als 3 Milliarden Schilling in unserem Lande für soziale Verwaltung und Fürsorge verausgabt werden. Dazu darf ich sagen, daß unser Land gewiß mit Recht als eines der sozialsten Länder der Welt bezeichnet werden darf, und das erfüllt mich schon mit einiger Befriedigung, wobei ich freilich auch nicht vergessen will, daß die Einzelleistungen an die Kriegsinvaliden, an die alten Arbeiter oder Angestellten, an die Witwen und Waisen noch immer sehr, sehr gering sind und dringend einer Erhöhung bedürfen würden. Ich habe das schon an anderer Stelle gesagt, das wird leider nur mit fortschreitender Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse möglich sein, dann wird es aber sein müssen.

Nun möchte ich zu Ende kommen, meine Damen und Herren, und möchte noch einiges über unsere Preis- und Lohnverhältnisse sagen. Sie sind, glaube ich, im Grunde genommen der Schlüssel für unsere zukünftige Entwicklung. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, von der Erhaltung des sozialen Friedens in unserem Lande wird es abhängen, ob die stetig fortschreitende Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft auch in Zukunft gewährleistet werden kann oder nicht. Wenn wir uns einmal diese Erkenntnis zu eigen gemacht haben, dann darf ich wohl sagen, daß sich um unsere wirtschaftliche Entwicklung, um die Erhaltung des sozialen Friedens die Gewerkschaften, die Arbeiter und Angestellten in den letzten Jahren unvergängliche Verdienste erworben haben, größere Verdienste als manche anderen Schichten unseres Landes.

Ich will nicht verkennen, daß am Wirtschaftsaufbau alle Kräfte mitwirken, ich will auch nicht bestreiten, daß in allen Schichten unseres Volkes wertvolle Arbeit geleistet worden ist, ich muß aber doch darauf hinweisen, daß auch anderes geschehen ist. So einmütig, so geschlossen wie die Arbeiter und Angestellten, hat keine andere Gruppe an unserem Wirtschaftsaufbau mitgearbeitet.

Dies ist den Arbeitern nicht immer gut gelohnt worden. Die Verhältnisse des vergangenen Herbstes, die Preistreiberei, die eingesetzt hat, nachdem in England das Pfund abgewertet worden war, waren ein schlechter Dank an die Arbeiter und Angestellten, und es war höchste Zeit, daß man dann den Versuch unternommen hat, die Preiserhöhungen des vergangenen Jahres, besser gesagt, der letzten Monate des vergangenen Jahres, wieder wettzumachen.

Ich will gerne zugeben, daß auf diesem Gebiet bereits einiges geschehen ist. So wie die Preise in den Monaten Oktober, November und Dezember hinaufgeschnellt sind, sind sie freilich nicht wieder zurückzuführen gewesen, aber es ist doch einiges geschehen. Die Preise für Eier sind wesentlich gesenkt worden, die Preise für Fett, Fleisch und Butter sind in der letzten Zeit nicht nur offiziell sondern auch inoffiziell herabgesetzt worden, und in der letzten Zeit ist es auch gelungen, ein sogenanntes Standardprogramm für Schuhe und Textilien herauszubringen, das den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit sichert, ihren Bedarf an Schuhen und an Textilien zu niedrigeren Preisen zu decken als dem allgemeinen Niveau entspricht.

Das ist anerkannt, aber meine Damen und Herren, ich muß mit allem Nachdruck sagen, das ist nicht genug, das ist als Anfang zu werten, wir müssen diese Bewegung, die nach so langem Zögern doch einmal eingesetzt hat, fortsetzen. Die Meinung, daß jetzt der Friede in den Betrieben wieder hergestellt ist, weil einige wenige Waren billiger geworden sind (*Abg. Krippner: Alle Waren!*), diese Meinung wäre falsch. Wir müssen dafür sorgen, daß überall dort, wo die Möglichkeit zu einer Preissenkung gegeben ist, diese auch ausgenützt wird. Die Zeit, in der ungehemmt Profite gemacht werden konnten, ist vorüber, das müssen alle Erzeuger und Händler einsehen. Ich gehe nicht so weit zu verlangen, daß Erzeuger und Händler unter ihren Gestehungskosten ihre Waren abzugeben hätten; das wäre ungeschickt von mir, aber ich muß mit allem Nachdruck verlangen, daß Preistreiberei der Vergangenheit angehört und daß die Preise so erstellt werden, daß dem Erzeuger und dem Händler ein bescheidener bürgerlicher Gewinn verbleibt.

Wir haben in den letzten Wochen im Schoße der Wirtschaftskommission, die aus den drei Kammern und dem Gewerkschaftsbund gebildet ist, uns wochenlang abgemüht, um die Entwürfe für einige Wirtschaftsgesetze fertigzustellen. Das ist uns auch gelungen. Es ist eine Novelle zum Preislenkungsgesetz, ein neuer Entwurf für ein Preistreibereigesetz erstellt worden. Was die Novelle zum Preis-

regelungsgesetz betrifft, so ist hier auch eine Möglichkeit eingebaut, die der Regierung eine Handhabe geben soll, dort, wo die Notwendigkeit dazu besteht, im schnellen Wege Handelsspannen gesetzlich festzulegen. Wir wünschen nicht, daß die Regelung unbedingt auf diese Weise erfolgt, wenn es ohne diese gesetzliche Maßnahme geht, ist es uns lieber, aber man muß dafür vorsorgen. Ferner sind darin schon einige Bestimmungen, die in ein zukünftiges Kartellgesetz hineingehören, vorweggenommen, und es ist vor allem im Preistreibereigesetz vorgesehen, daß Preistreiber wirksam bestraft werden können. (*Abg. Krippner: Preishetzer!*) Jawohl, daß Preishetzer und Preistreiber wirksam bestraft werden können und daß ihnen unter Umständen auch die Konzession ihres Gewerbes entzogen werden kann. Es wird notwendig sein — ich richte den diesbezüglichen Appell an die Bundesregierung —, daß diese Gesetze, die im Entwurf bereits fertiggestellt sind, nun ehestens im Haus eingebracht und hier beschlossen werden. Sie werden eine Handhabe bieten können, die Preistreiberei wirksam zu unterbinden.

Darauf muß es ankommen. Wir müssen, und ich glaube, alle Parteien, zusammenwirken, um eine Senkung der Preise, dort wo die Möglichkeit besteht, auch durchsetzen zu können; denn nur auf diese Weise wird es möglich sein, Lohnforderungen zu verhindern, die wahrscheinlich wieder nur das Signal für neue Preisbewegungen bieten würden. Die Gewerkschaften, die Arbeiter und Angestellten, sind sich der Gefahr bewußt, die eine solche Entwicklung mit sich bringen würde. Sie sind sich dessen bewußt, daß wir alle ein gemeinsames Interesse daran haben, unsere Wirtschaft aufzubauen, unsere Produktivität zu steigern, so weit es möglich ist. Die Arbeiter und Angestellten sind sich auch dessen bewußt, daß die Marshall-Hilfe bereits schwächer zu fließen beginnt, als sie in den letzten Jahren geflossen ist, und sie wissen, daß sie im Jahre 1952 zu Ende geht. Die Arbeiter und Angestellten haben für die Situation Verständnis. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sorgen Sie dafür, daß dieses Verständnis für unsere schwierige wirtschaftliche Situation auch verbreitet werde in den Kreisen der Gewerbetreibenden, der Industriellen, der Handelsleute und der Landwirtschaft; daß sie mit uns dafür sorgen, daß wir unsere Wirtschaft aufbauen, ohne die Arbeiter und Angestellten noch stärker zu belasten, denn die Belastung darf nicht erhöht, sondern sie muß erleichtert werden. Ich bin überzeugt davon, die Möglichkeit dazu ist gegeben, wenn der gute Wille vorhanden ist. Wäre er nicht vorhanden, so, fürchte ich,

würden wir einer verhängnisvollen Entwicklung entgegengehen. Die Arbeiter und Angestellten wollen sie abwehren. Helfen Sie mit, dann wird es auch gelingen!

Die Sozialistische Partei wird für das Budget stimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der SPÖ.)*

Abg. Dr. Herbert Kraus: Meine Damen und Herren! Als Vertreter der Opposition will ich zunächst gerne anerkennen, daß in dem vorliegenden Budget eine ganze Reihe von schwierigen Problemen recht glücklich gelöst ist. Ich habe überhaupt den Eindruck, daß das Ministerium, soweit es ihm Rahmen dessen, was die Parteipolitik zugestanden hat, möglich war, viel gute Arbeit geleistet hat. In der Hauptsache jedoch ist in dem, was seit zwei Jahren von allen Seiten leidenschaftlich gefordert und von den Regierungsparteien auch versprochen wurde, kein einziger Schritt nach vorwärts gemacht worden. Das entscheidende Problem des Budgets ist vollkommen ungelöst geblieben. *(Widerspruch.)* Wie haben bei der Behandlung der einzelnen Kapitel für die Annahme einiger Kapitel gestimmt, nämlich für die Annahme derjenigen Kapitel, deren Ausgabenhöhe noch halbwegs verantwortlich ist. Das gesamte Budget hingegen haben wir abgelehnt.

Mein Vorredner hat erklärt, daß die Sozialistische Partei mit dem Budget nicht ganz zufrieden ist. Sie müssen uns gestatten, daß unsere Unzufriedenheit mit dem Budget noch einen Grad weiter geht. Das vorliegende Budget überschreitet die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft. Man darf nämlich nicht bloß fragen: „Was braucht der Staat?“, sondern man muß einmal auch die Frage stellen, was kann die Wirtschaft noch hergeben? Es gibt da eine obere Grenze, über die man ohne Rücksicht auf alle sonstigen Dinge einfach nicht hinausgehen darf, und diese oberste Grenze ist durch die zurückliegenden Budgets schon längst erreicht und überschritten worden. Denn eine Überschreitung dieser oberen Grenze bedeutet Arbeitslosigkeit, niederen Lebensstandard und eine Reihe von ähnlichen, sehr nachteiligen Folgen.

Aber nicht genug damit, es handelt sich bei dem Budget um einen großen Teil von Ausgaben, die gar nicht notwendig, sondern entbehrlich wären. Es handelt sich hier um die Aufrechterhaltung einer Bürokratie, welche die Arbeit der übrigen Mitglieder der Wirtschaft ja nur behindert; es handelt sich hier um die Aufrechterhaltung eines Personalstandes, den man viel besser irgendwo anders unterbringen würde, den wir dringendst für die Erhöhung unserer Produktion brauchen würden. *(Rufe bei der ÖVP: Wo ist denn das?)*

Es gibt da eine Partei, sie gibt sich als die bürgerliche Partei der Freien Wirtschaft aus. Diese Partei hat nach meinem Gefühle viel zu sehr das Interesse, daß jede einzelne Firma um jede einzelne Genehmigung bitten kommen muß, und deswegen ist diese Partei viel zu sehr daran interessiert, daß diese ganze Bürokratie und die damit zusammenhängende Genehmigungspflicht aufrechterhalten wird.

Es sind überhaupt nur Parteiinteressen, welche dieser Bereinigung des Budgets entgegenstehen. Die Parteien wollen ihre Machtpositionen in den einzelnen Ämtern nicht verlieren, welche sie dadurch innehaben, daß sie Leute ihrer Couleur dort untergebracht haben, und wollen sich auf der anderen Seite bei den Leuten nicht unbeliebt machen, die sie dort hineingebracht haben. Seit 1945 hat es ein wildes Einstellen gegeben, das keineswegs immer nach Fähigkeit, nach Leistung und Zweckmäßigkeit der Verwaltung vor sich gegangen ist. Im Gegenteil, man hat oft nicht bei Belasteten, sondern bei ganz wenig Belasteten, bei Leuten, denen keine große Schuld vorgeworfen werden kann, auf wertvollste Fachleute verzichtet und statt dessen nur nach der Parteifarbe der jetzt regierenden Parteien gefragt. *(Abg. Dr. Pittermann: Was 1938 offenbar nicht der Fall war!)*

Diese Aufblähung des Staatsapparates — es ist ja nur die Überbürokratisierung, es ist nur die Unzweckmäßigkeit der Verwaltung, gegen die wir uns stellen, und keineswegs die sonstigen Leistungen des Staates — diese Aufblähung des Staatsapparates stellt einen der größten Fehler der heutigen Regierung dar, einen verhängnisvollen Fehler, der fortzeugend Böses muß gebären, denn er behindert nicht nur die Arbeit der anderen, sondern er wird, wenn es so weitergeht, zur Arbeitslosigkeit und zu einem noch weiteren Sinken des Lebensstandards führen.

Das Traurige ist, daß die Regierungsparteien in den Versammlungen, die sie vor den Wählern abhalten, und in den Zeitungsartikeln, die sie ihren Wählern vorsetzen, ja gar nichts anderes sagen, als was wir hier sagen. Ich bräuchte nur eine kurze Zusammenstellung dieser Versammlungsreden zu machen und hätte das beste Konzept für meine Ausführungen hier. Es gibt da zwei verschiedene Walzen: eine Walze für draußen, nämlich eine Walze für das, was man spricht, und eine andere für das, was man tut. Es sind bisher noch nicht einmal die primitivsten Vorbereitungen für die sogenannte Verwaltungsreform durchgeführt worden, zumindest uns noch nicht vorgelegt worden. *(Heiterkeit bei der SPÖ und ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Mein Herr Vorredner hat davon gesprochen, wie wir uns dies vorstellen. Ich habe bereits öfter hier davon gesprochen und ich bedaure, daß der Herr Präsident Böhm damals wahrscheinlich nicht hier war. Wir haben dem Herrn Finanzminister einen sehr genauen Plan vorgelegt, wie das Geld für jene Leute aufgebracht werden kann, welche von der Staatsbürokratie in die produktive Wirtschaft übergeführt werden können. Anstatt daß die Unternehmer für diese Leute Steuern an den Staat zahlen, soll man ihnen bei Neueinstellungen solcher Leute entsprechende Steuerabzüge gewähren. Aber man erklärte sich ganz offiziell — wenigstens auf der einen Seite — gegen diese Überführung der entbehrlichen Staatsangestellten in die produktive Wirtschaft. Von der Sozialistischen Partei hat sich der Abg. Holzfeind und der Abg. Doktor Migsch, der letztere wohl in einer etwas mehr philosophierenden Art, ganz klar gegen den Gedanken dieser Überführung gestellt. Ich kann es mir nicht versagen, ganz offen hier zu erklären, daß mir das gar nicht sehr unangenehm ist. Denn das brauchen wir dringend für unsere Versammlungen, die wir vor den Arbeitern abhalten. Denn die Arbeiter wissen, daß diese Haltung einer der wesentlichsten Gründe für die Niedrigkeit ihres Lebensstandards ist. Ich könnte der sozialistischen Fraktion, die ich immer für etwas offener und aufrichtiger gehalten habe, den Rat geben, es so zu machen, wie es ihr Kollege von der ÖVP, der Nationalrat Ludwig, macht. Er versteht es meisterhaft, mit flammenden Worten in den Versammlungen draußen die Verwaltungsreform zu fordern und hier im Parlament sie so zu Tode zu reden, daß nicht die geringste Gefahr besteht, daß etwas Konkretes dabei herauskommt. Ich bin vollkommen überzeugt, daß die staatsmännische Begabung des Herrn Ing. Raab völlig ausreichen würde für die Durchführung all dieser Dinge. Aber das Problem liegt ja darin, daß ihm das Hemd der Parteipolitik näher ist als der Rock der Staatsinteressen.

Es ergeben sich die verschiedensten Auswirkungen. Ich will zunächst darauf eingehen, wie es sich bei den Arbeitnehmern auswirkt. Mein Vorredner, der Herr Präsident Böhm, hat gesagt, daß wir das sozialste Land der Welt sind. Aber was nützt uns das alles, wenn wir feststellen müssen, daß wir in Österreich einen durchschnittlichen Stundenlohn von 3 bis 4 S für den Hilfsarbeiter haben, während er in den anderen Ländern der westlichen Welt 10 S beträgt und in USA sogar 18 bis 20 S ausmacht? Es haben eben je zwei Arbeiter in Österreich eine Familie eines Staatsangestellten zu erhalten, und das wirkt sich aus. Denn jemand

muß es bezahlen, das bekommen wir ja nicht vom lieben Gott. Das bezahlen diejenigen, die die Produkte in diesem Land herstellen.

Mittelbar wirkt sich das auch bei den Unternehmern aus. Die Steuern, welche diese Ausgabenpolitik hervorruft, sind so hoch, daß sie jeden Leistungsanreiz ertöten. Es kommt nicht so sehr darauf an, daß die Gewinne der Unternehmer hoch sind; aber wir sind der Meinung, daß die Unternehmer die Möglichkeit haben müssen, aus dem, was aus den Betrieben herausgewirtschaftet wird, Investitionen zu machen, daß der Staat wenigstens dies zuläßt. Denn es muß von jedem Betrieb in jedem Jahr ein gewisser Prozentsatz von neuen Investitionen gemacht werden, sonst wird ja die Arbeitslosigkeit immer größer, da auf der einen Seite die Zahl der Arbeitsfähigen und derjenigen, die untergebracht werden müssen, ständig zunimmt, und zwar sowohl relativ als auch absolut, und auf der anderen Seite die Technik vorwärts schreitet, rationalisiert wird, so daß dadurch wieder Leute frei werden. Der Staat in den verstaatlichten Betrieben macht ja selbst gar nicht diese vielen Investitionen, die ausreichen würden, um die neu anfallenden Arbeitslosen aufzunehmen. Wir haben in der ganzen Geschichte Österreichs noch niemals eine so komplizierte Steuergesetzgebung gehabt wie heute. Wir haben auch niemals in der Geschichte Österreichs so viele Steuerhinterziehungen gehabt wie heute, nämlich Firmen, die überhaupt von der Steuer nicht erfaßt werden. Das ist das Ergebnis dieser Ausgabenpolitik und der hinten nachhinkenden Steuereinnahmepolitik.

Dasselbe gilt auch für den dritten Stand, für den Stand der Bauern. Sie sind in einer Preisschere; sie müssen auf der einen Seite einen die Selbstkosten deckenden Preis verlangen, damit sie ihre Landarbeiter anständig bezahlen und erhalten können, auf der anderen Seite aber können die Konsumenten nicht genügend bezahlen. Auch das ist nur darauf zurückzuführen, daß in unserem Lande ein Drittel der Bevölkerung nichts anderes tut als verwalten, nämlich die Not der anderen zwei Drittel verwalten. Das wirkt sich eben aus. In den Vereinigten Staaten von Amerika beginnt man sich über eine Überbürokratisierung aufzuregen, weil von den 68 Millionen dort arbeitenden Menschen 7 bis 8 Millionen bereits vom Staat bezahlt werden. Und dabei ist die ganze Armee mit dabei. Also das sind etwa acht Prozent, während bei uns über 30 Prozent in der Verwaltung tätig sind!

Aber all dies wäre nicht so schlimm. Das schlimmste trifft die Staatsangestellten selbst, wie es in der Ausschußsitzung zunächst der

Vertreter der Arbeiterschaft von der Sozialistischen Partei und nachher der Vertreter der Industrie von der Österreichischen Volkspartei besprochen hat. Da hatte ich so das Gefühl, daß beide Gruppen eigentlich mit dem Budget ziemlich zufrieden sind. Ja, habe ich mir nachher gesagt, ich verstehe es schon, denn die Zeche des Ganzen bezahlt der arme Staatsangestellte. Es ist ein Skandal, wie niedrig hochqualifizierte Intelligenzler, Wissenschaftler von internationalem Ruf in diesem Lande bezahlt werden. *(Zwischenrufe.)* Wir werden niemals nachlassen, diese Forderung hier zu erheben und auf dem Nachziehverfahren zu bestehen. Es hat schon einen Streik gegeben, und es kann sein, daß es noch mehr geben wird. Man darf eben nicht glauben, weil es Intelligenzler sind, weil es ruhigere Leute sind, weil sie gegenüber dem Staate mehr Verpflichtung haben, kann man immer auf ihrem Rücken sündigen und nur alle anderen Gruppen berücksichtigen. *(Ruf: Die Notlage ist Ihrer Vergangenheit zuzuschreiben, Herr Kraus!)* Nein, das ist nicht meiner Vergangenheit zuzuschreiben, sondern diese Notlage ist dem zuzuschreiben, daß eben zu viele eingestellt worden sind. *(Zwischenrufe.)* Diejenigen, die die hohe Verantwortung gegenüber dem Staat haben, und diejenigen, die im Amt verbleiben sollen, müssen durch eine Verringerung des Personalstandes mehr bekommen. *(Erneute Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Denn wenn es so weiter geht, dann werden ja die Korruptionsfälle, von denen wir jeden Tag fast zwei in jeder Zeitungsnummer lesen, niemals aufhören. Es ist eine zu große Versuchung, auf der einen Seite über ungeheure Werte und Geldmittel zu verfügen und auf der anderen Seite, wie zum Beispiel ein Steuerbeamter, 650 S monatliches Einkommen zu haben und womöglich vier Kinder zu Hause ernähren zu müssen.

In den heutigen Morgenblättern steht, daß ein Produktivitätszentrum errichtet werden soll. Wir begrüßen das außerordentlich und bedauern es, daß nicht schon längst so etwas gemacht worden ist, denn die Erhöhung der Produktivität, sowohl der volkswirtschaftlichen Produktivität, von der ich jetzt spreche, als auch der privatwirtschaftlichen, ist das wichtigste. Wenn dieses Produktivitätszentrum zusammentreten soll, dann braucht es für die wichtigste Frage gar kein großes Studium, denn die Beantwortung dieser wichtigsten Frage wird diesen Herren von allen Ständen der Bevölkerung zugerufen, nämlich: Vereinfachung der Verwaltung und Überführung der überflüssigen Staatsangestellten in die produktive Wirtschaft. Wir halten diese unsere Forderung genau so auf-

recht, wie wir unsere Forderung nach der grundsätzlichen Herabsetzung der Staatsausgaben aufrechterhalten.

Wir machen auf der einen Seite der ÖVP den Vorwurf, daß sie durch dieses Nachgeben den reinen parteipolitischen Interessen gegenüber das gesamte private Unternehmertum vernichtet und die Politik der kalten Verstaatlichung der SPÖ mitmacht, und der SPÖ machen wir den Vorwurf, daß sie eine Politik betreibt, durch die der Arbeiter statt vom Unternehmer nun vom Staat ausgebeutet wird, da er mit diesem Lohn von 3 bis 4 S in der Stunde auf die Dauer nicht mehr auskommen kann.

Sie sehen, meine Herren, Sie haben hier reichlich Gelegenheit, zu etwas Stellung zu nehmen, das die Gegenwart betrifft. Sie pflegen in den Reden, die Sie gegen uns halten, immer nur von der Vergangenheit zu sprechen. Sogar bei den Gehilfenausschüssen wird davon gesprochen, daß der Professor Pfeifer irgend etwas positiv für Hitler gesagt habe. Meine Herren, auch wir könnten von der Vergangenheit sprechen, von Ihrer Vergangenheit. Auch wir könnten verschiedene Dinge mit der Unterschrift von Abgeordneten, die auf dieser und auf dieser Seite sitzen, zur Vorlesung bringen, worin auf der einen Seite vom Faschismus der Vaterländischen Front und auf der anderen Seite von der Diktatur des Proletariats gesprochen wird. Aber wir haben es bisher unterlassen, weil wir nicht der Meinung sind, daß wir die Gegensätze der Vergangenheit aufzuwärmen haben, sondern weil wir glauben, daß wir die Probleme des Augenblicks meistern müssen, daß wir jetzt arbeiten müssen. *(Beifall beim KdU.)* Wenn einer von uns in der Vergangenheit einen Irrtum begangen hat, einen Irrtum, den auch die Bischöfe und höchste Staatsfunktionäre begangen haben, dann hat er sich schon hundertmal davon distanziert. Meine Herren, ich warte nun darauf, daß auch Sie sich von dieser Grundeinstellung des Faschismus, die Opposition und den anderen überhaupt nicht anhören zu wollen, distanzieren. *(Erneuter Beifall beim KdU.)* Wir wollen einen Schlußstrich unter diese Dinge setzen und wir wollen, daß jetzt gearbeitet wird, damit wir uns gemeinsam hinaufarbeiten. Vielleicht wird diese Budgetdebatte ein Anlaß sein, daß die Einsicht bei den Regierungsparteien siegt, daß sie dieses Hauptproblem lösen.

Wir können das Budget nicht annehmen. Erstens, weil es die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft übersteigt, zweitens, weil ein Teil des Budgets als ungedeckt erscheint, drittens, weil auch die vorgesehenen Steuereinnahmen noch verhältnismäßig problematisch sind und

viertens, weil für den Wohnhausbau nicht genügend Vorsorge getroffen ist. (*Lebhafter Beifall beim KdU.* — Abg. Weikhart: *Und fünftens, weil Sie eine Volksabstimmung wünschen!*)

Abg. Böck-Greissau: Hohes Haus! Die Behandlung des Staatshaushaltes in den parlamentarischen Vertretungen gilt allgemein als eine hohe Stunde der Demokratie, und der Geist, der sich bei diesen Verhandlungen manifestiert, gilt mit Recht als ein Wertmesser für demokratischen Ernst und demokratische Reife.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in den abgelaufenen zwei Wochen diese bedeutungsvolle Prüfung fraglos bestanden, denn er hat mit beachtlichem sittlichen Ernst und mit vieler Fachkenntnis die Probleme im einzelnen zergliedert und geprüft. Diese Feststellung besagt aber nicht, daß dieses Budget keine Wünsche offen gelassen habe. So wie die Vorredner weise ich hin: auf die teilweise an Untragbarkeit grenzende Härte der Bedeckung, also der Besteuerung, auf die einmütig beklagte Unmöglichkeit, die Gehälter der öffentlich Angestellten in dem wünschenswerten Maße nachzuziehen, und auf die völlig unzureichende Dotierung des ländlichen und des städtischen Wiederaufbaues. Gewiß werden diese Probleme in der Spezialdebatte noch ausgiebig erörtert werden. Beachtlich ist die Einsicht der Regierungsparteien, die das Gesamtergebnis, nämlich die feste Fundierung des Staatshaushaltes und die Sicherung unserer Währung, als das Ziel der Verhandlungen hochgehalten und in keinem Falle durch unerfüllbare Forderungen gefährdet haben.

Vom rein mathematischen Standpunkt aus gesehen, müßte das Gleichgewicht unseres Staatshaushaltes eine unlösbare Aufgabe sein. Den im Jahre 1945 sozusagen im Zustand der Vernichtung übernommenen Steuerquellen standen und stehen gigantische Aufgaben des Aufbaues und der Sanierung gegenüber, verschärft noch durch den Ausfall des wirtschaftlichen Ertrages sehr namhafter Teile unseres landwirtschaftlichen und industriellen Volksvermögens, weiterhin verschärft durch die Kontribution, die wir in Form der Besatzungskosten zu tragen haben.

Gewiß haben wir dankenswerte und in den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende — insbesondere für den Osten Österreichs — teilweise lebensrettende ausländische Hilfe empfangen, aber, wie es heute hier bereits ausgeführt wurde, ist diese Auslandshilfe zu einem ganz großen Teil durch die Besatzungskosten wieder zunichte gemacht worden. Und gerade wenn wir an die Zeit des mühsamsten

Aufbaues denken, also schon an die Zeit bis Ende 1948, kann man sagen, daß die Gesamthöhe der bis dahin eingeflossenen Auslandshilfe vollständig konsumiert wurde durch die auf der anderen Seite hinausgeflossenen Ausgaben für die Besatzung. Man kann also sagen, daß die Auslandshilfe gewissermaßen nur im Durchfluß durch unsere Wirtschaft befruchtend gewirkt hat. Im übrigen mußte die mathematische Unwahrscheinlichkeit überwunden und besiegt werden durch die magischen Kräfte der Heimatliebe. Sie mußte besiegt werden durch das Aufreißen unserer Beamten, unserer Bauern, unserer Arbeiter, unserer Angestellten und Selbständigen aus der damals drohenden Lethargie, und sie mußte schließlich besiegt werden durch den wunder tätigen Willen des gesamten Volkes, die apokalyptischen Erscheinungen und Schrecken des Krieges und der Nachkriegszeit zu überwinden.

Der Herr Abg. Koplenig hat sich in seinen heutigen Ausführungen wieder sehr reichlich mit dem Marshall-Plan beschäftigt und hat auch Äußerungen und Ziffern zitiert, die ich bei einer früheren Gelegenheit hier im Hause gebracht habe. Es ist richtig, ich habe von 20 Milliarden Schilling gesprochen. Ich habe aber gesagt, diese 20 Milliarden stellen den Gegenwert der Marshall-Plan-Hilfe dar, soweit er bisher bereits wirksam geworden ist und soweit er uns in Zukunft bis zum Jahre 1952 nach den bisherigen Plänen zukommen wird, und zwar gemessen an der derzeitigen Kaufkraft unseres Schillings, das heißt also, gemessen nach den derzeit geltenden Kursen. Wenn man die Marshall-Plan-Eingänge aber zu den inzwischen überwundenen Kursen berechnet, dann kommt man natürlich auf eine andere Ziffer, die aber aus heterogenen Werten zusammengesetzt wäre. Der Herr Abg. Koplenig hat auch heute dieselbe Frage wiederholt, die er bei der früher erwähnten Gelegenheit in diesem Haus durch Zwischenrufe immer wieder gestellt hat. Er hat gefragt: Wo ist dieses Geld hingekommen? Und da darf ich heute nochmals betonen, dieses Geld ist im Jahr 1948 zu 63 Prozent und im Jahr 1949 zu 60 Prozent für die Regeneration der physischen Leistungsfähigkeit unserer Bevölkerung verwendet worden. Es hat also in diesem Ausmaß letzten Endes den Weg in den Magen des österreichischen Volkes gefunden. Ja, auch in seinen Magen.

Ebenso wie die Herren Vorredner muß auch ich betonen, daß sich die Österreichische Volkspartei der schweren Hypothek bewußt ist, die unser großer und aufgeblähter Verwaltungsapparat darstellt. Der Herr Berichterstatter hat die Ziffer von 450.000 Staatsangestellten und Pensionisten einschließlich

der Bundesbetriebe genannt. Es ist richtig, wenn man zu diesen 450.000 noch die Angestellten der Gebietskörperschaften, also der Länder, der Bezirke und der Gemeinden, dazuzählt, wenn man weiter noch rechnet, daß jeder dieser vom Staat mit Entgelt Versesehenen etwa im Durchschnitt eineinhalb Unversorgte mitzuversorgen hat, so kommen wir zu einem recht erheblichen Bestandteil der Bevölkerung, der aus öffentlichen Mitteln zu erhalten ist.

Es ist aber natürlich — wie es heute schon zum Ausdruck gekommen ist — außerordentlich schwer, unter den derzeitigen Verhältnissen hier mit sofort wirkenden Mitteln einzugreifen, und wir müssen uns vor allem im klaren sein, daß die ersten Schritte zur Bereinigung von seiten der Gesetzgebung und der Verwaltung getan werden müssen. Wir müssen uns das Reglementieren, das hier in Österreich noch üblich ist und das wir aus der vergangenen Periode übernommen haben, abgewöhnen. Wir müssen uns gewisse Beschränkungen im Umfang jener Dinge auferlegen, die wir staatlich geregelt haben wollen. Es haben die Herren Minister Dr. Krauland und Ludwig in der Budgetdebatte über diese Dinge sehr ausführlich gesprochen und in diesem Zusammenhang ist es vielleicht wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, daß es vor allem zwei Gebiete sind, auf denen sehr viel zur Vereinfachung, und zwar sowohl gesetzlich als auch verwaltungstechnisch, getan werden kann.

Das ist einerseits das Steuerrecht. Ich habe neulich einmal 38 Steuerarten gezählt. Wie ich höre, gibt es aber noch einige mehr, insgesamt soll es über 40 Steuerarten geben. Nun, eine Zusammenlegung dieser Steuern, besonders aber eine Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen für die Veranlagung dieser Steuern wäre sicher sehr zu begrüßen. Ich bin dem Herrn Finanzminister dankbar, daß er gelegentlich der Budgetdebatte im Ausschuß bereits gesagt hat, daß die Arbeiten an diesem Vereinfachungswerk im Gange und bereits erfreulich weit gediehen sind.

Ähnlich verhält es sich mit dem Sozialversicherungsrecht, das immer noch auf der alten Reichsversicherungsordnung plus so und soviel Sondergesetzen beruht, die dann nach 1945 durch vier Sozialversicherungs-Überleitungsgesetze und die Sozialversicherungs-Anpassungsgesetze adaptiert wurden. Ich weiß nicht, ob Sie sich alle darüber im klaren sind, daß innerhalb der Krankenversicherung die Bemessung nach 17 verschiedenen Gruppen erfolgt. Man möge sich nur vorstellen, was es für ein Segen wäre, wenn auch in der Sozialversicherung die derzeit geltenden etwa 2500

Paragraphen — genau gezählt sind es noch etwas mehr — durch ein übersichtliches Recht ersetzt werden könnten.

Wenn wir früher von der Personalwirtschaft gesprochen haben, so möchte ich doch noch anführen, daß der Beamtenabbau selbstverständlich kein Abbau ohne Sicherstellung der Weiterbeschäftigung des Betreffenden sein kann. Darin stimmen sämtliche Parteien überein. Es ist aber auch vollkommen richtig, was Herr Präsident Böhm früher zum Ausdruck gebracht hat, daß es gerade jetzt gar nicht sehr leicht ist, neue Arbeitskräfte in die Wirtschaft einzubauen, denn die Wirtschaft ist wegen verschiedener Umstände gerade derzeit nicht sehr aufnahmefähig, was ja auch durch die leider eingetretene Erhöhung der Arbeitslosenzahl bis nahe an die Grenze von 200.000 dokumentiert wird. Ich möchte nur die erfreuliche Tatsache feststellen, daß die Arbeitslosigkeit nach den allerletzten Nachrichten etwa um 6000 abgenommen hat und die Zahl der Arbeitslosen jetzt rund 190.000 beträgt.

Ebenso wie in der Personalwirtschaft des Staates haben wir auch ganz erhebliche Sorgen hinsichtlich des nützlichen Menscheneinsatzes außerhalb der öffentlichen Verwaltung. Diese drängenden Sorgen sind in erster Linie einmal der wirklich beklagenswerte Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Ich glaube, der Herr Kollege Ing. Hartmann hat uns neulich erzählt, daß täglich etwa 30 landwirtschaftliche Arbeitskräfte ausfallen, weil sie in die Stadt wandern. Das Zweite ist die Überproduktion an Akademikern und das Dritte, eine auch sehr bedauerliche Erscheinung, nämlich das Versiegen eines hochqualifizierten Nachwuchses auf gewerblichem und industriellem Gebiete.

Wenn wir uns nun diesen letzten Punkt noch etwas näher anschauen, so stoßen wir damit auf das Lehrlingsproblem. Sie wissen alle, daß es heute nicht möglich ist, alle Schüler, die ihrer Schulpflicht entwachsen, tatsächlich auf Lehrstellen unterzubringen. Und wenn Sie jetzt daran denken, daß ungefähr 1953 der sehr erhebliche Geburtenzuwachs seit 1938 wirksam wird, dann müssen wir wirklich sagen, daß da etwas geschehen muß, um den Anreiz für die Lehrlingshaltung wieder zu steigern. Wir müssen einsehen, daß die Schwierigkeiten, die es in dieser Hinsicht gibt, darauf zurückzuführen sind, daß die Lehrlingshaltung zu teuer ist. Die Verminderung der Lehrlingshaltung bringt aber nicht nur für die betreffenden jugendlichen Schichten schwerste Schäden mit sich, sondern sie ist auch eine Schädigung für unser ganzes Gewerbe, weil die traditionelle Kunstfertigkeit, das Können und das Wissen auf möglichst



breite Schichten der jungen Generation übertragen werden soll. Der Bogen auf dem Gebiete der Lehrlingshaltung ist überspannt worden, und es wird nichts anderes übrig bleiben, als die Saite dieses Bogens etwas zu lockern.

Im Ausschuß wurde in begreiflicher und absolut berechtigter Weise dem Sozialkapitel breiter Raum eingeräumt. Wir haben uns innerhalb der Parteien — ich glaube, die Diskussion hat zwischen den beiden Regierungsparteien stattgefunden — durchaus darauf geeinigt, daß wir in diesem Zusammenhang keineswegs von sozialen Lasten, sondern von sozialen Verpflichtungen sprechen.

Der Stolz auf den hohen Stand unserer sozialen Verpflichtungen ist durchaus nicht einseitiges Eigentum einer oder der anderen Partei. Dieser Stolz kann von unserer gesamten Bevölkerung, insbesondere auch von der Wirtschaft geteilt werden. Wir müssen uns aber selbstverständlich auch der Verantwortung bewußt sein, für die Erfüllung dieser sozialen Leistungen zu sorgen und aufzukommen. Wir müssen uns also vollkommen klar darüber sein, welcher Aufwand damit verbunden ist. Der Herr Präsident Böhm hat diesen Aufwand von 1.6 Milliarden Schilling aus dem Budget des Sozialkapitels mit dem Aufkommen der Sozialversicherung, das er nicht genau nennen konnte, addiert. Ich kann Ihnen genauere Daten sagen, weil ich es mir aufgeschrieben habe. Es handelt sich um den Leistungsaufwand, der für 1950 mit 2370 Millionen Schilling veranschlagt ist, wobei allerdings der staatliche Zuschuß, der bekanntlich 25 Prozent des Rentenaufwandes ausmacht, inbegriffen ist. Wenn Sie also nur rund 2 Milliarden Schilling rechnen, ergibt sich eine Summe von 3.6 Milliarden Schilling. Dann dürfen wir nicht vergessen, daß auch außerhalb der Versicherungskosten soziale Leistungen vollbracht werden. Ich erinnere an die Urlaubsansprüche, an Kündigungs- und Abfertigungsansprüche, Kranken- und sonstige Entgelte, an die Ausgaben, die aus den Vorschriften für die Frauenarbeit, für Mutterschutz und Jugendschutz und aus der Invalideneinstellung erfließen usw. Nun, ich will gar nicht darüber rechten, ob man die letztgenannten auch zu den sozialen Leistungen zählt oder ob man sie „verlagerte Lohnbestandteile“ nennt. Jedenfalls müssen sie aufgebracht und getragen werden. Diese letztgenannten Leistungen sind natürlich sehr schwer präzise zu berechnen. Nach einer möglichst verantwortungsbewußten Schätzung dürfte die darauf entfallende Summe im Jahr etwa 1.3 Milliarden Schilling betragen, so daß wir zusammen mit den früher nachgewiesenen Leistungen von 3.6 Milliarden

nicht sehr weit von rund 5 Milliarden Schilling bleiben. Diese 5 Milliarden Schilling sind wieder eine Bestätigung dafür, was ja wiederholt hervorgehoben wurde, nämlich für den hohen Stand unserer sozialen Verpflichtungen.

Aber ich verweise da auf ein Wort, das in der Debatte im Ausschuß selbst gefallen ist. Es wurde ausdrücklich gesagt, die Erfüllung dieser sozialen Verpflichtungen sei abhängig von der Vollbeschäftigung, oder die Vollbeschäftigung sei die unumgängliche Voraussetzung für die Erfüllung. So war der Wortlaut dieser Aussage. Nun ist es ja klar, daß die Vollbeschäftigung eine Funktion der Wirtschaft ist, eine Funktion, die die Wirtschaft erfüllen muß, und zwar eine ihrer wichtigsten und unausweichlichen Funktionen.

Wenn wir damit auf die Wirtschaft zu sprechen kommen, lassen Sie mich erwähnen, daß im Zug der Debatte im Ausschuß das Wort von der „sogenannten Wirtschaft“ gefallen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Wort von der „sogenannten Wirtschaft“ hat mich sehr bedenklich gemacht und hat mich sehr befremdet. Darin drückt sich eine Geringschätzung aus, und so habe ich darüber nachgedacht, wohin diese Geringschätzung zielt. Da der betreffende Redner durchaus Realist ist, ist gar kein Zweifel daran möglich, daß die Geringschätzung nicht der Funktion der Wirtschaft im allgemeinen gegolten hat. Also bin ich zu dem Schluß gekommen, daß vermutlich die Kritik an dem Inhalt des Begriffes Wirtschaft geübt werden sollte, und da möchte ich doch bitten, daß wir einmal den Begriff Wirtschaft für unseren Sprachgebrauch eindeutig definieren.

Ich glaube, daß Sie mir nicht widersprechen werden, wenn ich sage, daß ich als Wirtschaft alle Organisationen und alle Kräfte zusammengefaßt wissen will, die am Schaffen der Güter und an deren Verteilung beteiligt sind. Nach dieser Definition beginnt also die Wirtschaft mit der Landwirtschaft, der Nährmutter unseres Volkes, sie setzt sich fort mit dem Gewerbe und der Industrie, die die Güter zu schaffen haben, und weiterhin mit dem Handel und dem Verkehr, die mit der Verteilung der Güter befaßt sind, und mit dem Fremdenverkehr, der den Importbedarf der Wirtschaft durch seine Deviseneingänge mit-sichern helfen muß und überdies, nicht unwichtig in dieser Funktion, die Regeneration der Arbeitskräfte während der Urlaubszeit besorgt; ferner das Geld- und Kreditwesen, zur Verwaltung des Mediums für den Tausch der Güter, und endlich selbstverständlich alle Arbeiter und Angestellten als die menschlichen Motoren, als die physischen Energiequellen für den Betrieb der Wirtschaft. Dies alles zusammen macht die Wirtschaft aus. Die

Arbeiter und Angestellten sind in dem logischen Aufbau als letzte angeführt, aber, wie ich selbstverständlich betone, das Wichtigste, denn ohne Menschenkraft ist keine Wirtschaft zu führen.

Wenn wir uns also über diese Definition des Begriffes Wirtschaft geeinigt haben sollten — und da ich keinen Widerspruch erfahre, glaube ich fast, daß es gelungen ist — dann, meine Damen und Herren, müssen wir um Gottes willen sagen, daß wir an dieser Wirtschaft alle völlig gleichmäßig interessiert sind und daß wir alle keine größere Sorge haben können, als für diese Wirtschaft, die ja für alles zu sorgen hat, was in diesem Lande vor sich geht, mit unseren besten Kräften einzutreten und ihr die Erfüllung ihrer Funktionen zu sichern. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß das Schicksal jedes einzelnen von uns von dem Blühen und dem Gedeihen dieser Wirtschaft abhängig ist: der Arbeitsplatz, die eigene Ernährung, der sonstige Lebensstandard, die Erziehung und das Wohl unserer Kinder, der eigene Lebensabend, die sozialen Ansprüche usw.

In diesem Zusammenhange, meine Damen und Herren, muß ich auf den nach meiner Ansicht nach wundesten Punkt des Budgets hinweisen, der leider derzeit, wie ich selbst einsehe, keiner wesentlichen oder gar entscheidenden Korrektur zugänglich ist, nämlich auf das Maß der Belastung der Wirtschaft. Ich bitte, glauben Sie nicht, daß ich mich für die Besteuerung hoher privater Einkommen interessiere — die sind mir vollkommen gleichgültig —, ich bitte aber, in diesem Zusammenhang einmal darüber nachzudenken, ob das ständig gebrauchte Schlagwort vom Kapitalismus heute tatsächlich noch so angemessen ist, wie es einzelne zu beurteilen scheinen.

Der beste Gegenbeweis dafür ist vielleicht durch die Höhe der Vermögensteuer zu erbringen, die im Budget mit sage und schreibe 60 Millionen Schilling angesetzt ist. Vielleicht wird doch endlich einmal die Möglichkeit eintreten, den Grabgesang des Märchens von den herrschenden Kapitalisten anzustimmen. Leider Gottes haben aber Schlagworte ein viel zäheres Leben als die ihnen zugrunde liegenden Realitäten. Ich kann in diesem Zusammenhang vielleicht als Beispiel das Wort und die Karikatur vom Zinsgeier zitieren, das Wort und die Karikatur vom prassenden Hausbesitzer, während wir doch alle, meine sehr Geehrten, auch jene, die immer wieder gegen die Hausbesitzer auftreten, wissen, daß dieser Hausbesitz in den meisten Fällen das durch ein ganzes arbeitsreiches Leben zusammengetragene Sparkapital darstellt. Heute sitzt mancher, der sich das Haus, be-

ziehungsweise den Ertrag des Hauses als Pension für seinen Lebensabend gedacht hatte, zwar in diesem Haus, aber er lebt von der öffentlichen Versorgung, und es gibt nicht wenige solcher Fälle.

Das war aber nur eine Abschweifung. Ich war bei dem Maß der Besteuerung der Wirtschaft, bei dem Maße der Besteuerung, das dadurch zustandekommt, daß die verschiedenen Steuerarten übereinandergetürmt werden und daß sich wahrscheinlich nicht einmal die einzelnen Referenten, die diese Steuergesetze handhaben, ein Bild davon machen, wohin die Spitze dieses Turmes reicht. Ich habe versucht, mir nach den allerneuesten Tarifen und Angaben wieder einmal eine Liste zusammenzustellen, um zu sehen, wie die Wirtschaft bei einem Einkommen von 100.000 S, beziehungsweise bei einem Einkommen von 500.000 S des betreffenden Betriebes belastet ist.

Es ist nicht möglich, dazu ganz präzise Zahlen zu erhalten, weil die endgültigen, präzisen Zahlen davon abhängen, nach welchem Schlüssel dieses Einkommen kapitalisiert werden muß, um die Bemessungsgrundlage für die vom Vermögen abhängigen Steuern zu erstellen. Da ich mir völlig bewußt bin, daß die Vermögensbemessung auf Grund der Einheitswerte einen mit dem Verkehrswert durchaus nicht vergleichbaren Vermögensstand als Bemessungsgrundlage ergibt, habe ich in dieser Hinsicht sehr bescheiden gerechnet, nämlich mit einer Kapitalisierung zu 16 Prozent, die es praktisch ja kaum gibt. Damit kein Mißverständnis eintritt, möchte ich feststellen: je höher der prozentuelle Schlüssel für die Kapitalisierung ist, desto niedriger wird dadurch das Vermögen, das aus dem Ertrag zu ermitteln ist. Auf dieser Grundlage berechnet, ergibt sich also, und zwar ausgehend vom Bruttogewinn — also einschließlich der Gewerbesteuer — bei einem Einkommen von 100.000 S in der Steuergruppe I eine Gesamtbesteuerung von 87,1 Prozent und bei einem Betriebseinkommen von 500.000 S eine Besteuerung von 96,2 Prozent.

Sie müssen zugeben, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß man wirklich nicht sagen kann, daß bei einer solchen Besteuerung der Industrie, des Großgewerbes, des Großhandels, für die derartige Ergebnisse in Frage kommen, allzuviel übrig bleibt, um für ihre eigene Ausrüstung und für ihre eigene Einrichtung zu sorgen. Mich interessiert auch in diesem Zusammenhang keineswegs die Rente, die dem Unternehmer aus dem Ertrag des Unternehmens übrigbleibt, mich interessiert dabei lediglich die Möglichkeit, die Betriebe hinsichtlich ihrer Einrichtung zu reprodu-

zieren, die Einrichtungen zu modernisieren, um den Anforderungen zu entsprechen, die heute an die Wirtschaft — Wirtschaft wieder so gedacht, wie ich sie vorhin definiert habe — gestellt werden.

Der Herr Abg. Koplenig hat anklagend darauf hingewiesen, daß es in einzelnen industriellen Betrieben eine höhere Produktion gibt als im Jahre 1938. Er hat zum Beispiel die Kugellagerwerke in Steyr angeführt. Es ist ja ganz klar, diese Kugellagerwerke wurden ja erst während des Krieges auf die große Erzeugung von Kugellagern eingerichtet. Daß sie heute entsprechend dieser während des Krieges erfolgten Einrichtung mehr produzieren als 1938, kann man wirklich den Kugellagerwerken in Steyr und auch der Wirtschaft nicht übelnehmen. (*Abg. Ernst Fischer: Aber die Mehrproduktion nimmt doch niemand übel, sondern die schlechten Löhne, die bezahlt werden!*) Auch auf die werde ich sofort zu sprechen kommen.

Ich muß mich jetzt in Ausführungen wiederholen, die ich schon in der Ausschlußdebatte gemacht habe. Es ist aber doch zur Klarstellung dieser Begriffe notwendig. Wir haben in diesem Haus wiederholt auch davon gesprochen, auch heute bereits, daß wir bis zum Jahre 1952 mit unserer Wirtschaft ohne Marshall-Plan-Krücken weiterkommen können müssen. Das heißt, wir müssen bis dahin unseren Export ungefähr verdoppeln. Ich weiß nicht, ob Ihnen die Exportziffern 1949 geläufig sind. Im Jahre 1949 haben wir eine kommerzielle Einfuhr von 4.500 Millionen Schilling erbracht, der eine Ausfuhr von 3.228 Millionen gegenübergestanden ist. Das Defizit beträgt also, von der kommerziellen Einfuhr aus gerechnet, zirka 1.2 Milliarden. Wenn Sie aber, meine Damen und Herren, jetzt die Einfuhren im Rahmen des Marshall-Planes zu den Kursen laut jetziger Kursgestaltung dazuaddieren, kommen Sie auf ein Defizit von nahezu an 6 Milliarden Schilling.

Wir müßten also unsere Ausfuhr, die derzeit 3 Milliarden beträgt, tatsächlich verdoppeln. Das sind keine Ziffern, die aus der Luft gegriffen sind. Die Verdoppelung der Ausfuhr ist eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Die Wettbewerbsfähigkeit ist eine Frage der Erzeugungskosten, und unter diesen Erzeugungskosten ist eben ein wesentlicher Faktor der Lohn. Ich bin mir vollkommen darüber im klaren, daß unsere Löhne in Österreich absolut genommen niedrig sind. In den Erzeugungskosten spielt aber nicht der absolute Lohn per Stunde, sondern der relative Lohn pro Wareneinheit die bestimmende Rolle, und wenn man nun unsere österreichischen Löhne nach diesem Gesichtspunkt beurteilt,

dann schaut die Sache für uns sehr schlecht aus. Aus einer Untersuchung der Marshall-Plan-Organisation im Jahre 1948 geht hervor, daß von sämtlichen europäischen Ländern exklusive Volksdemokratien, die natürlich bei dieser Untersuchung nicht erfaßt werden konnten, Österreich mit dem Lohn pro Wareneinheit hinter Finnland auf dem vorletzten Platz steht. Diese Löhne aber sind es, die in unser Produkt eingehen und die schließlich seine Wettbewerbsfähigkeit bestimmen. Deshalb ist es so notwendig, daß wir unsere Einrichtungen modernisieren und daß wir diese Einrichtungen vervielfältigen, damit wir mit geringeren Lohnzeiten und daher auch mit geringeren Lohnkosten den Wettbewerb bestehen können. Wir sind uns alle darüber im klaren, daß die hohe Lohnquote pro Wareneinheit zum geringsten auf eine geringe Leistungsfähigkeit oder auf geringen Leistungswillen des einzelnen Arbeiters zurückgeht, sondern daß sie auf die mangelhaften Mittel zurückzuführen ist, die für die Erzeugung zur Verfügung stehen, und auf organisatorische und ähnliche Mängel, die zu beheben aber ebenfalls Sache von gewissen Investitionen ist.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, vertritt die güterschaffende Wirtschaft immer wieder den Standpunkt, daß man in Österreich nichts Wichtigeres zu tun hat, als zu investieren — jene Investitionen, von denen der Herr Abg. Koplenig gesagt hat, daß sie so schädlich und in übermäßigem Umfange bereits erfolgt seien. Ich kann Ihnen sagen, daß wir in den zwei Jahren, die der Marshall-Plan noch dauert, leider Gottes beileibe nicht fertig werden können mit den Investitionen, die innerhalb der güterschaffenden Wirtschaft getätigt werden müßten. Solche Investitionen müssen natürlich auch bezahlt werden. Bezahlte werden sie in einer normalen Wirtschaft durch die Reserven, die man sich im Laufe der Geschäftsjahre zurücklegt, entsprechend der Abnutzung des Produktionsmittels. Wenn dieses Produktionsmittel ganz verschlissen ist, kauft man aus der Erneuerungsreserve den Ersatz für das abgenutzte Gut. Ich habe das deshalb dargestellt, um gleich von vornherein darauf hinzuweisen, daß es sich bei solchen Investitionen keineswegs um Geschenke an die Wirtschaft handelt, sondern daß es einfach eine Umsetzung des im Verschleiß begriffenen Produktionsmittels in eine Reserve ist und später wieder eine Rückumsetzung dieser Reserve in das Produktionsgut.

Diese Abschreibungen, die von den Anlagewerten der Bilanz gemacht werden, sind in der letzten Zeit vollständig unterbunden worden. Denn die Bilanzen enthalten noch die alten Bewertungsgrundlagen aus der Zeit

vor dem Kriege, beziehungsweise aus der Zeit während des Krieges, während die Nachschaffungskosten dieser Dinge heute auf das acht- bis sechszwanzigfache gestiegen sind. Wenn man also heute nicht in entsprechender Weise abschreiben kann, kann man auch nicht in entsprechender Weise die Produktions-einrichtungen ersetzen. Es liegt hier eine Diskriminierung der Wirtschaft vor, indem man bis heute der Wirtschaft noch nicht gestattet hat, ihre Anlagen in den Bilanzen richtig zu bewerten. Diese richtige Bewertung soll in Form der Schilling-Eröffnungsbilanz vor sich gehen. Es ist mir vollkommen klar, daß gegen die endgültige Aufstellung dieser Schilling-Eröffnungsbilanz noch gewisse Schwierigkeiten geltend gemacht werden können, die aber hauptsächlich auf der finanziellen Seite der Bilanz, bei den Verpflichtungen und den Forderungen liegen mögen. Deshalb wäre der Wirtschaft durchaus damit gedient, daß diese Bilanzwahrheit wenigstens für die Anlagen und die Vorräte wieder hergestellt würde, für jene Anlagen und Vorräte, die die Tragfähigkeit unserer Wirtschaft für die Zukunft bedingen und auch die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung darstellen müssen.

Leider Gottes liegt es nicht in den Absichten des Herrn Finanzministers, die Forderungen der Wirtschaft nach einer Neubewertung dieser Anlagen und Vorräte zum 1. Jänner 1949 zu erfüllen. Der Herr Finanzminister glaubt, die Wirtschaft für das Jahr 1949 mit einer zusätzlichen Abschreibung entschädigen zu können, die aber selbstverständlich nur einen Bruchteil des Notwendigen erfüllen kann. Es ist dieselbe mehrfache Abschreibung, die im Jahre 1948 gewährt wurde und die damals mit dem Dreifachen bemessen war. Nachdem aber seither die Wiederbeschaffungskosten für die Investitionen der güterschaffenden Wirtschaft wieder auf das Doppelte gestiegen sind, hätte die dreifache Abschreibung im Jahre 1949 natürlich nur mehr den halben Effekt, die Hälfte jenes ohnedies schon dividierten Effektes, dem sie im Jahre 1948 gehabt hat.

Deshalb richte ich auch von diesem Platz nochmals die Bitte an den Herrn Finanzminister, bei der Zubilligung der Abschreibung im Jahre 1949 über die dreifache Abschreibung möglichst weit hinauszugehen, und weiters die Bitte — wenn schon die Neubewertung nicht im Jahre 1949 zugestanden werden konnte —, sie in dem Steueränderungsgesetz 1950, das uns bevorsteht, wenigstens per 1. Jänner 1950 bereits gesetzlich zu fixieren.

Das ist schon deshalb notwendig, weil so eine Neubewertung eine sehr umfangreiche und sehr schwierige Arbeit ist und die Menschen, die sich dieser Arbeit unterziehen

müssen, viele Monate brauchen, um sie zu erfüllen; sie wollen daher wenigstens im vorhinein sichergestellt wissen, daß ihre Arbeit nicht zwecklos sein wird. Der Herr Finanzminister hat sich zu diesen Fragen bereits im Ausschuß geäußert, und ich bin ihm dankbar, daß er sich bereit erklärt hat, diese Anregungen zu erwägen. Wenn nämlich diese Anregungen nicht berücksichtigt werden sollten, meine Damen und Herren, dann kommen wir zu einer ganz komischen Lage, dann ergibt sich nämlich, daß die güterschaffende Wirtschaft den Staatshaushalt subventioniert. Der Herr Finanzminister hat ausdrücklich anerkannt, daß bei Nichterfüllung dieser Forderung die Gefahr besteht, daß weitere erhebliche Teile der Substanz durch das jetzige Steuersystem weggesteuert würden. Die Erneuerungsreserven, die nicht gebildet werden können, scheinen als Scheingewinne auf und verfallen zu den Sätzen, die ich früher genannt habe, dem Fiskus.

Was ich hier über die Wirtschaft gesagt habe, gilt selbstverständlich für die verstaatlichte Wirtschaft genau so wie für die private. Die 71 verstaatlichten Firmen — Betriebe gibt es etwas mehr, weil einzelne Firmen aus mehreren Betrieben zusammengesetzt sind — beschäftigen ungefähr 80.000 Arbeitnehmer. Wenn Sie dazu die 50.000 Beschäftigten in Bundesbetrieben und die 120.000 Beschäftigten der Eisenbahn und Post dazuzählen, kommen Sie im ganzen auf 250.000 Arbeitnehmer. Wenn Sie dann noch die landes- und gemeindeeigenen Betriebe dazuzählen, wird es noch viel mehr, und wenn Sie dann noch an die von diesen Entgelts-empfängern Erhaltenen denken, so kommt eine sehr schöne Armee heraus, die ungefähr mit jener Armee zu vergleichen ist, die wir früher als jene der öffentlich Angestellten bezeichnet haben.

Es ergibt sich also, daß die vergesellschaftete Wirtschaft einen ganz gewaltigen und ansehnlichen Umfang hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen uns hier nichts vorzumachen, ich kann es auch hier wieder betonen und unterstreichen, daß die Österreichische Volkspartei aus ökonomischen Überlegungen und aus wirtschaftspolitischen Anschauungen kein Freund der Verstaatlichung ist, obwohl die Österreichische Volkspartei schon zu früheren Zeiten der Verstaatlichung gewisser Versorgungsbetriebe niemals Widerstände entgegengesetzt hat. Es ist eben auch bei der Wirtschaft so: Es gibt keine Reinkultur, die Wirklichkeit ist von Mischformen beherrscht. Wir sind aber als Realisten selbstverständlich bereit und genötigt, uns mit diesen Realitäten auseinanderzusetzen und abzufinden. Selbstverständlich

verlangen wir aber andererseits auch, daß die verstaatlichte Wirtschaft sich in wirtschaftlichen Dingen ebenso verhält wie die Privatwirtschaft.

In diesem Zusammenhang betone ich besonders, daß es außerordentlich wichtig ist, daß zwischen privater Wirtschaft und verstaatlichter Wirtschaft, zwischen Privatindustrie und verstaatlichter Industrie keine Kluft entstehe. Denn sie müssen ja gemeinsam unsere österreichische Wirtschaft versorgen und befruchten und müssen gemeinsam die Funktionen innerhalb der Wirtschaft erfüllen. Die Interessengegensätze, die zwischen diesen beiden Industriegruppen auftreten, sind als Interessengegensätze zwischen Ur- und verarbeitender- sowie Finalindustrie zu qualifizieren. Ich würde Sie bitten, diese Gegensätze immer bei ihrem richtigen Namen zu nennen und nicht von Gegensätzen zwischen verstaatlichter und privater Industrie zu sprechen und auf diese Art Mißverständnisse zu erzeugen. Ich habe bei jeder Gelegenheit, die ich insbesondere im Kreis der privaten Industrie zur Verfügung habe, dasselbe gepredigt, was ich hier jetzt ausgeführt habe, und ich hoffe, daß sich das Verhältnis zwischen Ur- und Finalindustrie zum Nutzen der österreichischen Wirtschaft immer weiter bessern wird. (*Ruf bei der SPÖ: Die Hetze der „Wirtschaft“ in der vergangenen Woche steht im krassen Widerspruch dazu!*) Die „Wirtschaft“ habe ich nicht geschrieben, ich kann nur das vertreten, was ich jetzt hier gesagt habe.

Ich erlaube mir, noch über den Außenhandel ein paar Worte zu sprechen, die auch zur Aufklärung einer weit verbreiteten falschen Meinung notwendig zu sein scheinen. Man glaubt jetzt immer, daß wir unseren Außenhandel vorwiegend nach dem Westen abwickeln. Es wird Sie daher interessieren, wie sich der Ausfuhrhandel im Jahre 1949, geteilt in drei große Richtungsgruppen, sozusagen sortiert hat. Wenn man einerseits die Marshall-Plan-Staaten, andererseits die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Polen, also die Volksdemokratien, und in einer dritten Gruppe die übrigen Staaten zusammenfaßt, dann ergibt sich folgendes interessante Bild: Im Jahre 1937 ist in die OEEC-Staaten, also in die Marshall-Plan-Staaten, ein Anteil der Ausfuhr von 52·6 Prozent gewandert, im Jahr 1949 hat dieser Anteil 54·6 Prozent ausgemacht, also fast dasselbe. Nach der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Polen hat die Ausfuhr im Jahre 1937 25·9 Prozent des Gesamtvolumens betragen, im Jahr 1949 22·1 Prozent, im Dezember 1949 für den Monat allein gerechnet sogar 26·8 Prozent, im Durchschnitt des Jahres also nur um ungefähr

3 Prozent weniger als 1937, im Dezember sogar mehr. Die übrigen Staaten sind dementsprechend auch ziemlich ausgewogen geblieben: im Jahr 1937 21·5 Prozent, im Jahre 1949 23·3 Prozent. Von den genannten volksdemokratischen Staaten ist im übrigen der Außenhandel mit Ungarn am schwächsten und mit Jugoslawien am stärksten entwickelt. Ich darf mir doch noch erlauben, Jugoslawien zu den Volksdemokratien zu zählen.

Was nun die anderen Staaten anlangt, ist es interessant, daß unser Außenhandel insbesondere nach Italien und den Niederlanden relativ gemessen, zur Größe dieser Länder recht erfolgreich gewesen ist. Das kommt daher, weil in diesen beiden Staaten der Kompensationsverkehr am häufigsten angewendet wird. Nun, dieser Kompensationsverkehr ist eine sehr zweischneidige Sache. Während er einerseits den Abschluß der Geschäfte oft wesentlich erleichtert, ist er gerade für das Hereinholen der verschiedensten Güter verantwortlich, für die wir hier in Österreich keine Verwendung haben oder doch keine Verwendung haben sollten. Überdies ist es der Kompensationsverkehr, der dafür verantwortlich ist, daß man zum Beispiel österreichische Zündhölzer in Pakistan als italienische Exportlieferung zu einem billigeren Preis einführt, als es unserer eigenen Zündholzindustrie möglich wäre, nach Pakistan zu exportieren. Das kommt daher, weil diese Zündhölzer im Kompensationsgeschäft nach Italien geliefert wurden, das dem italienischen Käufer solche Möglichkeiten geboten hat, daß er in der Lage ist, das aus Österreich bezogene Gut mit einem Preisabschlag in das übrige Ausland weiter zu liefern.

Ich weise im Zusammenhang mit dem Außenhandel noch darauf hin, daß das Handelsministerium in seiner außenpolitischen Abteilung, in seiner handelspolitischen Abteilung entsetzlich schlecht bestellt ist — nicht qualitativ, aber quantitativ, was die vorhandenen Arbeitskräfte anbelangt. Das geht so weit, daß vor einiger Zeit, als mehrere ausländische Außenhandelsdelegationen zu Verhandlungen teils hier, teils dort angesagt waren, diese Verhandlungen teilweise abgesagt werden mußten, weil wir nicht genügend Referenten hatten, um diese verschiedenen Verhandlungen gleichzeitig zu führen. Dazu muß ich schon sagen: in so fruchtbaren Dingen müßte eine gewisse Großzügigkeit geübt werden, denn Sparsamkeit ist in solchen Dingen geradezu die ärgste Verschwendung.

Noch ein Wort über die Zölle. Das ist ein Kapitel, das leider teilweise noch immer umstritten ist. Ich erwähne es hier deshalb, weil ich mir nicht vorstellen kann, wieso diese Umstrittenheit im Prinzip überhaupt möglich

und erklärlich ist. Bitte, ich kann mir denken, daß zwischen Interessenten über die Zollbefreiung des einen oder anderen Artikels und um den Zollschatz anderer Artikel verschiedene Meinungen herrschen können. Aber über das Prinzip, daß es für uns derzeit kaum etwas Dringenderes gibt, als unsere Zölle zu revalorisieren, darüber kann es doch kaum eine Meinungsverschiedenheit geben.

Sehen wir uns das Kapitel Zölle zunächst einmal vom budgetären Standpunkt an. Budgetär haben die Zölle im Jahre 1936 16 Prozent des Aufkommens getragen, im Jahre 1950 machen sie nicht ganz 3 Prozent aus. — Dabei ist noch gar nicht von Finanzzöllen die Rede. Also rein budgetär gesehen, wollen wir uns doch einmal vor Augen halten: Wenn wir tatsächlich wieder einmal weitere 12 und 13 Prozent unseres Budgets durch Zölle decken könnten, ja, dann könnten wir aus der Bedeckung unseres Budgets wahrscheinlich so und soviel, was kaum tragbar ist, für die Zukunft streichen, oder wir könnten uns auf der anderen Seite Ausgaben leisten, die wir uns heute noch versagen müssen.

Wenn wir aber die Frage handelspolitisch ansehen, dann sieht es so aus, daß wir unsere Warenpreise im Gesamtdurchschnitt mit 2 Prozent Zoll belastet haben, während in allen anderen Staaten der Zollschatz 20 bis 40 Prozent beträgt, in Amerika teilweise sogar bis zu 60 Prozent. Das Auffällige ist, daß ja gerade in allerletzter Zeit mehrere Staaten ihre Zollrüstung neu aufbügeln, aufpolieren und erhöhen, weil sie eben auch absolut überzeugt sind, daß gerade wegen der bevorstehenden wirtschaftspolitischen gesamteuropäischen Maßnahmen und der notwendigen Handelsvertragsverhandlungen ein Staat ohne Zollschatz seinen Partnern hilflos ausgeliefert ist.

Der Zoll war immer ein klassisches Mittel der Wirtschaftspolitik. Wir haben ihn jetzt, solange wir uns seiner völlig entkleidet hatten, durch verschiedene andere Maßnahmen ersetzt, einerseits durch die Einfuhrbeschränkungen und andererseits durch das Kontingentsystem, das wir gehandhabt haben und teilweise noch handhaben, und teilweise durch die Devisenzwangswirtschaft.

Nun aber stehen wir im Zeichen der Liberalisierung, wir stehen im Zeichen des Abbaues der Einfuhrverbote und der Kontingente, es dämmert überdies die Zeit der Clearingunion heran, die auch eine Konvertibilität der Währungen bringen wird. Ja, wenn wir keinen Zoll haben, dann sind wir jeder Einfuhr völlig wehrlos ausgesetzt. Es wird dann der Zoll die einzige Bremse bleiben, um unseren volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Daß wir diese Bremse haben,

das ist das vitalste Interesse des gesamten Volkes, insbesondere das vitalste Interesse aller Arbeitnehmer. Denn wenn wir wehrlos jeder Einfuhr ausgesetzt sind, wenn wir wehrlos der Tatsache ausgesetzt sind, daß wir ausländische Waren hereinbekommen, die wir auch im Inland erzeugen könnten, dann gibt es keine Rettung vor der Arbeitslosigkeit.

Überdies ist die Zollrüstung ja auch ein wesentliches Erfordernis für die Führung der Handelsvertragsverhandlungen. Stellen Sie sich vor, daß man einem Partner gegenüber steht und mit ihm verhandelt, der für seine in Betracht kommenden Waren einen Zollschatz von 30 bis 35 Prozent hat. Es ist ja schon die Auswahl der gegenseitig zu clearenden Waren schwierig genug. Wenn dann noch die gegenseitigen Zollermäßigungs-forderungen gestellt werden und wir nichts haben, was wir hergeben können, dann werden wir auch von der Zollmauer des anderen nichts abbröckeln und abbrehen können, und unser Export, von dem wir in Zukunft leben müssen, wird auch dadurch erschwert und unmöglich.

Hohes Haus! Um den Detailerörterungen der Spezialdebatte über die einzelnen Kapitel des Voranschlages nicht allzuweit vorzugreifen, habe ich mich darauf beschränkt, Ihnen nur ein paar Probleme aufzuzeigen, bei denen ich wirklich überzeugt bin, daß sie, wie ich neulich in einem Artikel geschrieben habe, das Alpha und Omega unserer Wirtschaftspolitik sein müssen. Ich bitte Sie dringend, sich diese Probleme durch den Kopf gehen und ihnen ihr Recht angedeihen zu lassen. Daß der Voranschlag nicht allen Wünschen entsprochen hat, habe ich schon einmal betont, das ist in den Lebensumständen unseres Volkes und in den Daseinsumständen unserer Wirtschaft bedingt. Der Herr Finanzminister ist zwischen den Wirbeln und Stromschnellen dieser Situation verantwortungsbewußt hindurchgesteuert. Er hat dabei auch die Anerkennung, ich kann wohl sagen, beider Regierungsparteien gefunden, und es wurde ihm zuerkannt, daß seine Arbeit ehrlich und verantwortungsbewußt gewesen ist.

Unser Budget ist heute wiederholt mit einem Spiegel verglichen worden, mit einem Spiegel der Gesinnung, mit einem Spiegel der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten. Auch ich möchte es einen Spiegel nennen. Ich möchte sagen, unser Budget ist ein Spiegel unserer Nöte, aber ein Spiegel ohne Verzeichnung und ohne täuschende Facetten. Unsere Fraktion wird für dieses Budget eintreten.

Ich erwähne noch, daß der Herr Finanzminister gelegentlich des Kapitels Finanzen im Ausschuß am Schlusse seiner Erwiderung

darauf hingewiesen hat, daß sein Vorgänger, Herr Dr. Zimmerman, ja in den Ansätzen des Budgets kaum von dem abgewichen ist, was auch in dem vorliegenden Budget enthalten ist. Das war eine ritterliche Geste des Herrn Finanzministers, und ich halte es für richtig, dies auch hier im Hause festzuhalten. (*Abg. Ernst Fischer: Eine schöne Ritterlichkeit! Lieber ein besseres Budget als Ritterlichkeit für den Vorgänger! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Möge dieses Budget ein festgefügtter Markstein sein auf dem Wege zum letzten Ziel jedes menschlichen Strebens, zu jenem letzten Ziel, das sich jede menschliche Organisation vorsetzen soll und vorsetzen muß, zu jenem letzten Ziel jeder Ideologie, jeder Religion, jeder Philosophie und auch jeder Politik, nämlich zu dem Ziele der Schaffung und der möglichsten Verallgemeinerung menschlichen Glückes! Und wenn wir, gemessen an den Antrieben, die die Schrecken der Zeit in den Menschen geschaffen haben, versuchen, die Ziele dieses Glückes, den Inhalt dieses Glückes möglichst kurz zu formulieren, so glaube ich, können wir das mit drei Begriffen tun. Mit den Begriffen Friede, Wohlstand und Freiheit.

Der Friede, die inbrünstige Hoffnung unserer kriegsverstörten Generation, der Friede, auf dessen Sicherung und Gestaltung unser entrechtetes, armes, kleines Vaterland kaum irgendeinen bestimmenden Einfluß hat, dieser Friede, den wir aber doch durch absolute Ordnung in unseren eigenen sozialen und staatlichen Verhältnissen dienen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Wohlstand, der aufgebaut werden muß in weiser und gerechter Abwägung der innig verzahnten Einzelinteressen im Rahmen der Gesamtheit, getragen von dem Motto: Gemeinnutz vor Eigennutz.

Und endlich die Freiheit, von der heute fast jeder Redner schon gesprochen hat, die Freiheit, deren äußere Beschränkung an unserem Marke zehrt und unsere Seelen verdüstert, die wir aber gerade deshalb mit vervielfachter Kraft innerhalb unserer Gemeinschaft pflegen und hochhalten müssen, denn nur dadurch können wir uns das moralische Recht erwerben, auch um die äußere Freiheit bei jeder Gelegenheit unentwegt mit mannhafter Entschlossenheit ekstatisch zu appellieren an die Welt und an das Weltgewissen! (*Anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der ÖVP.*)

**Abg. Neuwirth:** Hohes Haus! Ich knüpfe gleich an die Worte meines Vorredners an und ergänze sie dahin, daß ich sage: wir brauchen nicht nur eine äußere, sondern auch eine innere Freiheit, und das ist die Freiheit der

politischen Meinungsäußerung. (*Abg. Frühwirth: Wenn es die bei uns nicht gäbe, wären Sie ja nicht hier!*) Der Herr Präsident Böhm hat die Worte geprägt: Wir leben in einem Land, wo Recht und Gerechtigkeit herrschen. Angesichts der herrschenden Zustände haben wir uns aber schon fragen müssen, ob wir überhaupt noch in einem Rechtsstaat leben. Wieviel menschliches Leid und wieviel menschliches Elend wurde in den letzten Jahren durch Unrecht hervorgerufen! Aber nicht nur in den letzten vier Jahren, sondern in den letzten fünfzehn Jahren, wo jeweils die vermeintlich Stärkeren glaubten, die Schwächeren unterdrücken und ihrer Grundrechte, der persönlichen Freiheit und des Eigentums, berauben zu müssen. Es gerieten sozusagen die Farben miteinander in Streit und jede beanspruchte jeweils für sich die Herrschaft.

Der Herr Abg. Dr. Pittermann hat sich hier im Parlament bei der Einbringung des Budgets am 15. Februar bitterlich darüber beschwert, daß die Kommunisten in einem Betriebe am Rande Wiens einen Druck auf ihre politischen Gegner ausgeübt und mit der Entlassung tüchtiger Arbeiter gedroht haben, wenn sie sich nicht dem sogenannten Friedensrat anschließen. Wir haben heute diese Worte vom Herrn Abg. Weikhart wieder gehört. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Terror bleibt Terror, ob er nun von den Kommunisten oder von den Sozialisten ausgeübt wird.

Ich möchte heute die Gelegenheit wahrnehmen — denn wir fühlen uns dazu verpflichtet — vor aller Öffentlichkeit und vor diesem Forum über den heute herrschenden roten Terror einige Worte zu sagen. (*Abg. Horn: Haben Sie keinen Terror ausgeübt von 1938 bis 1945?*) Vor uns liegen Flugblätter, die Arbeiter in den Betrieben, die tüchtig sind und Werte schaffen, als eingeschworene Arbeiterfresser bezeichnen, als Nazihorden, als Henker der Freiheit. Ich sage Arbeiter in den Betrieben, die mit ihrer Hände Arbeit ebenfalls am Wiederaufbau Österreichs mitarbeiten und ihren Anteil daran haben. Vor uns liegen die Gedächtnisprotokolle über Äußerungen sozialistischer Betriebsratsobmänner und Vertrauensmänner, wie etwa folgende, die gegen unsere Anhänger, die ebenfalls Gewerkschaftsmitglieder sind, gerichtet sind (*liest*):

„Ihr habt nicht das Recht, hier im Betrieb zu arbeiten! Wer kann uns schon etwas machen, wenn wir Euch hinauswerfen?“ (*Hört!-Hört!-Rufe beim KdU.*) Oder: „Wenn Ihr glaubt, daß Ihr durch den VdU im Betrieb Stellungen oder Betriebsratsmandate bekommt, dann irrt Ihr Euch; wir können Euch ja vorher hinaussschmeißen.“ Oder: „Bei uns im Betrieb



werdet Ihr nicht groß werden; jetzt werden wir die Sache erst ernst auffassen. Ihr wollt die Arbeiterschaft aufsplittern, und wir werden es nicht dulden. Wir werden dafür Sorge tragen, daß Ihr hinausfliegt.“ Oder: „Die Leute vom VdU haben kein Recht, in einem sozialistischen Betrieb zu arbeiten.“ (*Ruf bei den Unabhängigen: Ist das Demokratie?*) Ich frage nur, welche sozialistischen Betriebe das sind. Und: „Ich werde alles daransetzen, daß Ihr aus dem Betrieb entfernt werdet.“ (*Ruf bei den Sozialisten: Bei den Nazi war es halt schöner!*) Oder: „Solange ich noch Betriebsrat bin, werde ich trachten, daß Ihr Eure Arbeitsplätze verliert.“ Man höre und staune über die Menschlichkeit der Sozialisten: „daß Ihr Eure Arbeitsplätze verliert!“ (*Abg. Horn: Nehmen Sie das Wort Menschlichkeit nicht in den Mund! — Abg. Hartleb: Das ist Ihnen unangenehm, Herr Horn!*) Ein weiterer Ausspruch eines sozialistischen Betriebsratsfunktionärs lautet: „Mit demokratischen Mitteln kommen wir nicht weiter. Wenn sich ein Belegschaftsmitglied nicht zur Arbeiterschaft, nicht zur SPÖ oder ÖVP bekennt, ist es nicht würdig, im Werk zu arbeiten.“ (*Abg. Rosa Jochmann: Ihr habt sie ins KZ gesperrt!*) Und wir haben auch aus dem Munde eines kommunistischen Betriebsratsmitgliedes folgendes gehört: „Am besten wäre es, man würde die VdU-Männer in den Martin-Hochofen werfen.“ (*Zahlreiche Rufe bei den Sozialisten: Nennen Sie den Namen des Werkes!*) Ich nenne Ihnen auch den Namen, es ist die Äußerung des sozialistischen Betriebsratsobmannes der Schoeller-Bleckmann-Werke in Hönigsberg in Steiermark, genannt Kajetan Müller, gegen den wir auch ein Verfahren anhängig gemacht haben, da wir der Meinung sind, daß es noch ein Antiterrorgesetz gibt, BGBl. Nr. 13 aus 1930, dessen § 4 Abs. 2 besagt, daß sich jemand dadurch eines Vergehens schuldig macht, daß Arbeitnehmer durch Mittel der Einschüchterung genötigt werden, aus einer freiwilligen Vereinigung auszutreten. Und soviel ich weiß, ist der VdU eine freiwillige und keine Zwangsvereinigung. (*Abg. Probst: Huemer behauptet etwas anderes!*)

Meine sehr Verehrten! Um Ihnen aber ein typisches Schulbeispiel eines Terrors zu geben, wenn Sie meinen Worten, die ich bisher gesagt habe, etwa nicht Glauben schenken wollten, dann verweise ich auf Kaprun und ich werde Ihnen an Hand dieses Beispiels beweisen, daß es einen Betriebsterror gibt. In Kaprun wurden die Betriebsratswahlen am 12. Oktober 1949 durchgeführt und von insgesamt 1933 abgegebenen Stimmen entfielen auf den VdU 911 Stimmen und daher 9 Mandate, auf die SPÖ 699 Stimmen und

daher 6 Mandate, auf die KPÖ 271 Stimmen und daher 2 Mandate und auf die ÖVP 44 Stimmen und kein Mandat. Der VdU erhielt demzufolge die absolute Mehrheit und sollte den Betriebsratsobmann stellen. Der Erfolg war für unsere Sozialisten so überraschend, daß sie sich gesagt haben: Nein, das ist unmöglich; hier in Kaprun haben VdU-Anhänger keine nach dem Betriebsrätegesetz frei gewählte Betriebs- und Vertrauensmänner zu bestellen. Und was tut man? Man greift zum Terror. Der Wahlvorstand hielt es für nötig, die ganze Wahl nur deshalb für ungültig zu erklären, weil sich einige kleine, unwesentliche Unzukömmlichkeiten ereignet haben. Ich sage „unwesentlich“, und wer es nicht glauben sollte, der lese nach das sozialistische Blatt „Die Kapruner Arbeiterzeitung“. Hier steht es sogar schwarz auf weiß, welche Einsprüche es waren, die das ganze Betriebsratswahlergebnis umstürzten. Es sind folgende: Kein Abstimmungsverzeichnis bei einigen Kommissionen; einige Leute haben doppelt gewählt; einige Leute waren nicht in den Wählerlisten eingetragen; in einem Wahllokal hat eine wahlwerbende Gruppe Wahlpropaganda gemacht. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist unwesentlich!*) Ja, wir fragen, wer hat denn die Wahl durchgeführt? Wer war denn der Wahlvorstand? Das waren ja die Sozialisten und Kommunisten, die hätten doch dafür sorgen müssen, daß diese Wahl einwandfrei durchgeführt wird. Es war kein einziges Mitglied oder kein einziger Anhänger vom VdU irgendwie im Wahlvorstand oder in der Wahlkommission vertreten. Es waren also die eigenen Fehler des Wahlvorstandes, die ihn veranlaßten, einige Einsprüche zu bestellen — dafür haben wir Beweise in der Hand —, um diese Wahl ungültig zu erklären, das heißt um nahezu 2000 Arbeiter von Kaprun umsonst zur Wahlurne schreiten zu lassen.

Wir haben daraufhin das Einigungsamt angerufen und dieses hat nicht gegen uns oder für die anderen entschieden, sondern es hat erklärt, nicht zuständig zu sein, weil in der Wahlordnung eine Lücke bestehe, weil die Wahl beim Einigungsamt nur dann angefochten werden kann, wenn dem Einspruch nicht stattgegeben wird. Das Einigungsamt hat sich also mangels gesetzlicher Bestimmungen für eine Entscheidung als unzuständig erklärt. Der alte Betriebsobmann blieb widerrechtlich im Amt, obwohl ihm das Einigungsamt mehrmals aufgefordert hatte, sofort Neuwahlen auszuschreiben und seine Funktionen niederzulegen. Dieser Aufforderung seitens des Einigungsamtes ist der rote Betriebsratsobmann, er heißt Himmelreich, nicht nachgekommen. Warum? Man wollte Zeit ge-

winnen. Man wollte die Wahl nicht schon im Oktober oder November wiederholen lassen, sondern man wollte erst den saisonbedingten Abbau abwarten, die Dezimierung der Belegschaft um weit mehr als die Hälfte abwarten, und vor allem wollte man zunächst einmal eine Art Säuberung durchführen, denn Kaprun mußte wieder unter allen Umständen zu einer roten Hochburg werden, so wie es der sozialistische Gewerkschaftssekretär von Zell am See gesagt und schwarz auf weiß festgestellt hatte.

Also wurde die Säuberung durchgeführt, und auch dabei haben wir eigenartige Vorgänge zu bekritteln. Die Firma hatte wie alljährlich genaue Anweisungen gegeben, welche Leute zu entlassen seien: Leute, die sozial nicht so sehr zu berücksichtigen sind, die nicht so sehr berücksichtigungswürdig sind, Leute, die mehr oder weniger untüchtig oder nicht so tüchtig sind wie die anderen usw. Die Firma wollte die Entlassungen nach diesen Weisungen durchgeführt sehen, tatsächlich aber wurden die Entlassungen einzig und allein nach politischen Gesichtspunkten vorgenommen, denn es mußte ja ein verlässlicher Stammkader, ein sozialistischer Stammkader übrigbleiben, und alles, was unbequem war, mußte hinaus, vor allem also die VdU-Anhänger. So war dann auch die Entlassungsliste, die eigenartigerweise sogar vom Ministerium bis nach Kaprun gekommen war. Im Ministerium sitzt nämlich der Sozialreferent Lux, und dieser ist mit der Entlassungsliste nach Kaprun gekommen und hat gesagt, jene Leute — es waren 27 VdU-Anhänger, die kandidiert hatten — müssen entlassen werden. Als die Firma dem nicht Rechnung getragen hat, wurden die betreffenden leitenden Herren der Firma sogar hier in Wien zur Verantwortung gezogen.

Wir haben uns deshalb veranlaßt gesehen, an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe am 15. Dezember 1949 eine Anfrage zu richten, und haben am 19. Jänner 1950 die Antwort mit dem Bemerkern erhalten, die angeordneten Erhebungen haben ergeben, daß die von uns aufgestellten Behauptungen durch nichts begründet erscheinen.

Daraufhin haben wir in unserer Zeitung, der „Österreichischen Allgemeinen Zeitung“, den Beweis dafür erbracht, daß das, was wir in der Anfrage vorgebracht hatten, auch richtig ist, und wir haben ganz groß geschrieben: „Billige Ausreden Waldbrunners“. Wir haben nun erwartet, daß von Seiten des Ministers eine Antwort darauf gegeben werden würde, aber wir haben bis heute umsonst darauf gewartet. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Also scheinen unsere Be-

hauptungen, die wir ja auch beweisen können, unter allen Umständen zu stimmen.

Nachdem also die Säuberung einwandfrei funktioniert hatte, wurde eine neue Ungeheuerlichkeit begangen. Es wurde nämlich nicht zugewartet, bis etwa in Kaprun wieder die volle Belegstärke wiederhergestellt war — die Zahl der Betriebsräte und Vertrauensmänner richtet sich ja bekanntermaßen nach der Stärke der Belegschaft — nein, man hat die Wahlen nicht etwa im Mai durchgeführt, sondern jetzt im Februar bei veringertem Belegschaft, und hat es also ohne weiteres über sich gebracht, die Kapruner Arbeiter um fünf Betriebsräte zu betrügen. Das ist, ich möchte fast sagen, eine Schändung des Betriebsrätegesetzes und eine Schändung des demokratischen Gedankens, der durch dieses Gesetz zum Ausdruck kommt. (*Abg. Horn: Sie können von Schändung des demokratischen Gedankens sprechen! — Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Hartleb: Es stimmt schon!*) — *Präsident Dr. Gorbach übernimmt den Vorsitz.*

Ich möchte aber noch etwas erwähnen. Knapp vor der Durchführung dieser Betriebsratswahlen erschien in Kaprun ein sozialistischer Gewerkschaftssekretär, er nennt sich General- oder Zentralsekretär der Bau- und Holzarbeiter, namens Pilmayer, und dieser Herr Pilmayer nahm sich unsere Kandidaten, die nunmehr auf der Liste standen, vor, denn wir hatten uns durch den Terror nicht einschüchtern lassen, wir haben neuerlich kandidiert und haben ja auch Mandate erhalten. Er nahm sich die einzelnen VdU-Kandidaten also vor und hielt ihnen Auszüge aus den Zestakten vor, Leuten, die minderbelastet waren. Einem Kandidaten gegenüber hat er sogar erklärt, gegen ihn sei überhaupt nie etwas vorgelegen, aber ein Familienmitglied sei irgendwie mit der ehemaligen Partei in Berührung gekommen. Dazu erhebt sich die Frage, wieso ein Gewerkschaftsfunktionär überhaupt in den Besitz von Zestakten, beziehungsweise Auszügen aus Zestakten gelangt, und zweitens erhebt sich die Frage, ob es sozialistisch oder sozial gedacht ist, solche Menschen unter Druck zu setzen. Man erinnert sich an die Worte des Herrn Lenin, der gesagt hat, Zweck des Terrors ist es, in tödliche Angst zu versetzen. Man wollte mit diesen Mitteln also unsere Anhänger in tödliche Angst versetzen und hat so die Worte des Herrn Lenin getreulich erfüllt. (*Zustimmung beim KdU. — Zwischenrufe bei den Sozialisten. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*) Es ist tödliche Angst, wenn man die Leute unter Druck setzt, indem man ihnen vor Augen führt, daß sie ihre Existenz verlieren, wenn sie

einer anderen politischen Partei angehören oder wenn sie anderer politischen Gesinnung sind.

Wohin diese Zustände führen und wohin sie letzten Endes führen müssen, das haben wir schon einmal erlebt. Da steht die Masse auf, uniformiert sich und übt einen Druck aus, und dann steht eine andere Masse auf, uniformiert sich und übt auch ihren Druck aus, und letzten Endes stehen sich die beiden, Arbeiter und Söhne der gemeinsamen Heimat, auf den Barrikaden gegenüber, statt gemeinsam zu marschieren. Sehen Sie, das ist dann die letzte Konsequenz derartiger Terrormethoden! (*Abg. Ernst Fischer: SA marschiert im Geiste mit! — Heiterkeit.*)

Der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, genau derselbe Herr Bundesminister, den wir mehr oder weniger für den Terror in den verstaatlichten Betrieben verantwortlich machen, hat erst vor einigen Tagen erklärt, als er zu den Akademikern sprach: „Ein Schritt ab vom Wege der Demokratie bedeutet Untergang aller Freiheit“. Und wir wollen an der Aufrichtigkeit dieser Worte nicht zweifeln. Was aber an Terror in den Betrieben geschieht, das ist schon mehr als ein Schritt ab von der Demokratie, das ist schon der Schritt zum Totalitätsanspruch einer Partei, also der Schritt zur Diktatur! (*Zustimmung beim KdU. — Abg. Reismann: Den haben Sie schon einmal gemacht!*) Es ist wenig demokratisch, politisch Andersgesinnte mundtot zu machen, und es ist auch nicht sozialistisch, einen politisch Andersgesinnten brotlos zu machen (*lebhafter Zustimmung beim KdU — zahlreiche Zwischenrufe bei den Sozialisten*), also dem Hunger und dem Elend preiszugeben.

Und so richten wir an Sie den Appell: Erschüttern Sie nicht durch Ihr Verhalten in den Betrieben neuerlich das Vertrauen der Arbeiter, erschüttern Sie nicht unter den Arbeitern den Glauben an die Demokratie, den Glauben an ihre Gewerkschaften und den Glauben an die zu ihrem Schutz erlassenen Gesetze! (*Lebhafter Beifall beim KdU. — Abg. Weikhart: Demokratie aber nur für Demokraten!*)

**Abg. Scharf:** Hohes Haus! Der Herr Abg. Böck-Greissau hat in den Mittelpunkt seiner Ausführungen eine Definition über die Wirtschaft gestellt. Er hat eine Definition gegeben, durch die die Bedeutung der Wirtschaft hervorgehoben werden sollte und durch die die Opfer, die vor allem breite Schichten des arbeitenden Volkes für diese Wirtschaft seit Jahren bringen, gerechtfertigt werden sollen. Sicher, es wird keinen vernünftigen Menschen in Österreich geben, der die Be-

deutung der Wirtschaft nicht anerkennen wollte. Aber das, worüber die Gedanken auseinandergehen, ist die Frage, wie diese Wirtschaft geführt werden soll.

Der Herr Abg. Böck-Greissau hat bezweifelt, daß man in Österreich noch von einer kapitalistischen Wirtschaft sprechen kann, und er hat als Beweis dafür angeführt, daß sogar die Vermögensteuer nach dem Budget für 1950 nur 60 Millionen Schilling betragen wird. Das ist ein sehr einfacher und bequemer Beweis. Man macht die Vermögensteuer so, daß möglichst wenig dabei herauskommt, und hat dann den Beweis dafür, daß es praktisch keine Kapitalisten in Österreich gibt.

Was verstehen wir unter Kapitalismus? Unter Kapitalismus verstehen wir eine Wirtschaft, in der die Arbeitsmittel sich in der Hand weniger Privatbesitzer befinden, während die große Masse des arbeitenden Volkes solche Arbeitsmittel nicht hat und, um arbeiten zu können, ihre Arbeitskraft den Besitzern der Arbeitsmittel verkaufen muß. Sie ist dabei selbstverständlich in weitgehendem Maße davon abhängig, welche Löhne, welches Entgelt diese Kapitalisten den Arbeitnehmern für ihre Arbeitskraft geben wollen. Der Herr Abg. Böck-Greissau hat zwar auch die Arbeiter- und Angestelltenschaft als einen Teil dieser Wirtschaft bezeichnet, aber nicht ihre Interessen hat er hier vertreten. Er hat vielmehr versucht, die beabsichtigten Zinserhöhungen in Österreich dadurch zu rechtfertigen, daß er die Frage oder den Ausdruck der Zinsgeier usw. lächerlich zu machen versuchte.

Der Standpunkt aber, von dem ich als Linkssozialist dieses Budget zu betrachten habe, ist die Frage: Was bietet dieses Budget den Arbeitern und Angestellten? Was muß die Arbeiter- und Angestelltenschaft auch in einem kapitalistischen Staat von einem Budget erwarten dürfen, und was geschieht tatsächlich? Vor allem hat die Arbeiter- und Angestelltenschaft ein Recht darauf, entsprechend der geleisteten Arbeit auch entlohnt zu werden und ein entsprechend menschenwürdiges Leben zu führen.

Es ist hier in den Debattereden wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Produktionskapazität in Österreich bereits weit über den Stand von 1937 gestiegen ist. Aber die Lebenshaltung der breiten Masse des arbeitenden Volkes liegt tief unter diesem Lebensniveau. Der Präsident des Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Böhm, hat diese Tatsache zu rechtfertigen versucht. Er hat erklärt: Ja, es ist richtig, daß im Dezember die Produktionskapazität Österreichs gegenüber dem Jahre 1937 118 Prozent betragen hat, aber der Beschäftigtenstand habe sich gegenüber dem Jahr 1937 um 700.000 Beschäftigte ver-

mehrt. Die Produktivität sei nicht so groß wie im Jahre 1937, und deshalb können die Arbeiter und Angestellten nicht das Lebensniveau von 1937 halten.

Nun, meine Damen und Herren, wenn in Österreich Investitionen notwendig sind, wenn der Produktionsapparat verbessert werden soll, um die Produktivität zu steigern, so ist das aber in einem Zeitpunkt, da die Profitrate der Kapitalisten in Österreich mehr als hundert Prozent ausmacht, noch keine Rechtfertigung dafür, daß die Kosten dafür ausgerechnet von den Arbeitern und Angestellten zu zahlen sind. Natürlich spürt die Masse des arbeitenden Volkes immer wieder, daß die Lebenshaltung heruntergedrückt wird, und natürlich versucht die breite Masse der Arbeiter und Angestellten, sich gegen diese wachsende Ausplünderung zur Wehr zu setzen.

Es ist eine Schande, es sagen zu müssen, da treten Vertreter der Arbeiterorganisationen, die sich Sozialisten nennen, auf und versuchen die breite Masse des arbeitenden Volkes hinzuhalten, indem sie erklären, man müsse eben auf die Preissenkung warten. Dieser Schwindel mit der Preissenkung hat bereits im Jahre 1947 begonnen und geht heute weiter. Auch heute hat der Präsident des Gewerkschaftsbundes von der Notwendigkeit, die Preise herabzusetzen, gesprochen, ohne irgendeine Garantie für die Verwirklichung einer solchen Preisherabsetzung zu geben. Eine sozialistische Tageszeitung hat im Jahre 1948 geschrieben: Um die Preissenkung zu erringen, müßten die Konsumenten in den Käuferstreik treten. In dieser Zeitung heißt es: „Die Käufer warten, solange es ihnen nur möglich ist, mit dem Kauf zu, weil sie mit Recht eine Senkung der Preise erwarten“. Käuferstreik? Nun, wenn die Leser dieser sozialistischen Presse tatsächlich bis zum Sinken der Preise mit den lebensnotwendigsten Käufen gewartet hätten, dann wären sie bis heute längst verhungert und zugrunde gegangen. Aber nach wie vor wird der Propagandaschlag von der Preissenkung in die Masse hinausgeworfen, nach wie vor versucht man, die arbeitende Bevölkerung durch Versprechungen über bevorstehende Preissenkungen vom Kampf für ihre Lebenshaltung abzuhalten.

Ein anderer Schwindel, der wiederholt angewandt wurde, ist die Argumentation mit der Lohn- und Preisspirale. Es war kein Geringerer als Gewerkschaftspräsident Böhm selbst, der in der Presse diese Theorie von der Lohn- und Preisspirale begründet hat. Er hat allerdings Pech mit dieser Parole. Denn selbst sozialistische Theoretiker und die sozialistische Presse mußten in einem anderen Zusammenhang zugeben, daß diese Parole von

der Lohn- und Preisspirale nicht ernst zu nehmen sei. Es war die „Arbeiter-Zeitung“, die am 14. Mai 1949 erklärte (*liest*): „Zu Preissteigerungen ist aber kein Anlaß gegeben. Das Warenangebot und mit ihm die Konkurrenz sind in allen Zweigen der Wirtschaft groß genug, als daß Produzenten oder Händler nach Belieben die Preise erhöhen könnten“. Die „Arbeiter-Zeitung“ selbst also mußte zugeben, daß es gar nicht in der Hand der Unternehmer liegt, Preise festzusetzen, wie es ihnen paßt, und daß die Parole von der Lohn-Preisspirale nur ein Mittel ist, um neuerlich die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben davon zurückzuhalten, für einen gerechteren Lohn und gerechteren Anteil am Arbeitsprodukt zu kämpfen.

Die sozialistische Führung und die Wirtschaftsgewaltigen der Österreichischen Volkspartei haben in den vergangenen Jahren verschiedentlich versucht, die Lohn- und Preisprobleme zu regeln, indem sie die sogenannten Lohn- und Preisabkommen abgeschlossen haben, mit denen man versuchte, den Massen einzureden, daß sie nunmehr mit diesen Lohn- und Preisabkommen ihre Lebenshaltung verbessern könnten. Herr Nationalrat Böhm hat heute hier erklärt, daß er und die Sozialistische Partei niemals bestritten hätten, daß diese Lohn- und Preisabkommen auch tatsächlich eine Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft bedeuten würden. Aber ich habe hier einen Ausspruch des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, der nach dem zweiten Lohn- und Preisabkommen am 17. September 1948 erklärte (*liest*): „Ein befriedigender Erfolg! Mit dem neuen Abkommen haben die Gewerkschaften einen schönen Erfolg erzielt, der uns um so mehr freut, als er den Gesamtinteressen unserer Wirtschaft nicht zuwiderläuft, sondern durch die Erhöhung des Reallohns zu einer Stärkung der Kaufkraft führt.“

So also sieht es mit der Wahrheit aus. Und da hat nun derselbe Gewerkschaftspräsident Böhm hier von dieser Tribüne aus mit großer Entrüstung den Vorwurf zurückgewiesen, daß von sozialistischen Funktionären im Gewerkschaftsbund Arbeiterverrat betrieben werde. In der Finanzausschußsitzung mußte der Herr Abg. Böck-Greissau selbst zugeben, daß die Löhne der österreichischen Arbeiter, gemessen am internationalen Maßstab, sehr bescheiden sind. So also sieht die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiter und Angestelltenschaft aus. Und da erklärt man, daß es ausgerechnet in den Ländern, wo die Arbeiterschaft sich gegen die hemmungslose Ausplünderung zur Wehr setzt und unter Umständen auch zu dem Kampfmittel des Streiks greift, daß ausgerechnet in diesen

Ländern angeblich die breiten Massen des arbeitenden Volkes noch tiefer stehen als die österreichische Arbeiterschaft. Der Abg. Böck-Greissau selbst hat zugegeben, daß es gerade umgekehrt der Fall ist. Es ist nicht so, daß etwa böse Kommunisten die Arbeiterschaft in den Streik hineinhetzen wollen, sondern umgekehrt, es ist die Lage der Arbeiterschaft, die sozialen Verhältnisse, das Elend und die Not, die die Entschlossenheit zum Kampf für lebenswürdige Zustände in der Arbeiterschaft stärken.

Das Budget ist nicht in der Lage, dieses menschenwürdige Dasein für die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung in Österreich zu garantieren. Das Budget ist aber auch nicht in der Lage, die Vollbeschäftigung, von der heute so viel gesprochen wurde, zu garantieren. 200.000 Arbeitslose haben wir in Österreich, und diese Arbeitslosigkeit soll ausgerechnet durch die Marshall-Hilfe beseitigt werden können. Seit zwei Jahren beziehen wir in Österreich diese sogenannte Marshall-Hilfe, und gerade wegen ihr haben wir 200.000 Arbeitslose in Österreich.

Das aber, was uns hier in Österreich fehlt, das ist die Planung, denn nur durch Planwirtschaft ist es möglich, so zu wirtschaften, daß alle arbeitswilligen Kräfte in diesem Land auch die Möglichkeit zur Arbeit haben. Alle die Einrichtungen, die seinerzeit mit der Bildung des Ministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung gebildet wurden, um eine Planwirtschaft zu ermöglichen, sind mit dem neuen Kompetenzabgrenzungsgesetz, für das in diesem Hause auch die Sozialisten gestimmt haben, beseitigt worden. Deshalb kann es uns auch heute nicht wundern, daß die österreichische Wirtschaft nur mehr rein kapitalistischen Wirtschaftsgesetzen folgt und deshalb auch zur Arbeitslosigkeit führt. Man erklärt, die Marshall-Hilfe könne die Arbeitslosigkeit beseitigen. Aber in allen Ländern, in denen die Marshall-Hilfe gewährt wird, haben wir Arbeitslosigkeit. Wir sehen sie in Frankreich, in Italien und wir sehen sie selbst im Mutterland des Marshall-Planes, in den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch in Österreich gäbe es Arbeit genug, wenn wir durch die kapitalistische Profitwirtschaft nicht an einer Planung der Arbeit und an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit gehindert wären. Es ist also nicht so, daß wir ohne Marshall-Plan die österreichische Wirtschaft zugrunde richten würden, sondern ohne Planung wird die österreichische Wirtschaft zugrunde gerichtet.

Das österreichische Parlament hat im Jahre 1948 ein Wiederaufbaugesetz beschlossen, und da hätte sich zeigen können, ob wirklich Marshall-Gelder für Arbeitsbe-

schaffung in entsprechendem Maße herangezogen werden können. Das österreichische Parlament hat ein Wiederaufbaugesetz beschlossen, nach dem 500 Millionen Schilling aus den Sonderkonten für den Wiederaufbau bombenzerstörter Häuser herangezogen werden sollten. Aus diesen 500 Millionen Schilling ist nichts geworden, und heute ist die sozialistische Führung bescheiden genug, die Forderung nach 300 Millionen Schilling zu erheben. Jetzt, nachdem zwei Jahre vergangen sind, wird erst darum gekämpft, daß wir für den Wiederaufbau bombenzerstörter Häuser 300 Millionen Schilling aus den Sonderkonten bekommen. Damals aber hat man den Großteil der sozialistischen Abgeordneten mit diesem Versprechen, daß die 500 Millionen Schilling aus der Marshall-Hilfe für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden, dazu gebracht, daß sie für dieses sogenannte Wiederaufbaugesetz gestimmt haben.

Und wie schaut es mit dieser neuerlich erhobenen Forderung nach Subventionierung des Wohnhausbaues aus Geldern des Sonderkontos aus? In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. März wird über ein Interview mit dem stellvertretenden Marshall-Plan-Beauftragten, Botschafter Katt, berichtet; da heißt es (*liest*): „In Beantwortung einer Anfrage über die Finanzierung des Wohnhausbaues in Österreich erklärte der Botschafter, daß die Europahilfe-Verwaltung prinzipiell jedes Projekt begrüße, das eine höhere Beschäftigung verspricht. Doch stehe die Frage offen, ob genügend Arbeitskräfte und Baumaterialien zur Verfügung stehen ...“ So also versucht man über diese Frage hinwegzureden. Während 200.000 Arbeitslose in Österreich vorhanden sind, wird angezweifelt, ob für den Wohnhausbau genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen würden.

Meine Damen und Herren, es ist verständlich, eine Wirtschaft, die nach den Wünschen und Bedürfnissen des amerikanischen Kapitalismus geführt werden soll, eine solche Wirtschaft kann natürlich den Bedürfnissen der breiten Masse des arbeitenden Volkes nicht gerecht werden. Es war der Herr Abg. Olah, der im Finanzausschuß erklärt hat: Wir müssen in gemeinsamer Anstrengung eine neue tragfähige Wirtschaft in Europa und in der Welt schaffen. Das also sieht der sogenannte sozialistische Abg. Olah als die Aufgabe der Sozialistischen Partei und des österreichischen Staates an — eine tragfähige Wirtschaft in Europa und in der Welt zu schaffen. Und weil wir diese Aufgabe haben, deshalb müssen wir wahrscheinlich den breiten Massen des österreichischen Volkes all diese Opfer auflasten. Es ist klar, daß eine solche Ausrichtung des Interesses der

österreichischen Regierungsparteien auf die Bedürfnisse anderer Staaten der kapitalistischen Welt nur der Kriegsplanung des imperialistischen Amerika dienen kann. Darauf weisen auch die verschiedenen militärischen Vorbereitungen hin, die in Österreich getroffen werden.

Wenn der Präsident des Gewerkschaftsbundes diese Vorbereitungen zur Aufrichtung einer österreichischen Wehrmacht mit dem Hinweis auf die Volksdemokratien zu rechtfertigen sucht, dann muß ich sagen: bei einem solchen Vergleich müßte sich Otto Bauer im Grabe umdrehen, wenn der Gewerkschaftspräsident, wenn ein Sozialist, nicht zwischen dem Wesen eines kapitalistischen Staates und eines Staates, in dem der Kapitalismus ausgeschaltet wurde, unterscheiden kann.

Es ist eine der Grunderkenntnisse auch des österreichischen Sozialismus, daß die kapitalistisch geführten Staaten auf Grund der Widersprüche ihrer Wirtschaft gezwungen sind, immer wieder eine Lösung dieser Konflikte durch Kriege herbeizuführen. Amerika hat in der Zeit, da in Europa der Krieg tobte, seinen Produktionsapparat ausgebaut. Die amerikanischen Kapitalisten, die im Jahre 1939 Profite von 5 Milliarden Dollar einsteckten, steckten im Jahre 1947 17 Milliarden Dollar ein, das heißt, sie haben ihre Profite mehr als verdreifacht.

Der amerikanische Kapitalismus braucht Absatzmärkte. Es war der Herr Abg. Böck-Greissau selbst, der auf dieses auch für Österreich geltende Problem hinwies, nämlich den Absatz der eigenen Produktion zu sichern. Er hat hier eine Gefahr aufgezeigt, die aus einem gesellschaftlichen Reichtum entsteht, und hat erklärt: Wenn wir nicht eine richtige Zollpolitik betreiben, wenn wir wehrlos der Einfuhr ausgesetzt sind, dann gibt es keine Mittel, um die Arbeitslosigkeit, die dann hereinbricht, zu hemmen. Es ist klar, für die kapitalistischen Staaten, die zu einer Überproduktion gelangen, gibt es nach einer Zeit der Zollkriege, nach einer Zeit der Wirtschaftskriege nur mehr den einen Ausweg, neue Absatzmärkte durch kriegserische Eroberungen zu sichern. Das ist die Lösung des Kapitalismus. Die Lösung der Planwirtschaft allerdings besteht darin, den Absatzmarkt dadurch zu vergrößern, daß die Konsummöglichkeiten der breiten Schichten des arbeitenden Volkes verbessert werden. Und darin besteht der wesentliche Unterschied zwischen den kapitalistischen Staaten und den Staaten, die den Kapitalismus überwunden haben und auf einer neuen Basis der Planwirtschaft arbeiten.

Ja, meint der Gewerkschaftspräsident Böhm, aber eines haben wir: wir sind ein demokratisches Land. Aber in diesem demokrati-

schen Land — müssen wir feststellen — wächst bereits wieder die Sumpfpflanze des Faschismus. Das, was ich in diesem Zusammenhang als besonders empörend finde, ist, daß die Rechtssozialisten in der Preisgabe der Demokratie so weit gehen, daß sie Gewerkschaftssekretäre, die es als ihre Aufgabe betrachten, in den Betrieben die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus zu schmieden, ganz einfach — wie der Fall Gattermayer zeigt — fristlos entlassen, ohne irgend welche anderen Begründungen. Dann darf man sich nicht wundern, wenn in Kaprun Zustände herrschen, wie sie in der besten Nazizeit nicht anders herrschen konnten. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, in Kaprun Versammlungen abzuhalten, und ich weiß, mit welcher frecher, provokatorischer Art dort die Nazi aufgetreten sind, sich zu Hitler bekannt haben, mit dem Hitlergruß das Lokal betreten und sogar Drohungen gegen demokratische Arbeiter ausgestoßen haben. Wenn der Herr Neuwirth hier eine Jeremiade angestimmt hat, dann möchte ich sagen: Was in dieser Angelegenheit empört, das ist nicht, daß man dort versucht, mit dem Faschismus fertig zu werden, sondern daß es die SPÖ-Führung überhaupt soweit hat kommen lassen, daß derartige Provokationen in Kaprun möglich waren.

Die Vertreter des Linksblocks haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie der Überzeugung sind, man müsse die ehemaligen irregeleiteten Nationalsozialisten wieder in ein demokratisches Österreich eingliedern. Es ist aber kein großer Dienst an diesen Irregeleiteten, wenn man für sie wieder eine Partei aufzucht, die sie in dem alten Geist des Faschismus und der Intoleranz weiter bestärken soll.

Ich habe es zutiefst bedauert, als in der letzten Sitzung die Abg. Jochmann sich dazu bekannt hat, daß die Sozialistische Partei dafür eingetreten ist, dem VdU zu ermöglichen, seinen Platz auf den Bänken des Parlaments einzunehmen. Ich glaube, daß ihr dieses Bekenntnis sehr schwer gefallen ist, daß sie aber natürlich aus einer gewissen Parteidisziplin heraus den Herrn Innenminister Helmer nicht im Stiche lassen konnte. Unsere Auffassung, meine Damen und Herren, die Auffassung der Linksozialisten und auch die der ehrlichen Sozialisten in der Sozialistischen Partei, ist es, daß es für die Feinde der Demokratie keine Demokratie geben darf. Natürlich sind die Helmer und Schärf anderer Meinung, und sie beweisen es auch täglich und stündlich in ihrem politischen Verhalten.

Um zu einem Abschluß zu kommen: Die Vertreter der Regierungsparteien haben sich sehr lobend zu dem vorliegenden Budget aus-

gesprochen. Der Herr Abg. Böck-Greissau hat es eine österreichische Meisterleistung genannt und hat damit sicher die Auffassungen der österreichischen Industriellen zum Ausdruck gebracht. Der Herr Gewerkschaftspräsident Böhm hat erklärt, daß er dieses Budget als einen Spiegel der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Österreich betrachte, und er selbst hat zugegeben, daß es das soziale Elend in Österreich widerspiegelt. Aber welche Wirtschaft spiegelt dieses Budget wider? Es ist die Wirtschaft des Kapitalismus und die Politik der reaktionären Entwicklung der letzten Jahre, die ebenfalls in diesem Budget ihren Niederschlag gefunden haben. Dieses Budget gewährt den arbeitenden Schichten unseres Landes weder Vollbeschäftigung noch einemenschenwürdige, ihrer Arbeitsleistung entsprechende Kaufkraft. Wenn hier davon gesprochen wurde, daß dieses Budget ein Markstein auf dem Wege zu Frieden, Wohlstand und Freiheit sein soll, dann möchte ich darauf erwidern: Friede, Wohlstand und Freiheit werden sich die breiten Schichten des arbeitenden Volkes nur erkämpfen können, wenn sie Stellung nehmen gegen die Verelendungspolitik der Regierungsparteien, wenn sie erkennen, daß ihre Lebenshaltung nur in ihren eigenen Händen liegt, und wenn sie den Kampf für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung auch tatsächlich führen.

Abg. Hartleb: Hohes Haus! Im Namen meiner Partei haben heute schon zwei Redner gesprochen. Dr. Kraus hat zum Budget als solchem Stellung genommen, und mein Kamerad Neuwirth hat sich als einer unserer Arbeitervvertreter der Pflicht entledigt, sich über den unerträglichen Terror, den wir in den Betrieben zu verzeichnen haben, entsprechend auszulassen. Meine Aufgabe ist es nicht, noch einmal auf Einzelheiten des Budgets einzugehen, sondern ich will die politischen Gründe aufzählen, die uns veranlassen, gegen dieses Finanzgesetz zu stimmen. (Abg. Horn: Sprechen Sie vom Juli 1927!) Ich spreche, wovon ich will, und nicht von dem, was Sie mir vorschreiben wollen! Merken Sie sich das! (Zustimmung beim KdU. — Heiterkeit bei den Sozialisten.) Ich denke gar nicht daran, mir von Ihnen eine Richtlinie geben zu lassen (Zwischenrufe), darüber bin ich schon längst hinweg.

Wenn wir uns als VdU darüber im klaren sind, daß die Zustimmung oder die Ablehnung eines Budgets immer auch eine politische Angelegenheit ist, daß sie entweder ein Vertrauensvotum oder ein Mißtrauensvotum für die Regierung und für die Regierungsmehrheit bedeutet, dann ist es notwendig, auch all die vielen Gründe aufzuzählen, die uns in

diesem einen Falle dazu bewegen, nein zu sagen. Wenn wir uns zurückerinnern an die Wahlzeit und uns vor Augen halten, wie wenig sich die Angehörigen der Mehrheit dieses Hauses, vor allem der ÖVP, gescheut haben, alle Grundsätze der Verfassung und der Demokratie zu verleugnen, wenn sie geglaubt haben, damit ihrem Wahlerfolg irgendwie nützen zu können, wenn wir uns daran erinnern, daß kein Mittel zu schlecht und keine Lüge zu groß, keine Verdrehung zu offen und keine Entstellung zu arg war, um uns in den Augen der Menschen nicht nur des Inlandes, sondern auch des Auslandes herunterzusetzen, wenn wir daran zurückdenken, mit welcher Unverfrorenheit man immer wieder die Behauptung aufgestellt hat, daß es sich bei uns um Neonazi, um Kriegsverbrecher und um noch Ärgeres handle, dann sind wir uns ohne weiteres darüber im klaren, mit welcher demokratischen Gesinnung wir bei den Mehrheitsparteien dieses Hauses zu rechnen haben. (Andauernde Zwischenrufe.)

Sie versuchen immer dann, wenn Sie in Verlegenheit kommen, wenn Ihnen die Argumente fehlen, um unseren Ausführungen entgegenzutreten, sich auf das Geleise des Neonazismus, des Militarismus oder des Pan germanismus zu begeben, weil es dazu nicht viel braucht. Sie wissen, was das bedeutet, Sie scheuen sich nicht, gegen besseres Wissen diese Vorwürfe immer wieder gegen uns zu wiederholen, und es gibt darauf keine Antwort, die um ein Haar besser ist als die, die ich schon mehrmals hier erteilt habe. Sie müssen ja als die Machthaber in diesem Staat schließlich wissen, daß es sich dabei um Verbrechen handelt, die Sie uns vorwerfen, die strafrechtlich zu verfolgen sind. Ich frage: Warum gehen Sie nicht den Weg zum Staatsanwalt, warum beweisen Sie nicht, daß wir Neonazi, daß wir Kriegsverbrecher sind? Weil Sie es nicht können, weil alle diese Behauptungen einfach gegen besseres Wissen von Ihnen aufgestellt werden, weil es sich um nichts anderes als um Lug und Trug und Entstellungen handelt. (Andauernde Zwischenrufe.) Wenn wir zurückdenken, was sich seit dem Wahltag hier in diesem Hause zugetragen hat, dann ergibt das kein erfreuliches Bild. Wir haben nicht nur erlebt, daß man jeden Antrag, und mag er auch noch so gerechtfertigt sein, unbeachtet läßt, daß man die Geschäftsordnung so handhabt, daß keiner unserer Anträge zur Behandlung kommt. Wir haben nicht nur erlebt, daß Sie jede Gelegenheit wahrgenommen haben, uns auszuschalten, daß Sie die Ausschüsse so gestaltet haben, um nur ja möglichst unter sich zu sein. Wir haben nicht nur erlebt, daß Sie alles getan



haben, um nicht nur bei uns, sondern auch bei den Menschen draußen den Eindruck zu erwecken, daß Sie in der Lage wären, den VdU dauernd an die Wand zu drücken und uns daran zu hindern, unsere Ziele zu erreichen.

Wenn wir auch manchmal das Gefühl haben, an die Wand gedrückt zu sein, so dürfen Sie nicht glauben, daß damit immer das Gefühl verbunden sei, daß wir allein an die Wand gedrückt sind. Wir haben des öfteren den Eindruck, daß auch andere an die Wand gedrückt werden, auch solche, die Ihrer Mehrheit angehören. Wenn wir uns in den letzten Monaten vor Augen gehalten haben, was die stärkste Gruppe der stärksten Partei dieses Hauses, die Bauern, von ihren Zielen durchgesetzt haben und wie wenig Erfolg sie dabei erzielt haben, dann müssen wir uns sagen, auch da ist jemand, der an die Wand gedrückt wird, aber nicht vom Gegner, sondern von seinen eigenen Leuten, denen man das Vertrauen und die Stimme gegeben hat. Manchmal geht es sogar noch weiter, und ich habe das starke Gefühl, daß die ganze ÖVP an die Wand gedrückt ist, daß sie immer wieder gezwungen ist, dem Koalitionspartner nachzugeben und ungeachtet ihrer Stärke Zugeständnisse zu machen, die sie draußen vor den Wählern nicht wahr haben will. Das Gegenteil von dem, was sie draußen versprochen hat, was sie draußen erzählt, gesteht sie hier zu, weil sie auch zu den „An-die-Wand-Gedrückten“ gehört. Es wird sich nun zeigen, ob die Kraft der SPÖ und die vereinte Kraft der beiden großen Parteien auf die Dauer hinreichen wird, diesen Druck auszuüben.

Sie dürfen nicht damit rechnen, daß uns die Nerven verlassen. Lachen Sie ruhig, spotten Sie ruhig, terrorisieren Sie ruhig weiter, einmal kommt der Tag, an dem der Wähler wieder zu entscheiden hat, wo es nicht darauf ankommt, wieviel Hände sich hier im Haus erheben, sondern wieviel Stimmzettel in den Urnen sein werden. *(Zwischenrufe.)* Dann wird die höchste Macht in diesem Staate ihr Urteil sprechen, und dort werden Sie nicht die Richter, sondern die Verurteilten sein! *(Heiterkeit bei den Regierungsparteien. — Ruf bei der ÖVP: Warten wir es ab!)* Ja, warten wir es ruhig ab.

Sie machen uns Vorwürfe und sagen, wenn wir gegen das Budget stimmen, seien wir eigentlich verpflichtet, die ziffernmäßige Begründung anzuführen. Wenn wir sagen, es paßt uns das ganze Budgetgebäude nicht, dann erwarten Sie von uns konstruktive Vorschläge, und wir sollen sagen, wie man das oder jenes macht. Ich möchte Ihnen darauf etwas antworten, vor allem den Herren

von der Linken der Regierungsmehrheit. Ich habe Gelegenheit gehabt, einen mehrjährigen unfreiwilligen Unterricht über die Rechte der Opposition bei den Budgetberatungen zu genießen. Die Vortragenden waren damals die Herren Seitz, Dr. Renner, Dr. Otto Bauer, Austerlitz, Dr. Danneberg und andere. Was ich damals gehört habe, meine Frauen und Herren, habe ich nicht vergessen. Die Regeln, die damals für die Opposition richtig waren, haben auch heute noch ihre Gültigkeit, und ich habe gar keinen Grund, mir von Ihnen als Schülern der damaligen Professoren neuerlich Lehren erteilen zu lassen. Auch Sie haben von diesen Leuten Ihr Wissen geschöpft, und es ist nicht notwendig, daß Sie sich nun hier als unsere Lehrmeister aufspielen. *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)*

Denken wir an die Vorgänge in diesem Hause, von der Sitzordnung angefangen, in der Sie den Versuch unternahmen, hier die Geschichte zu fälschen und das In- und Ausland zu täuschen, indem Sie die Dinge so darstellen, als ob wir eine rechtsradikale Partei wären. Das allein ist schon ein bleibendes Denkmal Ihrer Unwahrhaftigkeit und Ihres Bemühens, die Tatsachen zu verbergen und alles auf den Kopf zu stellen. Was dann in der Folge gekommen ist, weiß jeder, der Gelegenheit gehabt hat, an den Beratungen des Hauses seither teilzunehmen. Wir haben es ja erlebt, daß die Geschäftsordnungsbestimmungen unanwendbar waren, wenn es sich um Dinge handelte, die wir wollten. Wenn die anderen Parteien dasselbe machten, ist alles in Ordnung gegangen. Wir haben es in den letzten Tagen erlebt, daß man den „Haderlumpen“ überhört und den „Wurstel“ vernommen hat. Wenn wir beschimpft werden, gibt es keinen Ordnungsruf, nur wenn Sie sich gegenseitig beschimpfen, gibt es diese Bestimmung der Geschäftsordnung. Denken Sie daran, daß dies unter Umständen einmal üble Folgen haben könnte. Entweder man ist ein Demokrat und befolgt das selbst gegebene Gesetz der Geschäftsordnung, oder man verleugnet beides. Wenn man es aber verleugnet, hat man nicht nur kein Recht mehr, sich noch Demokrat zu nennen und von Demokratie zu reden, sondern dann kann sich dieses System auch einmal gegen Sie selbst kehren. *(Ruf: Daß man sich das anhören muß, ist unerhört!)* Was ich hier reden darf, bestimme lediglich ich allein! *(Heiterkeit.)*

Sie möchten uns am liebsten auch das Atmen verbieten. Das Klatschen haben Sie uns heute auch schon untersagen wollen. Aber wenn wir Ihrem Geklatsche stundenlang zuhören müssen und dabei keinerlei Beschwerde laut werden lassen, werden Sie auch uns das

Recht zubilligen müssen, unsere Meinung zu sagen. Wir haben gerade in der letzten Zeit erlebt, daß immer dann, wenn gegen uns oder einen Angehörigen unseres Klubs eine Anschuldigung erhoben wurde, Sie sich alle miteinander auf den Standpunkt stellten, daß dies eine gegebene oder bewiesene Tatsache darstelle. Wenn Herr Fischer zu pfeifen beginnt, dann tanzen die beiden großen Parteien nach seiner Melodie! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Wenn der Herr Fischer haben will, daß es neuerlich einen Tango gibt, in dem die Schimpfworte „Kriegsverbrecher“ usw. fallen, dann hat er immer einen Gong angeschlagen, der sie dazu zwingt, mitzujubeln, mitzuschimpfen und mitzulärmen. Diese Tatsachen können Sie nicht aus der Welt schaffen, davon weiß jeder, der hier ist, sie sind in den Protokollen dieses Hauses verankert, und wenn später einmal jemand die Geschichte des österreichischen Parlamentes durchforschen wird, dann wird er feststellen können, daß von Seiten des VdU kein einziges Schimpfwort gefallen ist, daß wir es gewesen sind, die immer noch genug Argumente gehabt haben, um auf Schimpfworte verzichten zu können (*Abg. Ernst Fischer: Früher habt Ihr zum Giftgas gegriffen!*), daß aber die Beschimpfungen immer von Ihrer Seite hergekommen sind. (*Zwischenrufe.*)

Sie haben nicht nur versucht, uns mit Hohn und Lärm auszuschalten; Sie haben auch versucht zu drohen. Es hat Ihnen aber nichts genützt und es wird Ihnen auch nichts nützen, nicht hier und nicht draußen! (*Zwischenrufe bei der ÖVP und SPÖ.*) Glauben Sie mir, wenn Sie die Arbeiter kündigen, die es sich erlauben, ihre Unterschrift unter eine VdU-Liste zu setzen, und wenn Sie sie durch die Kündigung und durch die Sorge um die Existenz ihrer Familie veranlassen, ihre Unterschrift zurückzuziehen, dann werden Sie diese Menschen nicht zu Sozialisten bekehrt haben! Da irren Sie sich! (*Andauernde Zwischenrufe.*) Die Menschen müssen schweigen unter dem Druck, unter der Sorge um ihre Existenz, aber sie wissen, was sie von einer solchen Demokratie und von solchen Demokraten zu halten haben.

Wir haben in diesem Hause eine entscheidende Wahrnehmung machen müssen: Die vier Wochen, die verfassungsmäßig verstreichen können, bis nach dem Wahltag das Parlament einberufen wird, sind verstrichen, ohne daß es Ihnen gelungen ist, eine Regierung zu bilden; die Schwierigkeiten scheinen allzu groß gewesen zu sein. Erst in der zweiten Sitzung des Hauses haben wir das Vergnügen gehabt, das neue Kabinett zu begrüßen. (*Abg. Altenburger: Ohne*

*Hartleb! — Heiterkeit.*) Ja, es wird noch mehr Kabinette ohne mich geben, das ist kein Unglück, aber es wird kein Parlament geben, in dem ich sitze und mir meine Meinung nicht zu sagen getraue. (*Lebhafter Beifall beim KdU. — Ruf bei der ÖVP: Ihr seid nicht im Dritten Reich!*)

Diese vier Wochen waren zu kurz, um die Einigung herbeizuführen, die nun einmal notwendig ist, um eine Regierungsmehrheit zu bilden, und die wenigen Tage zwischen der ersten und zweiten Parlamentssitzung haben auch nicht hingereicht, um hier vollständig Ordnung zu machen. Wenn Sie uns das auch nicht ausdrücklich sagen, so muß doch jeder, der die Augen offen hat, schon die Überzeugung gewonnen haben, daß es lediglich gelungen ist, die personellen Fragen zu klären und sich darüber zu einigen, welches Ministerium der eine und welches der andere kriegt, also die Verteilung der Machtpositionen zu erzielen, Sie können aber niemandem weis machen, daß es gelungen sei, in irgendeiner wichtigen wirtschaftlichen oder staatspolitischen Frage eine grundsätzliche Einigung herbeizuführen. Das ist der Grund, warum dieses Parlament ein Parlament und diese Regierung eine Regierung sein wird, die einmal ohne große Erfolge abtreten werden, denn wenn man sich in den wichtigsten Fragen nicht einig ist, dann kann man nicht erfolgreich regieren, dann kann man nur von einem Tag auf den anderen fortwursteln. Das ist aber Ihr Schicksal. Sie haben es so gewollt. Und wenn Sie einmal ein Abkommen treffen, dann können wir mit hundertprozentiger Sicherheit wetten, daß am nächsten Tag der eine hinausgeht und seinen Leuten predigt, es sei am besten, es nicht zu halten, und der andere Teil ebenso. (*Abg. Ing. Raab: So ist es?*)

Ja, so ist es, Herr Präsident, und wenn Sie dafür einzelne Beweise brauchen, so bin ich in der Lage, sie zu erbringen (*Zwischenruf: Da gibt es gar nichts abzuleugnen. — Ruf: Mir scheint, Sie beschäftigen sich mit Kartenlesen!*) Das gehört gar nicht dazu, dazu braucht man nur einen gesunden Menschenverstand, nur soviel, um sich nicht täuschen zu lassen, nur Lebenserfahrung; alles andere ist überflüssig. Ich möchte nicht sagen, daß es unter den Männern der Regierung oder unter den Männern und Frauen der Mehrheitsparteien nicht den einen oder die andere gibt, die nicht auch mehr oder weniger in Ordnung sind. (*Schallende Heiterkeit bei der ÖVP und SPÖ und Zwischenrufe.*) Wir können dies immer wieder beobachten und diese wenigen nur mit dem einen Worte trösten: „mitgefangen—mitgehangen“. In der Gesamtheit gibt es für uns nichts anderes, als

Sie zu verurteilen, weil Ihr Gehaben und Ihre Taten dazu herausfordern und jede andere Einstellung unmöglich machen.

Und wenn Sie nun diesen Vorgängen im Parlament die Vorgänge draußen, das Verhalten der Mehrheitsparteien draußen gegenüberstellen, so wird das Bild dadurch nicht günstiger. Wenn wir in der letzten Zeit nach der Bewilligung der Mittel aus der Marshall-Hilfe für die Landwirtschaft immer wieder feststellen müssen, daß die Redner der ÖVP sich erlauben, in den Versammlungen und Besprechungen ganz offen zu erklären, Gemeinden mit einem VdU-Bürgermeister oder mit einer VdU-Mehrheit oder Bauern, die sich offen zum VdU bekennen, dürfen nicht damit rechnen, aus der Marshall-Hilfe auch nur einen Schilling zu bekommen (*Zwischenrufe bei den Sozialisten und der Volkspartei*), dann ist das wieder ein Beweis, wie Sie sich Ihre Aufgabe vorstellen.

Sie werden sich aber täuschen, wenn Sie glauben, stark genug zu sein, mit diesen Absichten durchhalten zu können. Wir werden Ihnen da noch ein Lied aufspielen, an das Sie lange denken werden, denn alles hat eine Grenze. (*Zwischenrufe.*) Jawohl, und wenn Sie glauben, Schindluder treiben zu können mit der Gewalt, die Sie derzeit in Ihren Händen haben, so sage ich Ihnen: Je mehr Sie Schindluder treiben, um so sicherer und um so eher werden Sie abtreten und verschwinden müssen. (*Zwischenrufe.*)

Diese Reden der ÖVP-Leute reihen sich würdig an die Terrorversuche in den Betrieben an. Sie sind in der Endabsicht dasselbe und können nur mit einem Worte umschrieben werden, und dieses Wort lautet ebenfalls: Terror. Herr Präsident Raab, Sie können abwinken, soviel Sie wollen, winken Sie Ihren eigenen Parteigenossen, mir haben Sie nichts zu winken! (*Heiterkeit. — Ruf bei der Volkspartei: Sie beschäftigen sich aber nur mit uns!*) Ich habe meine eigene Meinung und die sage ich, ob es Ihnen nun paßt oder ob es Ihnen nicht paßt. Wenn Sie glauben, daß Sie irgendeinen Schritt unternommen haben, der geeignet wäre, unser Vertrauen zu gewinnen (*Heiterkeit bei der ÖVP*), so täuschen Sie sich. Ob es sich um das Budget handelt, bei dem Sie nicht daran gedacht haben, daß es notwendig ist, Vereinfachungen und Ersparungen zu erzielen, oder ob es sich darum handelt, ein neues Hochschülergesetz einzubringen, das der Versklavung der Hochschülerschaft den Boden bereiten soll, immer wieder sind es nur Dinge, die geeignet sind, unser schärfstes Mißtrauen wachzurufen. Und weil wir mißtrauisch sind und es mit Recht sein müssen, können Sie bei Gott nicht erwarten, daß wir die Zustim-

mung geben zu diesem Budget, die einem Vertrauensvotum gleichkäme.

Ich möchte mich nur noch kurz mit einem Herrn auseinandersetzen, der auch immer wieder zu Wort kommt und sich bemüht, den VdU besonders zu beehren. Ich meine den Herrn Abg. Fischer. (*Zwischenrufe.*) Ich habe schon erwähnt, daß der Herr Abg. Fischer vielleicht deshalb besonders stolz geworden ist, daß ihm der Kamm besonders geschwollen ist, weil es ihm einigemal gelungen ist, auf seiner Pfeife so zu pfeifen, daß die Parteien zu tanzen angefangen haben. (*Heiterkeit*). Dieser Herr Abg. Fischer hat, wie wir alle wissen, zwei Eigenschaften: die eine besteht darin, daß er gut reden kann, und die zweite besteht darin, daß er nie die Wahrheit sagt. (*Erneute Heiterkeit.*) Er versteht es, die größte Lüge, die größte Verdrehung und die größte Verleumdung mit einer Rhetorik vorzutragen, die man sicher als mustergültig bezeichnen kann, aber aus Jauche wird kein Rosenwasser, auch wenn man es im künstlichen Bogen zerstäubt, und Latrinengerüche bleiben Latrinengerüche, Herr Abg. Fischer, auch wenn man sie mit einer bewundernswerten Rhetorik ausspricht. Wenn Sie aber glauben, daß Sie damit imponieren können, dann irren Sie. Sie werden vielleicht, wie wir es heute schon gesehen haben, hier im Hause Leute finden, bei denen Sie, wenn Sie einen bestimmten Gong anschlagen, noch eine beschränkte Zustimmung finden, aber draußen beim Volk wird es Ihnen nicht gelingen. Wenn Sie glauben, daß Sie sich dann, wenn Sie mit kunstgerechten, künstlich gesetzten Worten Ihre Heilslehre vortragen, zu einem politischen Paracelsus hinauflügen können, dann wird diese Rechnung nicht aufgehen, denn das Volk mit seinem gesunden Sinn, mit seinem richtigen Urteil wird erkennen, daß das kein Paracelsus ist, höchstens etwas Undefinierbares, so eine Art Kreuzung zwischen Äskulap und Höllerhansl (*schallende Heiterkeit*), etwas, was bloß zum Lachen reizt.

Herr Abg. Fischer, Sie können sich bemühen, mit Ihrer Beredsamkeit zu bluffen, aber es wird Ihnen nie gelingen, aus einer Unwahrheit eine Wahrheit, aus einer Lüge eine Wahrheit, aus einer Verleumdung etwas anderes zu machen als eine Verleumdung. Daß Sie nicht anders können, das verzeihe ich Ihnen. (*Heiterkeit.*) Ich bin nicht schuld daran, bei mir sind Sie nicht in die Schule gegangen, und wenn es das Schicksal haben wollte, daß Sie einen Lehrer finden, der Ihnen beizubringen in der Lage wäre, daß es weniger darauf ankommt, wie man es sagt, sondern darauf, daß man bei der Wahrheit bleiben muß, dann würde ich mich, Österreich und auch Sie für glücklich schätzen. (*Beifall beim KdU*).

422 16. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. März 1950.

**Präsident Dr. Gorbach:** Der Herr Abg. Hartleb hat in seiner Rede die Unparteilichkeit des Präsidiums in Zweifel gezogen. Er hat sich insbesondere auf einen Zwischenruf in der letzten Sitzung berufen. Ich stelle fest, daß der Herr Präsident Kunschak nach dem Wortlaut des Protokolls und auf Grund meiner eigenen Erinnerung damals den Redner wegen des Wortes „Haderlump“ — es hat sich um den Nationalrat Frisch gehandelt — gerügt hat und aufmerksam gemacht und gemahnt hat, Schimpfworte zu unterlassen. *(Zwischenruf des Abg. Hartleb.)* Ich bitte den Herrn Abgeordneten, mich nicht zu unterbrechen. Es ist Tradition im Hause, daß man den Präsidenten aussprechen läßt, wenn er eine Erklärung abgibt. Ich stelle fest, daß bei der Präsidialsitzung der Vertreter des KdU, Herr Professor Pfeifer, durch den Präsidenten dahin unterrichtet worden ist. Ich halte es daher für unmöglich, Herr Abg. Hartleb, daß Sie unwahre Beschuldigungen gegen den Präsidenten erheben, weil Sie damit das Ansehen des Hauses herabsetzen.

**Abg. Hartleb:** Ich melde mich zur Geschäftsordnung zum Wort.

Ich stelle fest, daß weder nach dem Protokoll noch tatsächlich ein Ordnungsruf erteilt worden ist. In der Geschäftsordnung ist keine Rüge,

sondern nur ein Ordnungsruf vorgesehen. Etwas anderes habe ich nicht verlangt.

**Präsident Dr. Gorbach:** Jedenfalls steht Ihnen das Protokoll zur Verfügung, aus dem Sie entnehmen können, daß der Herr Präsident die Äußerung des Herrn Abg. Frisch gerügt hat.

Wir setzen die Tagesordnung fort. Die Generaldebatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. Wünscht dazu jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich ersuche also jene Frauen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Das Eingehen in die Spezialdebatte ist beschlossen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, den 9. März 1950, um 10 Uhr, statt mit der Tagesordnung: Spezialdebatte über die Gruppen I, II und V. Wird dagegen ein Widerspruch erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Das ist nicht der Fall. Es bleibt also bei meinem Vorschlag.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 18 Uhr 50 Minuten.**